Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška.

Verfasserin
Janine Wulz

Angestrebter akademischer Grad
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Dezember 2011

Studienkennzahl: A300
Studium: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Sieglinde Rosenberger

„[...] ich glaube, wir sind das einzige Land, wo diese armen Menschen sofort ins Gefängnis kommen und dann erst irgendetwas gefragt werden, nicht umgekehrt, ja, wirklich, mir kommt vor, es sollte umgekehrt sein, aber bitte, die wissen es besser, und das ist nur ein Beispiel für alles andre, denn etwas kann schließlich auch zu eng (oder zu weit) sein, egal, wir sind zum Glück woanders, wir gehören hierher, [...]“

(Elfride Jelinek, Neid 2007, 1,79)

ABSTRACT

The objective of this diploma thesis is the construction of “us” and “them” in the discourse on asylum policies in Carinthia. Based on secondary literature on the construction of identity, identity policies and asylum policies in Austria and Carinthia, a discourse analysis on the media discourse about Carinthian asylum policies between 2008 and 2010 was made.

For this purpose, newspaper articles published in the “Kleine Zeitung” and press releases from the original text service (OTS) of the Austria Press Agency (APA) were analysed by means of the discourse analysis method by Siegfried Jäger.

Different topics, such as the asylum quarters at the Saualm, the discussion about a reception centre for asylum seekers in Carinthia, the dealing with Chechen asylum seekers, the fire in an asylum seekers’ hostel and general texts on asylum policies were analysed. Afterwards, individual statements from different protagonists were reflected on in detail.

This analysis shows that asylum seekers are construed as safety risks, criminals, violent and “delinquent” in a hegemonic discourse, often mentioned as such by the freedom party (FPK) and the provincial government. Chechen people are often singled out to be a particularly violent group.

The Carinthians, however, are presented as an endangered group, which has to be saved. In the counter-discourse, which is mostly carried out by NGOs and the green party, asylum seekers are construed as victims who need help; the Carinthians are shown as fighters for human rights.

During the discourse, these clearly marked-off positions changed. Asylum seekers were construed in a new way by the socialist party (SPÖ) and the freedom party (FPK). From then on, a distinction has been made between “well” and “badly” integrated and criminal asylum seekers.

Especially during the election period in 2009, asylum policies were a dominant issue. Asylum policies as identity policies offer a potential for emotional mobilisation and political profiling and enable the covering of more complex social issues. At the same time, asylum seekers are systematically excluded from society and do not have the chance to participate in discussions about themselves.

Asylum policies are pursued as identity policies by various players. “Us” and “them” is constructed in different ways and by means of different breaking lines. The increase in discourse on asylum policies during the election period shows that political protagonists in Carinthia use, at least in parts, the mobilisation potential of identity policies for their own political image.

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška. Basierend auf Sekundärliteratur zu Identitätskonstruktion, Identitätspolitik sowie Asylpolitik in Österreich und in Kärnten/Koroška, wurde eine Diskursanalyse des medialen Diskurses der Kärntner Asylpolitik zwischen 2008 und 2010 durchgeführt.

Dazu wurden Artikel der Kleinen Zeitung sowie Presseaussendungen über den Originaltextservice der APA (Austria Presse Agentur) mit der Methode der Diskursanalyse nach Siegfried Jäger bearbeitet.

Verschiedene Themen, wie das Asylquartier auf der Saualm, die Diskussion über ein Erstaufnahmezentrum für AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška, der Umgang mit AsylwerberInnen aus Tschetschenien, ein Brand in einem Asylquartier in Klagenfurt/Celovec sowie allgemeine Texte zur Asylpolitik wurden grob analysiert. Daran anschließend wurden einzelne Aussagen verschiedener AkteurInnen im Detail betrachtet.

Aus dieser Analyse ergibt sich, dass AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška innerhalb eines hauptsächlich von FPK (ehm. BZÖ) und Landesregierung geführten hegemonialen Diskurses als Sicherheitsrisiko, kriminell, gewalttätig und „straffällig“ konstruiert werden. TschetschenInnen werden im asylpolitischen Diskurs häufig als einzelne Gruppe erwähnt und als besonders gewalttätig konstruiert. Demgegenüber werden KärntnerInnen als bedrohte, zu schützende Gruppe gezeichnet, deren Hilfsbereitschaft ausgenützt wird. Im zumeist von Grünen und NGOs geführten Gegendiskurs werden AsylwerberInnen häufig als Opfer konstruiert, denen es zu helfen gilt, während die KärntnerInnen für Menschenrechte kämpfen. Im Verlauf des Diskurses verändert sich diese klar voneinander abgegrenzten Positionen dahingehend, dass AsylwerberInnen, vorwiegend durch SPÖ und FPK, neu konstruiert werden. Nun wird zwischen „guten“, integrierten und „schlechten“, kriminellen AsylwerberInnen unterschieden.

Im Wahlkampf 2009 ist Asylpolitik ein dominierendes Thema. Asylpolitik als Identitätspolitik bietet Potential für emotionale Mobilisierung und politische Profilbildung und ermöglicht es, komplexere gesellschaftliche Problemstellungen zu überdecken. Gleichzeitig werden AsylwerberInnen systematisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen und haben auf Grund ihrer Lebenssituation in Asylquartieren (rurales Gebiet, Besuchsverbote) kaum Möglichkeiten, selbst Stellung im Diskurs über sie zu beziehen.

Asylpolitik wird von unterschiedlichen AkteurInnen als Identitätspolitik betrieben. Dabei wird das „Eigene“ und das „Fremde“ unterschiedlich und anhand verschiedener Bruchlinien konstruiert. Der

Anstieg von sozialpolitischen Diskursen im Wahlkampf macht deutlich, dass politische AkteurInnen in Kärnten/Koroška das Mobilisierungspotential von Identitätspolitik zumindest teilweise für ihre eigene politische Profilierung nutzen.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG 9

2. IDENTITÄTSPOLITIK 14

2.1. „WIR“ UND „DIE ANDEREN“ 17
2.2. BEDROHUNGSSZENARIEN DURCH „FREMDE“ 19
2.3. „KULTURELLE IDENTITÄT“ UND EXKLUDIERENDE POLITIKEN 20
2.4. EXKURS: KULTURELLER RASSISMUS 23

3. RECHTSPOPULISMUS UND IDENTITÄTSPOLITIK 28

3.1 RECHT AUF DIFFERENZ – IDENTITÄTSPOLITISCHE DISKURSE 28
3.2. RECHTSPOPULISTISCHE IDENTITÄTSPOLITIKEN 29

4. ASYLPOLITIK IN ÖSTERREICH 33

5. ASYLPOLITIK IN KÄRNTEN/KOROŠKA 40

6. MOBILISIERUNGSPOTENTIAL VON ASYLPOLITIK ALS IDENTITÄTSPOLITIK 41

7. DISKURSANALYSE 46

8. METHODISCHES VORGEHEN 50

9. BESCHREIBUNG DES AUSGEWÄHLTEN MATERIALS 53

9.1. KLEINE ZEITUNG – ASYLPOLITISCH RELEVANTE ARTIKEL 2008-2010 53
9.2. OTS AUSSENDUNGEN 54

10. DER ASYLPOLITISCHE DISKURS IN KÄRNTEN/KOROŠKA 56

10.1. TSCHETSCHENINNEN IN KÄRNTEN/KOROŠKA 57
10.2. ASYLQUARTIER AUF DER SAUALM 59
10.3. EIN ERSTAUFNAHMEZENTRUM IN KÄRNTEN? 63

10.4. Brand in einem Asylquartier in Klagenfurt/Celovec 65
10.5. Keinem speziellen Diskursereignis zugeordnete Artikel und Presseaussendungen 66
10.6. Diskutierte Themenfelder - Topoi 69

11. SICHERHEITSRISIKO, ABWEHRKAMPF UND MENSCHENRECHTE. DETAILANALYSE DES ASYLPOLITISCHEN DISKURSES IN KÄRNTEN/KOROŠKA 73

11.1. „Straffällig“ und eine Bedrohung. Der hegemoniale Diskurs über Asylpolitik in Kärnten/Koroška 73
11.2. Recht auf Rechte? Gegendiskurse. 82
11.3. Nebendiskurse – ein anderes Anderes 86

12. ERGEBNISSE 88

12.1. Diskursverlauf 88
12.2. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Asylpolitik als Wahlkampfthema 90
12.3. Die Positionen der AkteurInnen im asylpolitischen Diskurs 91
12.4. SprecherInnenpositionen – Wer spricht hier über wen? 98
12.5. Worüber wird diskutiert? Zentrale Diskursinhalte 100
12.6. Ein rassistischer Diskurs? 103
12.7. Das „Eigene“ und das „Fremde“ 107

13. RESÜMEE 111

14. LITERATUR 116

15. ABBILDUNGSVERZEICHNIS 122

16. ANHANG 123

1. Einleitung

Asylpolitik in Kärnten/Koroška wurde in den letzten Jahren immer wieder über die Landesgrenzen Kärntens hinaus diskutiert. 2008 wurde die Einrichtung eines Quartiers für so genannte straffällige (Jörg Haider, OTS vom 6.10.2008) AsylwerberInnen in ganz Österreich und darüber hinaus (vgl. Süddeutsche 15/2009) medial rezipiert. Dabei stand immer wieder Verwunderung über die politischen Vorgänge im südlichsten Bundesland Österreichs im Raum. Diesen Vorgängen will die vorliegende Diplomarbeit nachgehen und einen Beitrag zu einem breiteren Verständnis von politischen Prozessen in Kärnten/Koroška leisten.

In Diskursen über Asylpolitik wird häufig auf ein „Wir" verwiesen, das mit AsylwerberInnen umzugehen hätte, sich von diesen „bedroht" fühlt oder sie integrieren möchte. Dieses „wir" wird unterschiedlich gezeichnet, als ÖsterreicherInnen, als KärntnerInnen oder auch als EuropäerInnen. In der Debatte sind AsylwerberInnen „die Anderen", die im Verhältnis zur „Wir"-Gruppe auf unterschiedliche Weise dargestellt werden (vgl. Hall 2000). Die Konstruktion von „Anderen" als Projektions- und Abgrenzungsfläche bietet Umgangsmöglichkeiten mit entstehenden Ängsten (Bielefeld 1992, 104f). Die Konstruktion von Identität ist Teil von politischen Prozessen. Politische AkteurInnen betreiben Identitätspolitiken, und beeinflussen damit die gesellschaftliche Konstruktion von „Wir" und „den Anderen" (Benz 1996). Vorstellungen von gemeinsamer Identität wirken auf Politik ein, umgekehrt wirken politische Prozesse und Diskurse auf die Konstruktion von Identitäten ein (vgl. Ottomeyer 2000).

Im Zusammenhang mit Identitätspolitiken in Kärnten/Koroška lassen sich von Sprachpolitiken über Parteizugehörigkeit bis hin zu nationalem Selbstverständnis, unterschiedlichste Diskurse identifizieren. Für diese Arbeit konzentriere ich mich auf einen aktuellen Diskurs und gehe daher der Frage nach: Wie werden „Wir" und die „Anderen" im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška konstruiert?

Die politische Bedeutung des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška in den letzten Jahren zeigt sich nicht nur in der häufigen medialen Berichterstattung, sondern auch darin, dass Asylpolitik, eines der dominierenden Themen im Landtags- und Gemeinderatswahlkampf 2009 in Kärnten war.

Das Asylquartier auf der Kärntner Saualm wurde dabei über die Kärntner Landesgrenzen hinaus diskutiert. Sowohl bundesweite Österreichische Medien wie auch internationale Medien berichteten über das Quartier für „jene, die sich nicht benehmen können und schwere Straftaten begehen" die also daher „künftig von der Bevölkerung getrennt untergebracht sein" sollen (Jörg Haider, OTS vom 28.07.2008). Auch dreieinhalb Jahre später ist das Fortbestehen des Quartiers auf

der Saualm ein Thema - „die Saualm bleibt, da fährt die Eisenbahn drüber“ erklärt Landeshauptmann Gerhard Dörfler im November 2011 (Der Standard vom 15.11.2011).
Das Quartier auf der Saualm ist nicht das einzige Thema im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška. In Diskursen über AsylwerberInnen aus Tschetschenien oder über ein Erstaufnahmezentrum für AsylwerberInnen werden AsylwerberInnen Eigenschaften zugeschrieben, diese als „Andere“ gezeichnet, und zeitgleich das Kärntner „Wir“ zu konstruiert. Wie die Themensetzung von Asylpolitik im Wahlkampf verdeutlicht, nutzen politischen AkteurInnen, diese Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ zur politischen Mobilisierung. Als stark emotionalisierendes und polarisierendes Thema eignet sich Asylpolitik zur ideologischen Abgrenzung und dazu, das eigene politische Profil zu schärfen (Gruber 2010, 62ff).

Um der Frage, wie das „Eigene“ und das „Fremde“ in der Kärntner Asylpolitik konstruiert wird, strukturiert nachgehen zu können, stelle ich dieser Arbeit Thesen voran, die in weiterer Folge überprüft werden.

Die erste These geht davon aus, dass im politischen Diskurs um Kärntner Asylpolitik die Konstruktion von einem „Wir“ und einem „Anderen“ im Mittelpunkt steht. AsylwerberInnen werden im asylpolitischen Diskurs als Alterität zu KärntnerInnen gezeichnet. Politische AkteurInnen betreiben Identitätspolitik und beeinflussen so die Konstruktion von dem „Eigenen“ und dem „Fremden“ (vgl. Benz 1996)

Diese Konstruktion findet, so die zweite These, über verschiedene Äußerungen statt, die ein „Wir“ im Sinne einer positiv besetzen Kärntner Identität zu konstruieren. Gleichzeitig wird versucht – als Gegenpol – ein negativ besetztes „Anderes“ zu konstruieren. Das Verhältnis von „KärntnerInnen“ zu „AsylwerberInnen“ wird demnach als ein kontradiktorischer Gegensatz formuliert. Die verwendeten Begrifflichkeiten agieren auf dem Feld der Gegenbegriffe. Zum Begriff wird ein „kontradiktorischer Gegensatz“ gezeichnet, der nicht nur einen Gegensatz (schwarz-weiß), sondern eine logische Negation des anderen darstellt (sinnvoll-sinnlos, wahr-falsch). Das zweite Glied wird dabei durch einen Mangel bestimmt, es ist „das Andere“ des Ersten, die degradierte, unterdrückte Seite des Ersten. Die Bezeichnenden bringen sich dabei nicht als etwas Relatives, Messbares in den Diskurs ein, sondern als der Maßstab selbst. Die dominante Gruppe versteht sich dabei als Norm. (Singer, 1997, 47ff).

Die dritte These geht davon aus, dass die Formulierung von Gegensätzen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška im Besonderen in der Diskussion über bestimmte AsylwerberInnen sichtbar wird. Siegfried Stupnig vom Verein ASPIS, der sich mit Traumaerfahrungen von

tschetschenischen Flüchtlingen in Kärnten/Koroška beschäftigt, schreibt, dass dies bei der Gruppe der tschetschenischen AsylwerberInnen auffällig ist: „Immer wenn in Wahlkampfzeiten politische Demagogen Sündenböcke benötigen, um eigene innere Probleme lösen zu können, sind die TschetschenInnen besonders gefährdet für politische Propaganda („Tschetschenenfreies Kärnten“) missbraucht zu werden“ (Stupnig 2009).

Die vierte These nimmt an, dass der asylpolitische Diskurs in Kärnten/Koroška im Vorfeld einer Landtagswahl besonders öffentlichkeitswirksam geführt wird. Die Häufigkeit der Aussagen zu Asylpolitik müsste demnach in Wahlkampfzeiten besonders hoch und danach abfallend sein. Die Möglichkeit mit asylpolitischen Diskursen Wahlkampf zu machen, hängt auch stark damit zusammen, dass im politischen Diskurs über AsylwerberInnen gesprochen wird – diese aber kaum selbst sprechen. AsylwerberInnen werden nicht als eigenständige AkteurInnen wahrgenommen, sie haben keine SprecherInnenposition, sondern sind Objekte des Diskurses.

Als fünfte These wird dieser Arbeit vorangestellt, dass Asylpolitik sich zur Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ eignet, weil sie komplexe gesellschaftliche und soziale Problemstellungen über polarisierende und emotionalisierende Inhalte überdecken kann. Sie bieten eine „einfache“ Lösung von Problemen an, indem auf Vorstellungen von „Völkern“ und „Kulturen“ referiert wird. Die Unzufriedenheit über beispielsweise soziale Benachteiligungen kann auf „die Anderen“ projiziert werden während gleichzeitig die kollektive Identität gestärkt werden kann (vgl. Ottomeyer 2000).

In der vorliegenden Arbeit werde ich die oben beschriebenen Thesen und verfolgen, um beschreiben zu können, wie das „Eigene“ und das „Fremde“ im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška konstruiert wird. Dazu werde ich mich der Methode der Diskursanalyse bedienen. Siegfried Jäger hat mit seinem Zugang zur kritischen Diskursanalyse ein methodisches Werkzeug bereitgestellt, (vgl. Jäger 2004).

Diskurse über Asylpolitik finden auf vielfältige Weise statt, sie können über die Kanäle verschiedener Medien geführt werden, auf der Straße, in alltäglichen Gesprächen oder in der Literatur und in der Kunst. Um den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška zu untersuchen, habe ich einen Ausschnitt aus dem medialen Diskurs gewählt, nämlich jene Aussagen die über Presseaussendungen über die APA (Austria Presse Agentur) getroffen werden, sowie jene die in der meistgelesenen Zeitung in Kärnten/Koroška, der Kleinen Zeitung, formuliert werden. Diese Aussagen werden systematisch nach dem methodischen Vorgehen von Jäger untersucht. Eine Grobanalyse stellt fest, welche AkteurInnen im Diskurs agieren, welche Themen diskutiert werden

und erarbeitet aus dem Textkorpus Topoi, die, die zentralen Diskursinhalte aufschlüsseln. In einer daran anschließenden Feinanalyse werden einzelnen Aussagen im Detail auf die verwendeten Sprachmuster und Sprachbilder hin analysiert.

Die Arbeit selbst gliedert sich in mehrere Kapitel. Das erste Kapitel befasst sich mit einer Literaturrecherche von identitätspolitischen Zugängen verschiedener AutorInnen. Dabei werden unterschiedliche Ideen von Identität, von einem „Wir“ und den „Anderen“, allgemein und im Zusammenhang mit Vorstellungen von kultureller Identität beschrieben. Da im Zusammenhang mit Asylpolitik und dem Umgang mit als „fremd“ konstruierten Menschen auch Konzepte von kulturellem Rassismus Einfluss haben, widmet sich ein Exkurs der Entstehung und den Ausprägungen von diesem.
Das darauf folgende Kapitel befasst sich mit den Möglichkeiten politischer Mobilisierung von Asylpolitik als Identitätspolitik. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf Fragestellung wie rechtspopulistische AkteurInnen identitätspolitisch agieren gelegt.
Im Anschluss an diese theoretischen Erläuterungen befasse ich mich im Konkreten mit österreichischer Asylpolitik: im Rahmen eines historischen Abriss, sowie der Darstellung von rechtlichen Normen. Das darauf folgende Kapitel befasst sich mit der Asylpolitik in Kärnten/Koroška und den dort agierenden AkteurInnen, den rechtlichen Grundlagen sowie den bereits vorangegangenen asylpolitischen Diskursen in Kärnten/Koroška.
Als erstes Conclusio dieses literaturbasierten, sowie spezifisch auf die Asylpolitik in Österreich bzw. Kärnten/Koroška eingehenden Teils, fasse ich in einem weiteren Kapitel das Mobilisierungspotential von Asylpolitik als Identitätspolitik zusammen und ziehe erste Schlüsse.
Bevor die Arbeit sich konkret mit dem zu analysierenden Materialkorpus befasst, formuliere ich einen Überblick über diskursanalytische Grundlagen und beschreibe das gewählte, methodische Vorgehen. Daran anschließend wird das für die Analyse verwendete Material beschrieben.
Darauf folgend wird das gewählte Material – 134 Artikel der Kleinen Zeitung sowie 84 OTS Presseaussendungen aus den Jahren 2008-2010 – analysiert und aufbereitet. Dazu werden vier Diskursstränge – der Diskurs über TschetschenInnen, jener über die Saualm, jener um das Erstaufnahmezentrum in Kärnten/Koroška sowie jener über einen Brand in einen Asylquartier – einzeln erarbeitet. Die nicht in diese Stränge fallenden Aussagen werden in einem weiteren Text behandelt. Als Schlussfolgerung dieser groben Analyse werden Topoi definiert, welche die Themenkomplexe, die in den einzelnen Diskursfragmenten verhandelt werden, zusammenführen.
In einem nächsten Schritt werden einzelnen Aussagen von AkteurInnen im asylpolitischen Diskurs im Detail analysiert. Dabei wird nach Jäger (2004) in einen hegemonialen und einen Gegendiskurs

unterschieden. Darüber hinaus werden jene Diskurselemente spezifiziert die nicht in diese Kategorien zugeordnet werden können, aber dennoch Einfluss auf den asylpolitischen Diskurs haben.

Das auf die Diskursanalyse folgende Kapitel beschreibt die Ergebnisse, anhand von einzelnen Fragestellungen, die aus den bereits vorgestellten Thesen hervorgehen sowie darüber hinausgehende Ergebnisse beleuchten. Dabei wird darauf eingegangen, wie AsylwerberInnen im asylpolitischen Diskurs als „Fremde“ in Abgrenzung zum „Eigenen“ dargestellt werden. Hier lassen sich unterschiedlichen Konstruktionen von verschiedenen AkteurInnen feststellen, die im Detail beleuchtet werden. Wie diese AkteurInnen mit dem Mobilisierungspotential von Asylpolitik im Wahlkampf umgehen, ist eine weitere Frage, die in den Ergebnissen diskutiert wird. Dabei ist aber auch auf die Auslassungen innerhalb des Diskurses aufmerksam zu machen, speziell auf die Frage, wer die Möglichkeit hat sich als SprecherIn zu Wort zu melden, und wer davon ausgegenzt wird. Eine Darstellung der Diskursinhalte schließt die Ergebnisse der Diskursanalyse ab, dabei wird im speziellen auf die Frage eingegangen, ob der asylpolitische Diskurs in Kärnten/Koroška als rassistisch bezeichnet werden kann.

In einem daran anschließenden Resümee werden die Ergebnisse der Diskursanalyse mit zusammengeführt und abschließend diskutiert, welche Prozesse der Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ sich im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška beobachten lassen, und welche Möglichkeiten der Mobilisierung von Asylpolitik als Identitätspolitik sich daraus ergeben.

2. Identitätspolitik

Wenn in asylpolitischen Diskursen in Österreich auf ein „Wir“ im Sinne von ÖsterreicherInnen, KärntnerInnen oder manchmal auch EuropäerInnen verwiesen wird, wird gleichzeitig auch auf „die Anderen“, die AsylwerberInnen Bezug genommen. Je nach Debatte werden „Wir“ und „die Anderen“ unterschiedlich besetzt und dargestellt, selten jedoch gleichberechtigt auf einer Ebene definiert. Die Definition der Kategorien des „Eigenen“ und des „Fremden“ geschehen also in einem dialektischen, aber dennoch ungleichgewichtigen Verhältnis. Denn mehr Definitionsmacht haben jene, die Zugang zu Ressourcen und Macht haben (Hall 2000, Hund 2007). Die Unsicherheiten, die durch die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen des 20. Jahrhunderts bei vielen Menschen entstanden sind, führten verstärkt zu Fragen nach der eigenen Identität (Baumann 2000, Ottomeyer 2000). Daraus folgt ein aktiver und auch politischer Umgang mit der Identität. Politische AkteurInnen betreiben Identitätspolitiken, und nehmen damit starken Einfluss auf die gesellschaftliche Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ (Benz 1996). Gleichzeitig betreiben auch marginalisierte gesellschaftliche Gruppen Identitätspolitiken – zum Beispiel innerhalb migrantischer Communities (Müller 1990, Fanon 1994).

In diesem Kapitel meiner Arbeit werde ich mich daher näher mit der Fragestellung befassen, was Identitätspolitik eigentlich ausmacht. Ausgehend von den bereits oben erläuterten Konstruktionen des „Eigenen“ und des „Fremden“ stellt sich nun die Frage wie politisch mit einem „wir“ und „dem Anderen“ umgegangen wird. Um mich dieser Frage anzunähern werde ich zuerst individuelle und in weiterer Folge kollektive Identitätsbildungsprozesse beschreiben, um schließlich auf Identitätspolitiken im Bereich von Migrations- und Asylpolitik einzugehen.

Identität lässt sich mit „Selbstgefühl“ oder „Selbstbewusstsein“ von menschlichen Individuen übersetzen. Identität bezeichnet eine reflexive Beziehung von Individuen zu sich selbst, also die Möglichkeit menschlicher Individuen oder auch Gruppen, sich selbst objektivieren zu können. Identität entsteht in Anlehnung an Erikson und Mead durch verschiedene Interaktionen bei der Bildung dieses Selbstbewusstseins. Das Selbstbewusstsein, die Identität einer Person kann sich nur in Auseinandersetzung mit anderen Menschen bilden und braucht dafür die Anerkennung und Spiegelung anderer. Identität ist damit immer als Prozess zu verstehen und damit auch abhängig von der Gesellschaft, die eine Person umgibt und prägt (Keupp u.a. 2008).
Der Psychologe Klaus Ottomeyer fügt dem – mit einem Verweis auf Marx und Hegel – hinzu, dass in modernen Gesellschaften die Bedeutung von Arbeit und Arbeitsprodukten für die wechselseitige Anerkennung von Objekten groß ist. Der Prozess der Arbeit macht es möglich, der eigenen

„persönlichen Identität“ sowie der „sozialen Identität“ Ausdruck zu verleihen (Ottomeyer 2000, 20). Identität kann als ein Prozess verstanden werden, in dem Menschen ihr Selbstbild und ihr Verhältnis zu ihrer Umwelt entwickeln. Dabei bilden sich soziale Netzwerke heraus, in denen Menschen unterschiedliche Teilidentitäten entwickeln können. Wichtig für die Identitätsentwicklung ist dabei auch immer der Bezug zu den „Anderen“, zur Alterität. Sie bietet Möglichkeit zur Orientierung wie zur Abgrenzung. „Die Identitätsfrage ist nicht Wer bin ich? sondern Wer bin ich im Verhältnis zu den anderen? Wer sind die anderen im Verhältnis zu mir? Das Konzept der Identität ist untrennbar vom Konzept der Alterität“ (Keupp u.a. 2008, 95). Das individuelle Identitätskonzept entwickelt sich im Verhältnis zur Umwelt des Individuums, dabei gibt es in einer globalisierten, modernen Welt eine größere Vielfalt an Umwelteindrücken, die diesen so genannten Passungsprozess beeinflussen, als in der Vormoderne.

Zygmunt Baumann konstatiert postmodernen Gesellschaften ein „überwältigendes Gefühl der Unsicherheit“, welches er auf verschiedene Faktoren zurückführt. Er meint, diese sind „Dimensionen postmoderner Unsicherheit“. Die bestehenden Strukturen der Weltordnung (Blockstaaten, Klassen, etc.) zerfallen immer mehr, es fehle an klaren Strukturen und einer leicht verständlichen Logik der Ordnung. Die Vorrangstellung des Kapitals, dessen Freiheit über jener der Menschen zu stehen scheint, bedeutet nicht zuletzt eine Polarisierung innerhalb der Gesellschaft, und damit eine Verstärkung der Ungleichheit – zwischen Kontinenten, Staaten und innerhalb von Gesellschaften zwischen Armut und Reichtum. Die psychologische Wirkung davon ist unter anderem, dass Menschen in ständiger Angst vor dem „Gespenst des künftigen Niedergangs“ leben. Sicherheiten existieren nicht, Arbeitsplätze sind nicht dauerhaft garantiert – Einkommen, soziale Position, Anerkennung der Nützlichkeit und der Anspruch auf Selbstachtung können in kürzester Zeit verschwinden. Die selbst produzierten und aufrecht erhaltenden Sicherheitsnetze wie die Familie oder NachbarInnenschaften stellen demgegenüber nur noch ein dünnes Netz dar - sind sie doch häufig auseinander gebrochen oder beträchtlich geschwächt[1]. Dieses Gefühl der Unsicherheit vermitteln auch die Darstellungen der Welt in den Medien. MedienkonsumentInnen können vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen herauslesen, dass „die Welt essentiell unbestimmt und wage“ sei (Baumann 2000, 35ff).

Das Leben in diesen verschiedenen Unsicherheiten ist zermürbend und kann in Angst enden. Diese Angst ist, so Baumann, „der Preis, der für die neue individuelle Freiheit und neue Verantwortlichkeiten bezahlt wird“ (Baumann 2000, 39). Diese Freiheit bietet, durch immer komplexere gesellschaftliche Strukturen die Möglichkeit, sich ständig neu zu entscheiden – und

[1] Baumann bezieht sich hier auf Anthony Giddens. Dieser beschreibt die Veränderungen im Umgang mit sozialen Beziehungen. Diese seien immer stärker von Konsumhaltung – und weniger von dauerhaften Bindungen geprägt. Soziale Netzwerke spiegeln immer mehr die Launenhaftigkeit und Unvorhersehbarkeit des Marktes wieder.

sich so auch ständig verändern zu können. Für manche Menschen ist dieser Preis zu hoch - sie sehnen sich nach einer weniger komplexen Welt, einer Simplifizierung. Die Existenz von „Fremden“ steht in dieser komplexen Welt für das Fehlen von Klarheiten. Menschen haben das Gefühl, sich „Fremden“ gegenüber ihrer Handlungen und Reaktionen nicht sicher sein zu können. Sie wissen nicht, ob sie als Freund oder Feind angesehen werden.

Im Drang nach dem Nationalstaat, steckt demnach die autoritäre Sehnsucht eines Schwachen Ichs nach einem harten Über-Ich, nach dem Aufstellen von „Regeln des Zusammenlebens“, von denen erhofft wird, dass diese Angst gemildert wird. Durch gesetzliche oder auch gesellschaftliche Regelungen wird es möglich, „Fremde“ aus Teilen der Gesellschaft zu exkludieren – durch eigene Viertel, in denen sie zu leben gezwungen sind, durch Jobs und Dienstleistungen, die beinahe ausschließlich von „Fremden“ ausgeführt werden, während diese zu anderen Berufen kaum Zugang haben, durch einen Alltag, der in „sicherem Abstand zum normalen Alltagsfluss“ gelebt wird, und nicht zuletzt durch restriktive Arbeits- und Aufenthaltsbestimmungen.

Baumann meint, dass „diese „Normalisierung“ und „Ritualisierung“ der „Gegenwart der Anderen“ in modernen Gesellschaften bis zu einem gewissen Grad „funktioniert“ hat. Jetzt, in Zeiten „großer Wanderungen“ ist diese Politik der Separation aber kaum, oder zumindest in dieser Form nicht mehr praktikabel. Durch die steigende Anzahl von MigrantInnen seit dem Ende des Kalten Krieges werden diese im Alltag sichtbarer - und damit auch verstärkt als Projektionsfläche[2] nutzbar (Baumann 2000, 39f).

Uli Bielefeld beschreibt, dass die Sichtbarkeit von „Fremden“ Phantasien über den Lebensalltag der „Anderen“, ihre Werte und Haltungen oder ihre Kultur auslösen kann. Dabei kann das „Andere“ schnell verallgemeinert, homogenisiert und so noch „passender“ zu einer Projektions- und Abgrenzungsfläche gemacht werden. Ein solches allgemein gesetztes „Fremdes“ ist immer eine Imagination. Sobald es konkret wird, ist es nicht mehr fremd und verliert damit seine Gestalt als „Fremdes“. Die Grundlage der Angst vor „den Fremden“ - aber auch der Faszination durch „die Fremden“ ist, dass diese unkonkret sind und damit Raum für Phantasien lassen (Bielefeld 1992, 98ff). Um diese Angst zu erklären, zieht Bielefeld die Psychoanalyse heran. Kurz zusammengefasst beschreibt er, dass an der Repräsentanz des Fremden auch immer die eigene Erinnerung an die ursprüngliche Trennung von der Mutter haftet. Die Angst vor dem Fremden ist immer mit der partiellen Trennung vom Alten und Hinwendung zu Neuem, weniger Konkretem, eher Symbolischem verbunden – dem Vater; und steht zwischen einem regressivem

[2] Die Sichtbarkeit von *Fremden* ist dabei sicher nicht der einzige Grund um zur Projektionsfläche zu werden, wie beispielsweise Antisemitismus aufzeigt: JüdInnen und Juden unterscheiden sich im Aussehen nicht von MehrheitsösterreicherInnen. Antisemitismus besteht dennoch bis heute in breiten Gesellschaftsschichten, obwohl in Österreich kaum mehr JüdInnen leben, weil der Großteil in der Shoa ermordet wurde oder auf Grund des steigenden Antisemitismus emigrierte (vgl. Terkessidis 2004)

Verschmelzungswunsch einerseits und der Hinwendung zum Anderen andererseits (Bielefeld 1992, 103). Bielefeld beschreibt die Phantasien über „die Fremden“ oder „die Ausländer“ als unterschiedlich. Mit ihnen wird Macht, Mächtigkeit und Gewalt verbunden. Die Vorstellung einer möglichen, angsteinflößenden Quantität verbindet sich mit einer Bedrohung durch zugeschriebene Qualitäten wie z.B. zugeschriebene besondere Sexualität. Daran schließt sich auch an, dass „dem Fremden“ nicht nur mit Ablehnung sondern auch mit Faszination und Exotismus begegnet wird[3]. Denn das imaginäre Fremdbild hat auch immer Eigenanteile, und spiegelt eigene Wünsche und Imaginationen des Selbst wieder (Bielefeld 1992, 104). „Die Fremden“ ängstigen, weil sie nicht nur unterschiedlich sind, sondern, weil in ihnen Anteile des gesellschaftlichen und individuellen Unterbewussten gesehen werden. Das macht sie unheimlich und produziert Ängste. Dieses Unheimliche benötigt dabei nicht unbedingt ein real greifbares Objekt. Im Zusammenhang mit der Bildung eines Ich-Ideals können Vorstellungen über reale „Fremde“ sich mit Vorstellungen über imaginierte Fremde vermischen und so ein „geradezu phantastisches Objekt“ konstruieren: Sie sind da, aber gehören nicht dazu. Sie sind real schwach, aber es könnten so viele werden, dass sie stark wären. Sie sind „an sich“ kein objektives Problem, aber sie können immer wieder dazu gemacht werden. Diese Konstruktion aus der Mischung eines realen und imaginierten Fremdenbildes ist gleichzeitig so unklar, dass es vielfältige Interpretationen zulässt, und konkret genug ist, um sich auf einzelne reale Situationen „berufen“ zu können. Damit eignet es sich einerseits für unterschiedlichste Grenzziehungsprozesse und kann andererseits Widersprüche in sich integrieren (Bielefeld 1992, 104f).

Gerade diese Umstände erschweren es, die Identitätskonstruktionen von „Wir“ und „den Anderen“ in Frage zu stellen und zu dekonstruieren, was damit zusammenhängende Politikfelder[4] wiederum nutzbar für politische Strategien macht.

2.1. „Wir“ und „die Anderen“

Stuart Hall beschreibt, dass Trennungslinien in einer Gesellschaft, je nach Ort, Zeit und Beziehung zu verschiedenen Fragestellungen, immer wieder neu gezogen werden. Was jeweils als das Verbindende und Trennende betrachtet wird, sind keine sich wechselseitig ausschließende, starren Kategorien, sondern abhängig von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen (Hall 1994, 33). Geht

[3] Hier ist außerdem auf den Effekt der Triebunterdrückung hinzuweisen, wie ihn Eva-Maria Ziege beschreibt: Durch die Vorstellung, „die Anderen“ würden ihre Triebe mangelhaft unterdrücken, entsteht Hass auf sie, weil sich selbst nicht zugestanden wird, den eigenen Trieben freien Lauf zu lassen. Aus dieser Vorstellung entstehen auch (negativ-) Stereotype nach denen „die Anderen“ übersexualisiert werden, als „stinkend“, „faul“ etc. vorgestellt werden

[4] Nicht nur Asyl- und Migrationspolitiken sind stark von Identitätspolitiken geprägt. Besonders im Bereich der Vergangenheits- und Geschichtspolitik finden starke Identitätskonstruktionen statt. Auch im Bereich der Regionalpolitik („der Wasserkopf Wien“ etc.) kommen solche Politiken häufig vor. Marginalisierte Communities haben Identitätspolitiken dabei teilweise für sich umgekehrt. So gibt es schwul-lesbische Identitätspolitiken oder migrantische Identitätspolitiken, die dazu genutzt werden sich selbstbewusst Raum zu nehmen.

es darum, die Konstruktion von Identität an einem bestimmen Ort, zu einer bestimmten Zeit anhand von AkteurInnen, die ein definierbares Verhältnis zueinander haben, zu analysieren, kann eine binäre Gliederung zwischen „Wir“ und den „Anderen“ ein Instrument sein, mit dem ein bestimmter Teilprozess, der auf die Konstruktion verschiedener Identitäten unterschiedlichen Einfluss haben kann, sinnvoll sein. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Differenz innerhalb oder zwischen Identitäten komplex ist und über eine binäre Repräsentationsstruktur hinaus reicht. Zu Analysezwecken macht es dennoch Sinn, diese Form der Kategorisierung anzuwenden.

Stuart Hall beschreibt das Verhältnis von „Wir“ zu „dem Anderen“ als ambivalent: Einerseits muss das Andere aus Angst, dass es auch Teil von uns selbst sein könnte, ständig ferngehalten werden. Andererseits brauchen wir das Andere, um uns selbst als Gegensatz dazu zu verstehen und unsere Identität absichern zu können (Hall, 2000). Diese Ambivalenz ist grundlegend für die Entstehung von Rassismus, denn „Rassismus existiert nicht, solange der Fremde fremd bleibt. Seine Existenz beginnt, wenn der andere different wird, das heißt gefährlich nahe kommt. Da beginnt man aufzupassen, dass er auf Distanz bleibt.“ (Dilman 1993, 40). Um diese Distanz zu wahren entstehen Vorurteile, Projektionen, die zwischen einem positiv besetzen „Wir“ und einem negativ besetzen „Anderen“ unterscheiden. Diese Projektionen lassen sich nicht in realen Sachverhalten begründen. (Bauer/Schmidinger 2005, 18). In der Beunruhigung, die durch „Fremde“ ausgelöst wird, stecken ein individueller und ein kollektiver Eigenanteil, also eine Projektion der eigenen Ängste und Erfahrungen auf das „Andere“. Diese Projektionen können unabhängig von realen Sachverhalten und Erfahrungen entstehen und lassen sich auf die Identifizierung von Individuen mit Kollektiven erklären. Es nicht zwingend nötig, dass „der Fremde“ auch real existiert. Die Imagination von Bedrohungsszenarien oder die bloße Anwesenheit von „Anderen“ genügen, um auf der Grundlage von individuellem Umgang, politisch-rechtlicher Institutionalisierung und gesellschaftlich-historischem Kontext, Xenophobie, Rassismus und Nationalismus entstehen zu lassen. Diese Phantasien „über die Anderen“ beschreibt auch Uli Bielefeld. Sie sind einerseits sehr vage und unbestimmt, andererseits werden sie von politischen und/oder gesellschaftlichen AkteurInnen teilweise überdeterminiert, was ein stabiles Verhältnis zwischen „fiktiver, vorgestellter Gemeinschaft“ und „den Fremden“ ermöglicht (Bielefeld 1992, 98f). Der breite Interpretationsspielraum ermöglicht es AkteurInnen, sich in ihren Aussagen zu verändern und wenn nötig anzupassen, während die Überdetermination des Themenfeldes „Wir und die Anderen“ dieses zu einem scheinbar zentralen politischen Thema macht, mit dem es möglich wird, komplexere gesellschaftliche Verhältnisse vereinfachend darzustellen.

2.2. Bedrohungsszenarien durch „Fremde“

Die Verunsicherungen von Menschen in postmodernen Gesellschaften haben „verunsicherte Ich-Identitäten“ hervorgebracht. Wie Klaus Ottomeyer beschreibt, wird oft versucht, diese Verunsicherung über den Aufbau eine „Schatten- Identität“ zu stabilisieren. Ottomeyer bezieht sich hier auf Loewensteins „Psychoanalyse des Antisemitismus[5]“ (Loewenstein 1967) und meint, dass bei „von Fremdenfeindlichkeit affizierten Menschen […] [ein wechselnder] Abwehrkampf zwischen drei Bedrohungszonen“ zu beobachten ist[6].

Erstens die Bedrohung durch die äußere Realität, die vor allem durch verschärfte Konkurrenzverhältnisse zu tragen kommen. Die „Fremden“ symbolisieren in der ökonomischen Globalisierung die Austauschbarkeit von LohnarbeiterInnen. Also orientiert sich die Angst vor der Gefahr des gesellschaftlichen und materiellen Abstiegs an Personen, was von „fremdenfeindlichen Demagogen verstärkt wird“ – denn „die Fremden sind greifbar, das Kapital nicht“ (Ottomeyer 2000, 28f). Zum Zweiten beschreibt Ottomeyer die Fremdenfeindlichkeit als einen „im beträchtlichen Ausmaß Über-Ich-Reflex“. Es sind tief sitzende Ängste, die eine „Festungsmentalität“ schaffen, die es ermöglicht, die Empathie mit den „Notleidenden“ abzuwehren. Dies ermöglicht eine Opfer-Täter-Umkehr - „vor einer Flüchtlingsunterkunft weggeworfene Spendenkleider“ genügen dann, um „einer ganzen Gruppe den Opferstatus abzusprechen“. Da das Opfer aber weiterhin an die „Restbestände des Gewissens“ erinnert, kann es Aggression auf sich ziehen, die Beunruhigung „des Gewissens wird dem Opfer schwer verübelt“. Die Verwendung des negativ konnotierten Begriffs „Asylant“ anstelle von „Asylwerber“ erleichtert diese Form von „Anti-Über-Ich-Aggression“ (Ottomeyer 2000, 28f).

Drittens nennt Ottomeyer die „ungeliebten Impulse aus dem Es“. MigrantInnen wird auf unterschiedliche Weise, vor allem im Rahmen des „Schimpfklatsch“ eine „schlechte Mentalität“ unterstellt. In diesen Unterstellungen lassen sich Formen von Triebhaftigkeit erkennen.

Beispielsweise werden MigrantInnen (analog zu Juden) als oral gierig, als säuglingshaft und parasitär dargestellt. AsylwerberInnen würden in der „sozialen Hängematte liegen“. Hier

[5] An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus unterschiedlich zu betrachten sind. Während sich Rassismus gegen eine imaginierte Bedrohung von außen wendet, beziehen sich Antisemitismus und Antiziganismus auf eine konstruierte Bedrohung von Innen.

[6] Dabei wird auf die von Freud in seinem zweiten topischen Modell von 1923 eingeführten Begriffe des Es, des Ich und des Über- Ich Bezug genommen. Zum näheren Verständnis möchte ich kurz auf dieses eingehen. Das Es beschreibt psychische Inhalte die nicht wirklich transparent, die unbewusst sind. Es ist der Sitz der Triebe (Grundtriebe wie Hunger aber auch Lebens und Todestrieb). Unbewusstes entsteht dadurch das Wünsche im Laufe der Entwicklung verdrängt werden, weil sie mit der Realität in Konflikt geraten. Das Verdrängte kann aber indirekte Auswirkungen z.B auf Träume, Sprache oder Neurosen haben. Das Ich ist Sitz der Vernunft und der Realität, also jener Bewusstseinsinhalte die jederzeit oder zumindest problemlos „abrufbar“ sind. Das Ich stimmt die Bedürfnisse und Triebe des Es auf die Außenwelt ab. Das Über- Ich beschreibt das Ideal, also dass was mangerne sein möchte in Zusammenhang mit dem Wertsystem einer Gesellschaft, also auch das was von außen an die Persönlichkeit herangetragen wird (Köhler 2007).

vermischen sich die Externalisierung der Aggressionen gegen den Zwang zu Arbeit und Disziplin innerhalb einer Gesellschaft mit dem Neid auf jene, die diese Anforderungen angeblich nicht erfüllen müssten. Gerade dieses „Neidmotiv“ spielt medial und bei rechtspopulistischen Parteien eine große Rolle. Ein anderes Beispiel – von Ottomeyer als „analer Komplex“ bezeichnet – ist die Angst vor „körperlicher und moralischer Verschmutzung“. Fremde werden in diesem Zusammenhang sprachlich dehumanisiert und als „Parasiten“ oder „Schmarotzer“ bezeichnet, „ethische Säuberung“ oder andere fremdenfeindliche Aktionen, erscheinen als „Hygienemaßnahme“. Ein drittes Beispiel ist die Darstellung von MigrantInnen als „übersexualisiertes Stereotyp“, die so viele Kinder bekommen würden, dass „richtige ÖsterreicherInnen“ irgendwann die „Minderheit im eigenen Land“ darstellen würden (Ottomeyer 2000 28ff).

Den Diskurs um die „Ausländerkriminalität“ beschreibt Ottomeyer als „aggressive Regung“, die bei „Fremden“ deponiert wird. Die Gleichsetzung von AsylwerberInnen mit Kriminellen ist dabei ein häufig verwendetes Muster, genauso wie die Inszenierung der drohenden Gefahr der „Diebesbanden aus dem Ostblock“. Ottomeyer erklärt das aus einer Verdrängung der eigenen Wünsche, nach einer selbstbewussten Aneignung der Welt. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Forderung nach der „Anpassung“ an den „österreichischen“ Lebensstil von MigrantInnen. Diese ist vor dem Hintergrund der eigenen schmerzhaften Selbstanpassungsprozesse zu betrachten, die viele Menschen durchmachen mussten. Rassismus ermöglicht demgegenüber einen „leicht erhältlichen Gruppennarzissmus“, ein Hochgefühl, das mit der Verachtung der Anderen verbunden ist: „Fremdenfeindlichkeit ist eine leicht erhältliche Selbstwertdroge“.

„Die Aufregung um die Fremden verweist auf […] die Entfremdung und den Identitätsverlust, den die InländerInnen in ihrem Alltag und der Arbeitswelt erfahren müssen“. (Ottomeyer 2000, 30ff).

2.3. „Kulturelle Identität“ und exkludierende Politiken

Thomas Meyer beschreibt, dass in globalisierten Gesellschaften kulturelle Muster an Bedeutung zunehmen. Sie werden als Grundwerte, Lebensformen, kollektive Prägungen und Erwartungen sichtbar. Damit werden sie auch zum Objekt zweckgerichteter Überhöhungen und politischer Indienstnahme. „Teils aus politischer Absicht, teils in Erkenntnisabsicht überpointiert, teils von desorientierten Öffentlichkeiten mit dem wohligen Schauer der sicheren Distanz zum großen Unglück aufgesogen, scheint kulturelles Selbstbewusstsein und mit ihm das Bewusstsein kultureller Differenz fürs erste das Erbe der großen ideologischen Konfrontationen anzutreten, die das 20. Jahrhundert beherrscht hat“ (Meyer, 1997, 21). Solche Konflikte mit Berufung auf

kulturelle Differenz gibt es zwischen Staaten und innerhalb der Staatsnationen selbst. Denn auch die Grenzen verlieren im Zeitalter der Globalisierung einen beträchtlichen Teil ihrer Macht. Der „kulturelle Faktor nimmt seither eine ungewisse Rolle im dynamischen Kräftedreieck“ - in Wechselwirkung mit Politik und Wirtschaft - ein (Meyer 2002, 15f). Diese sich seit den 1970er Jahren entwickelnde weltweite Renaissance des „Fundamentalismus“[7] in vielen sich selbst als „Kulturen“ verstehenden Gruppen der Welt ist tief in den widerspruchsvollen Prozess der neoliberalen Globalisierung, der sich zugleich zu entfalten begann, eingebettet. Sie wird angetrieben vom Verlust utopischer Energien des modernen Fortschrittmodells und dem Zusammenbruch des Kommunismus „als Gegenmacht und als Verheißung“ (Meyer 2002, 29). Daraus leiten manche politischen Kräfte eine Strategie vormachtorientierter Politisierung der eigenen Kultur gegen die Kultur der Anderen - der Anderen innerhalb der Gesellschaft und außerhalb dieser - ab. Kulturelles Selbstbewusstsein wird so zum Hebel für politische Verfeindung um der Macht willen (Meyer 1997, 22). So entstehen „fundamentalistische Identitätspolitiken“ oder auch reaktive westliche Identitätspolitiken, die beide „*kulturelle Differenz*“[8] für Zwecke der Machtlegitimation missbrauchen (Meyer 2002, 10).

Die Suche nach Identität ist ein fortlaufender der Prozess der Identitätskonstruktion, in dem das eigene Verhältnis zu anderen reflektiert und bearbeitet wird. Vorschub für exkludierende Politik leistet dieser Prozess dann, wenn er „ohne Distanz zu den eigenen Rollen, ohne Empathie für die verschiedenartigen Rollen und Identitäten der Anderen, ohne den Willen und die Fähigkeiten Ambivalenzen zu erkennen, in jedem Handlungsfeld nur ganz als dieselbe aufzutreten vermag“ (Meyer 1997, 31). Die Ressourcen kultureller Differenz erweisen sich als mögliche Instrumente der Mobilisierung durch Ausschließung und stellen für die unterschiedlichsten politischen und religiösen AkteurInnen eine „fortwährende Versuchung für ihren Missbrauch zum Zwecke der Legitimation sozialer und politischer Machtinteressen“ dar (Meyer 2002, 13).

Die Grundlage kultureller Identitätspolitik ist zumeist eine kontrafaktische Konstruktion reiner

---

[7] Fundamentalismus beschreibt Meyer, als eine Begleiterscheinung aller Kulturreligionen der gegenwärtigen Welt als Folge unbewältigter oder scheiternder Modernisierungsbestrebungen und der mit ihnen verbundenen kollektiven Erfahrung von Entwurzelung, Verunsicherung, Ausweglosigkeit, Degradation und Kränkung. Die entstandenen religiösen und ideologischen Deutungswelten erweisen sich als Medium neuer identitätspolitischer Konflikte (Meyer 2002, 10f).

[8] *Kulturelle Differenz* beschreibt Meyer als Differenz zwischen ethnokulturellen oder kulturell-religiösen Identitäten. Sie ist ein doppeldeutiges Phänomen. Denn beide sind immer soziale Konstruktionen, die in wechselnden Situationen und in Verbindung mit wechselnden Interessen und Erfahrungen gänzlich verschiedene Gestalten annehmen können. Sie müssen nicht zu Konflikten führen, können es aber und stellen so eine fortdauernde Gelegenheitsstruktur für beides dar: für Innovation und produktive Synthese, ebenso wie für Sündenbock- und Ausgrenzungsstrategien als Grundlage für Mobilisierung und Verfeindung in machtpolitischer Absicht. Meyer bezeichnet das die „doppeldeutige Gelegenheitsstruktur des Multikulturalismus“ (Meyer 2002, 17).

kultureller Identität, die primär durch die aggressive Ausschließung des Anderen erzeugt wird, um reinigende Erklärungen, stärkende Gewissheiten, scheinbar widerspruchsfreie Identifikationschancen, greifbare Heilserwartungen und klare Fronten der Zuweisung von Schuld und Sühne zu schaffen. Diese fundamentalistische Konstruktion kultureller Identität nennt Meyer *Identitätswahn* (Meyer 2002, 13). Auf der anderen Seite ermöglichen kulturelle Ressourcen auch kulturübergreifende Zusammenarbeit und ein Entstehen von Zivilgesellschaft. Die „negative Globalisierung" bestärkt also zum einen identitätspolitische Abschottungen und zum anderen eine „kosmopolitische Öffnung kultureller Traditionen". Der kulturelle Faktor wird in unserer Zeit zunehmend für „unterschiedliche Formen des Gebrauchs und des Missbrauchs" verwendet. (Meyer, 2002, 14). Kulturelles Selbstbewusstsein wird zum Hebel für politische Verfeindung um der kulturellen Dominanz oder politischer Macht willen. Damit einher geht eine Naturalisierung des Verständnisses von Kultur - der kulturelle Rassismus. Er steht, so Meyer, im Gegensatz zu allem, was an politischen Lösungen für die Überlebensprobleme der Menschheit geboten wäre – nämlich globale Kooperation über alle Unterschiede hinweg - und steht im Gegensatz zu einer globalen Wirklichkeit, in der sich „Kulturen längst wie Flüssigkeiten mischen" (Meyer 2002, 30).

Fundamentalistische Identitätspolitik ist Diskriminierungspolitik. Sie stellt eine machtpolitische Instrumentalisierung kultureller Differenz dar, sie macht kulturelle Identität „zum Mittel für den Zweck der eigenen Macht, als Basis der kulturellen Diskriminierung" (Meyer 2002, 35).

Die Politisierung der kulturellen Differenz hat ihre eigene Logik: Einerseits schließt sie Verständigung von vornherein aus, andererseits verschiebt sie sämtliche politischen Konfliktpotenziale auf die kulturelle Argumentationsebene. Sie erklärt tatsächliche oder konstruierte Unterschiede entweder zum prinzipiellen Hindernis für das Zusammenleben, oder sie interpretiert das „Wesen" der Kultur „der Anderen" als einen unvermeidlichen Angriff auf die Integrität, der eigenen kollektiven Lebenskultur. Diese Indienstnahme kultureller Differenz ermöglicht zum einen, eine starke Mobilisierung gegen einen ursprünglich überlegenen, politischen Gegner. Zum anderen ermöglicht sie - in der Rolle der Sicherung der Macht - eine Verschiebung von Konfliktfronten. Probleme, die von „den Mächtigen" nicht politisch gelöst werden können, werden von diesen als Folgen der Herausforderungen durch die feindliche Identität dargestellt. Zentral ist dabei in jedem Fall das Argument, dass die empörenden sozialen oder ökonomischen Verhältnisse eine Folge des „Verfalls kultureller Identität" oder der „Belagerung durch die Mächte feindlicher kultureller Identität" sei. Das Verhängnisvolle ist also weniger die *kulturelle Differenz* selbst, sondern der politische Gebrauch, der von ihr gemacht wird[9] (Meyer 2002, 36).

[9] Dabei stellt sich die Frage, ob es eine Verwendung von kultureller Differenz und deren ständiger Reproduktion gibt, die nicht (identitäts-) politisch motiviert ist. Diese Frage lässt Meyer offen.

Die Politisierung kultureller Differenzen hat sich als „universelles Patentrezept erwiesen um Stimmungen zu entfachen, wo Mächte herrschen wollen, die zum dem was Politik in Wahrheit zu leisten hätte nichts beitragen können“, schreibt Meyer. Durch sie lassen sich Emotionen erzeugen, wie mit keinem „wirklichen“ politischen Thema. Diffuse politische Loyalitäten werden mittels kultureller Ausgrenzungen zu FreundIn-FeindIn Gegensätzen verdichtet, während „wirkliche“ politische Herausforderungen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit schwinden. Die Vertreibung der Anderen aus ihren Rechten, erscheint in dieser Perspektive als Grundlage für das Gemeinwohl des „Eigenen“ (Meyer 2002, 38).

2.4. Exkurs: Kultureller Rassismus

Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ erörtern auch viele AutorInnen, die sich mit rassismustheoretischen Konzepten befassen. Gerade rechte und rechtspopulistische Diskurse über Asylpolitik beziehen sich häufig auf rassistische Konzepte. Wenn rechte AkteurInnen ein „Recht auf Differenz“ einfordern (vgl. Benz, 2004) oder AsylwerberInnen als Bedrohung für den Staat und die „Kultur“ interpretiert werden (vgl. Götzelmann 2010, Gruber 2010, Fröhlich-Steffen, 2004), ist dies nicht losgelöst von kulturalistischen Rassekonzepten zu betrachtet. Daher erscheint es für eine weitere Diskussion des Verhältnisses von rechter und rechtspopulistischer Identitätspolitik sowie Migrations- bzw. Asylpolitik notwendig, aktuelle rassismustheoretische Diskussionen zu skizzieren.

Der Begriff „Rasse“, von welchem sich Rassismus ableitet, wird im 21. Jahrhundert zumindest in den Sozialwissenschaften kaum mehr verwendet. Ihm wird eine rassistische Bedeutung zu gesprochen. Allerdings bedeutet ein Nicht-Verwenden eines Begriffs nicht, dass die Strukturen, die hinter diesem stehen, aufgebrochen oder gar verschwunden wären. Vielmehr werden sie von neuen Begrifflichkeiten und Codes überlagert, die zwar nicht mehr mit dem Begriff „Rasse“ operieren, ihn aber dennoch in ihrer Argumentation bedienen (vgl. Balibar/ Wallerstein 2000). Der Rassebegriff wurde in verschiedenen historischen Situationen[10] unterschiedlich verwendet um soziale Verhältnisse zu legitimieren. Im Nationalsozialismus wurde mit der Differenzierung von Menschen in Rassen, die Klassifikation von Menschen, die als wert zu leben betrachtet wurden, und Menschen, denen dies nicht mehr zugestanden wurde, legitimiert. Diese Differenzierung führte

[10] Hier ist vor allem der Kolonialismus zu erwähnen, wie beispielsweise Franz Fanon beschreibt.

zur industriellen Vernichtung von Millionen Jüdinnen und Juden, „Asozialen“, Roma und Sinti, Homosexuellen, KommunistInnen und politisch Andersdenkenden (Hund 2007, 21). Durch die Zäsur der Shoa gilt die Einteilung von Menschen in „Rassen“ heute als delegitimiert. Zusammenfassend betrachtet zeigt sich, dass Rasse ein gesellschaftliches Konstrukt ist, das sich je nach gesellschaftlicher Realität verändert und unterschiedlich aufgeladen wird. Wolf D. Hund belegt dies, indem er aufzeigt, wie unterschiedlich das Konstrukt „Rasse“ historisch betrachtet verwendet wurde. Dabei teilt er die Verwendung und Konstitution von „Rasse“ in verschiedene Phasen. Der moderne Gebrauch des Rassebegriffs geht zurück auf Richard Rowlands, der diesen im 17. Jahrhundert einführte, indem er ihn auf die Herkunft sowie Verwandtschaft von Völkern anwandte. Aus diesen Überlegungen wurde in der Folge, z.B. von Francois Bernier, abgeleitet, dass Menschen in distinkte, natürliche Gruppen differenziert werden könnten. Diese Differenzierung ist im engen Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu betrachten. Denn, wie es Hund beschreibt, zeigt die Geschichte des Rassebegriffs deutlich, dass er aus der Anstrengung heraus entwuchs, durch ihn soziale Ungleichheiten zu legitimieren (Hund 2007, 11). Hund beschreibt, dass der Rassebegriff in zwei Phasen unterschiedlich verwendet wurde. Die *erste* Phase siedelt er nach der Krise des Feudalismus und damit einhergehend mit der Ausbreitung der Geldwirtschaft und des BürgerInnentums an. Das Konstrukt Rasse diente der klassistischen Abgrenzung des Adels als erblich bedingte, höhergestellte Gesellschaftsschicht. Dadurch wurde es möglich, Besitz und Macht als natürliche Folge des edleren Blutes darzustellen. Die *zweite* Phase beschreibt Hund als Folge des europäischen Kolonialismus und der damit verbundenen Einteilung der Weltbevölkerung in unterschiedlich entwickelte Gruppierungen. So wurde es möglich Verhältnisse, die aus Eroberung und Gewalt resultierten, zum Ausdruck natürlicher Ungleichwertigkeit zu erklären.

Die historische Verwendung des Begriffs „Rasse“ lässt sich in drei Etappen darstellen. Die *erste* ist durch die Aufklärung charakterisiert. Hier wurde von unterschiedlich zum Fortschritt begabten Rassen ausgegangen. Diese unterschiedliche „Begabung“ wurde an Hautfarben festgemacht: anhand von diesen wurde erklärt, dass „niedere“ Rassen der Zivilisation nicht gewachsen seien. Allerdings wurde den rassifizierten Personen eine Möglichkeit der Weiterentwicklung zugestanden. Die *zweite* Etappe lässt sich im Sozialdarwinismus verankern. Hier wurde davon ausgegangen, dass angebliche Entwicklungsunterschiede zwischen Gruppen von Menschen in Schädeln und Knochen festgeschrieben wären. Die konstruierten Unterschiede wurden evolutionsgeschichtlich erklärt. Das Gehirn wurde dabei als jener Maßstab von Differenzen angenommen, an dem sich Kultur ablesen lässt. Damit wurden Menschen de facto zu lebenden Fossilen erklärt, die sich auch nicht weiterentwickeln könnten. In der *dritten* Etappe werden Menschen anhand von Genen differenziert.

Demnach schreiben Gene Merkmale fest, anhand derer sich Rassen definieren lassen würden. Eine gängige Methode, diese Differenz zu „beweisen“, sind Testverfahren, die den Intelligenzquotienten von Menschen bestimmen sollten. Das Abschneiden von bestimmten Personen wird dabei oft nicht in Zusammenhang mit sozialen und gesellschaftlichen Lebensrealitäten gebracht.

All den unterschiedlichen Verwendungen des Rassebegriff ist nach Hund gemein, dass dieser versucht, natürliche Elemente zur ideologischen Verhüllung seines herrschaftlich geprägten, kulturellen Kerns zu nutzen (Hund 2007 12ff).

Heute gilt „Rasse“ in den Sozialwissenschaften nicht mehr als natürliche Essenz, sondern als eine gesellschaftliche Konstruktion, die als sozialer Prozess entsteht (Hund 2007, 21). Für diesen sozialen Prozess hat Robert Miles den Begriff der Rassekonstruktion (racialisation) geprägt. Demnach ist die Konstruktion von „Rasse“ ein Prozess, in dem soziale Beziehungen nach bedeutungsaufgeladenen biologischen Merkmalen konstruiert werden. Racialisation meint das Entstehen der Vorstellungen von Rasse, genauso wie die Anwendung und Reproduktion dieser Vorstellungen. In diesem Prozess werden anhand biologischer Merkmale Kategorisierungen und Repräsentationen geschaffen, bei welchen ein „Anderes“ somatisch definiert wird. In einem dialektischen Prozess wird einerseits „das Andere“ als natürlich konstruierte Gruppe geschaffen, gleichzeitig aber auch das Selbst definiert. Diese „andere“ Gruppe wird zudem für natürlich gehalten. (Miles 2000, 21f). Diese Bedeutungskonstitution (signification) beschreibt Miles als einen Darstellungsprozess. Bestimmte biologische und somatische Merkmale von Menschen werden ausgewählt und eine Bedeutung zugeschrieben. Aus diesen Merkmalen werden jene ausgewählt, die eine angenommene Differenz zwischen Menschen bezeichnen können. Damit werden also Merkmale selektiert. Daran anschließend werden diese bestimmten Merkmale mit einer Bedeutung aufgeladen und so zu einem Kriterium, um Menschen beispielsweise in „Rassen“ einteilen zu können. Den so kategorisierten Menschen werden nun spezifische biologische und kulturelle Eigenschaften zugesprochen. „Rassen“ sind demnach eine soziale Konstruktion von Wirklichkeit. (Miles: 2000, 18f).
Mona Singer bezeichnet diese Kategorisierungen als Klassifizierungen, die für sie Voraussetzungen für Rassismen sind. Dabei bedeuten Klassifizierungen nicht zwangsläufig, dass daraus Rassismus folgt. Sie sind aber grundlegende Bedingung für das Entstehen von Rassismus, denn sie sind immer darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Wirkungen zu erzielen, durch sie wird Macht ausgedrückt, wie soziale Gliederungen innerhalb einer Gesellschaft durchgesetzt werden (vgl. auch Bourdieu 1990, 95). Diskriminierende Klassifikationen von Menschen lassen sich daran erkennen, dass sie asymmetrisch sind, also wie Koselleck schreibt: „nur einseitig verwendbare, auf ungleiche Weise konträre Zuordnungen“ (Koselleck 1993, 175). Fremdenfeindlichkeit basiert auf der Grundfigur

eben solcher asymmetrischer Gegenbegriffe (Singer, 1997, 44).

Mark Terkessidis widerspricht dem Ansatz von Robert Miles, der Prozess der Rassenkonstruktion sei von Rassismus zu unterscheiden. Einerseits weil die Konstruktion von Rassen per se schon rassistisch sein kann, andererseits weil Darstellungsformen auch ohne offensichtliche Wertung bereits rassistisch sein können (Terkessidis 1998, 74f). Er stimmt hier vielmehr einer Unterscheidung zu, die auch Jost Müller (Müller 1992, 9ff) trifft. Rassismus ist dabei die Verwirklichung der abstrakten Rassenkonstruktion. Damit wäre die Rassenkonstruktion ideologisch, nicht aber der Rassismus selbst eine Ideologie. Denn dieser ist nach Müller nicht selbstständig sondern immer im Ensemble verschiedener ideologischer Praxisformen. Um seine Differenz zu Miles‘ Verständnis deutlich zu machen, spricht Terkessidis von Rassifizierung statt Rassenkonstruktion. Rassifizierung bedeutet für ihn, dass über bestimmte Merkmale eine Gruppe von Menschen als natürliche Gruppe festgelegt wird und gleichzeitig die Natur dieser Gruppe im Verhältnis zur eigenen Gruppe formuliert wird (Terkessidis 1998, 77). Ähnlich betrachtet das auch Colette Guillaumin. Für sie sind biologische Unterschiede für den Rassismus nicht vorrangig. Rassismus stützt sich in gleicher Weise auf die „Evidenz“ einer physischen wie auf jene einer soziologischen Gemeinschaft. Der Begriff „Rasse“ ist ein soziales Produkt, dem biologische Realität unterstellt wird, welche wiederum zur Rechtfertigung sozialer, hierarchischer Verhältnisse verwendet wird (Guillaumin 1991, 159ff).

Kultur statt Rasse

Mit der Delegitimation des Rassebegriffs haben sich auch die Diskurse und Praxen des Rassismus verändert. Etienne Balibar und Emanuel Wallerstein (Bailibar/Wallerstein 1990) führen im Zusammenhang damit den Begriff eines „Rassismus ohne Rassen“, den kulturalistischen Rassismus ein. Den Ausgangspunkt rassistischer Theorien bilden nicht mehr länger „die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen“ (Balibar 1998, 28). Das Konzept der Biologisierung wird durch Kulturalisierung ersetzt, „Rasse“ durch „Ethnizität“ oder „kulturelle Identität“ und die Vorstellung von Ungleichheiten verschiedenerer Rassen durch jene von *kulturellen Differenzen*. Dabei wird die Diskreditierung des Rassebegriffs unterlaufen, indem Vorstellungen von Kultur den Begriff der Rasse ersetzen. Kultur wird dabei ähnlich konstruiert wie Rasse: Kultur wird naturalisiert und als ein vorsozialer, unmittelbarer Bestandteil eines Menschen dargestellt, der nicht veränderbar ist. Im kulturellen Rassismus werden Menschen also nicht mehr auf Grund ihrer angeblichen Rassenzugehörigkeit Eigenschaften und Fähigkeiten zugesprochen, sondern auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur. Ein biologischer oder genetischer „Naturalismus“ stellt damit nicht länger die einzige Möglichkeit dar,

menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Verhältnisse zu naturalisieren (Balibar, 1998, 29f). Der Rassebegriff wird durch die Verwendung des Kulturbegriffs überflüssig, da Menschen durch den Begriff der „Kultur“ genauso rassifiziert werden können (Hund 2007, 11). Kultur wir somit zu einem funktionalen Äquivalent des Rassebegriffs, weil sie als eine Art „zweite Natur“ konzipiert wird. Dabei wird von einer statischen, deterministischen und ahistorischen Konzeption von Kultur ausgegangen, die das „Individuum auf eindimensionale, identitäre Bestimmungen reduziert“ (Singer 1997, 72ff). Demnach findet ein Paradigmenwechsel hin zu einem „Rassismus ohne Rassen“ statt, der mit der Unaufhebbarkeit der *kulturellen Differenzen* operiert. Nicht mehr die explizite Überlegenheit einer Gruppe, sondern die Schädlichkeit von Grenzverwischungen zwischen Lebensweisen und Traditionen, steht im Mittelpunkt rassistischer Diskurse (vgl. Balibar/Wallerstein 1990). Darunter ist nicht zwangsläufig zu verstehen, dass der kulturalistische Rassismus den biologistisch argumentierten Rassismus abgelöst hat. Biologistische Argumentationen kommen nach wie vor in rassistischen Diskursen vor und werden immer wieder in kulturalistische Argumentationen integriert - häufig wird zwar *Kultur* gesagt, aber „Rasse“ gemeint. Die Reduktion von Menschen(gruppen) auf identitäre Bestimmungen ist Teil von Identitätspolitiken. Besonders rechtspopulistische AkteurInnen agieren im Feld der Identitätspolitik und handeln sich dabei immer wieder den Vorwurf von „kulturellem Rassismus“ ein. Im Folgenden möchte ich nun genauer auf die Identitätspolitik rechtspopulistischer AkteurInnen eingehen.

3. Rechtspopulismus und Identitätspolitik

Die Konstruktion von individueller und kollektiver Identität ist ein komplexer Prozess, der von Abgrenzungen gekennzeichnet ist. Findet dieser Abgrenzungsprozess über stereotypisierende und naturalisierende Konstruktionen eines „Wir“ und eines „Anderen“ statt, kann dies zu Ausgrenzungspraktiken führen. Das folgende Kapitel befasst sich mit Formen der Identitätspolitik, die von rechtspopulistischen Parteien (re-)produziert und für (macht-)politische Ziele genützt werden.

3.1 Recht auf Differenz – Identitätspolitische Diskurse

Identitätspolitische Aussagen referieren häufig auf rassistische Diskurse. Dabei steht heute nicht mehr die Konstruktion von Rassen im Mittelpunkt, sondern vielmehr eine differentialistische Einteilung von Menschen. Als trennendes Element zwischen Menschen wird dabei die Kultur von als homogen verstandenen „Völkern[11]“ konstruiert. Identitätspolitische AkteurInnen fordern darauf bezugnehmend eine „Recht auf Differenz[12]“, nachdem jedes „Volk“ in seiner Weise, an seinem Platz leben sollte. Das Gefährliche wären demnach „Vermischungen“ von Kulturen (vgl. Schiedl 2007). Wird in Diskursen ein „Recht auf Differenz“ gefordert, ist die SprecherInnenposition des jeweiligen Akteurs bzw. der jeweiligen Akteurin zu hinterfragen. *Fundamentalistisch* ist Identitätspolitik dann, wenn *kulturelle Differenzen* im Sinne einer Essentialisierung verabsolutiert werden. Ein Rekurs auf Differenz bedeutet noch nicht zwangsläufig, die Abwertung derjenigen, die nicht als dazugehörend gedacht werden, genauso wenig ist damit gesagt, aus welcher Position und aus welchem Grund diese Identitätspolitik betrieben wird. Gesellschaftlich diskriminierte Personengruppen berufen sich teilweise auf Differenzen, weil sie als Individuen über, ihnen als Kollektiv essentialistisch zugeschriebene Eigenschaften, diskriminiert werden. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie damit den Essentialismus bestätigen. Ferner kann angenommen werden, dass sich durch gemeinsame Lebensbedingungen, in denen sich die Diskriminierten manifestieren, ähnliche Interessen und Werte entwickeln. Eine erzwungene Identitätspolitik ist also nicht gleichzusetzen mit der Identitätspolitik derer, von denen der Zwang ausgeht und die davon profitieren. Im ersten Fall ist es möglich, kulturelle Identität als politische Identität zu verstehen, im zweiten Fall wird erstere aus politischen Gründen hergestellt. Wenn jedoch der Widerstand dagegen

[11] Die hier verwendeten Begriffe beziehen sich auf Diskurse die beispielsweise innerhalb der Neuen Rechten geführt werden. Dabei werden Völker als „natürliche“ und homogene Kollektive verstanden, die jeweils Anspruch auf ein gewisses Territorium hätten. Bestimmte „Völker“ (das „deutsche Volk“) gelten dabei hierarchisch höher positioniert als andere.

[12] Dabei nehmen AkteurInnen Bezug auf rassistische Vorstellungen von Kultur, wie schon weiter oben beschrieben wurde.

nur auf der Vorstellung von kohärenten Identitäten basiert, werden Ausschluss und Unterwerfung reproduziert (Singer 1997, 84ff). Vorstellungen und Argumentationen über „Differenzen“ müssen nicht zwangsläufig auf rechte oder rassistische Weltbilder Bezug nehmen, vielmehr stellt sich die Frage, ob Menschen Differenzen erzeugen oder zu differenzierten Objekten gemacht werden – welche Handlungsspielräume Menschen überhaupt haben, um Differenz zu konstruieren oder zu dekonstruieren. Ein Berufen auf Differenzen oder ein bewusster Umgang mit Identitätspolitiken kann für marginalisierte Gruppen ein Moment der Selbstermächtigung darstellen (vgl. Singer 1997, 90).

3.2. Rechtspopulistische Identitätspolitiken

Von dem in den Neunzigerjahren entstandenen „Klima der Verunsicherung“, basierend auf dem fortschreitenden Prozess der Globalisierung, der zunehmenden kulturellen Heterogenität und der Auflösung identitätsstiftender gesellschaftlicher Strukturen profitierten rechtspopulistische Parteien in Europa erheblich. Die Ängste der Menschen führten zu einer „Rückbesinnung auf traditionelle Werte“, wozu insbesondere die nationale Identität zählt, zu deren Bewahrerinnen sich rechtspopulistische Parteien erklärten. Dies geschieht sowohl durch eine inklusive Argumentation - Wer sind wir? - sowie einen exklusiven Anteil - Wer gehört nicht zu uns? Identitätsängste werden von rechtspopulistischen Parteien aufgegriffen, durch Exklusionspolitiken wird ein Gefühl von Zusammengehörigkeit vermittelt. Dabei entwerfen RechtspopulistInnen die Vision einer „ethisch“ homogenen „Volksgemeinschaft“, in Abgrenzung zu den NachbarInnenstaaten und in Abgrenzung zur Idee einer *multikulturellen* Gesellschaft. Daraus resultiert eine Identitätspolitik, die einerseits von patriotischer Inszenierung und andererseits von Xenophobie gekennzeichnet ist. Eine exklusive Identitätspolitik, die neu aufkommende Ängste kanalisiert und versucht, Menschen durch die Betonung des Nationalen, ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, entsteht (Fröhlich-Steffen 2004, 282ff).

Speziell für die FPÖ bedeutete das, dass sie ihr Identitätskonzept Anfang der 90er Jahre revidierte und neu ausrichtete. Nicht mehr die „großdeutsche Volksgemeinschaft“ sondern der Österreich-Patriotismus stand nun im Mittelpunkt. Im Gegensatz zur positiven Bezugnahme von ÖVP und SPÖ auf den Beitritt zur EU rief die FPÖ zum „Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen“ auf. Damit konnte die FPÖ vorhandene Ängste vor der Globalisierung aufnehmen und suggerieren, dass diese durch eine geeignete Politik aufgehalten werden könnte. (Fröhlich-Steffen 2004, 287). Dabei knüpfte die FPÖ an die vorhandenen Ängste und xenophoben Einstellungen an und retouchierte diese als Österreich Patriotismus. Diese Form der Politik wurde

auch nach dem EU-Betritt fortgeführt, etwa wenn es um die EU-Osterweiterung ging (Fröhlich-Steffen 2004, 291).

Rechtspopulistische Parteien speisen sich wesentlich aus den spezifischen „Erzählungen“ über die soziale und politische Welt, die sie vor allem aus der Opposition heraus „authentischer“ und damit für viele WählerInnen überzeugender, in Umlauf bringen. Besonders gilt das für die fast sämtliche populistischen Deutungsakte durchziehende Konstruktion einer „Wir“- Gruppe, die – ausschließlich aus „dem Volk“ und seinen rechtspopulistischen RepräsentantInnen bestehend – beharrlich in Differenz zu „den Anderen“ gedacht und gebracht wird. Die Anderen sind in dieser Darstellung „die (korrupten) Eliten“ und die von diesen „protegierten“ gesellschaftlichen Minderheiten (Geden 2006, 12). Populismus könnte als eine spezifische Art verstanden werden, in der sich „Politiker (sic!), Parteien und anderen politische Formationen zu dem umworbenen „Volk“ in Beziehung setzen“ (ebd. 17). Rechtspopulismus ergänzt den antielitären Affekt des allgemeinen Populismus durch einen (xenophoben) horizontalen Affekt. Dieser Affekt– Geden spricht hier in Anlehnung an Altermatt und Reisigl von einem rechtspopulistischen Syndrom – entsteht durch das Zusammenspiel von vier zentralen Linien: der antielitäre Rekurs auf das „Volk“ als politische Kategorie, der legitimierende Rückgriff auf Alltagserfahrungen und den „gesunden Menschenverstand“, spezifische Prinzipien der politischen Kommunikation und Rhetorik sowie die organisatorischen Strukturen rechtspopulistischer Politik (Geden 2006, 17ff). Das „Volk“ wird als eine homogene Einheit dargestellt, die sich als Negation der politischen und kulturellen Eliten, der politischen GegnerInnen, MigrantInnenen und gesellschaftlichen Minderheiten darstellt - oder positiv formuliert, eine Person ist, die zu einer „nationalen Abstammungsgemeinschaft“ gehört, sozusagen „der kleine Mann“ ist (ebd.).

Auch Heinisch beschreibt, dass sich Rechtspopulismus auf eine abstrakte nicht näher definierte Konzeption von „Volk“ bezieht, das als Einheit, weitgehend ohne Klassen, Interessensunterschiede und interne Gegensätze verstanden wird. Der Volksbegriff ist dabei beliebig veränderbar, er soll möglichst viele WählerInnen ansprechen und gezielt Gruppen ausschließen können. Der als homogenes „Volk“ konstruierten Masse wird ein einheitlicher Wille unterstellt, den die populistische Partei als einzige verstehen kann. Abweichende Intentionen oder KritikerInnen werden als außerhalb der Gemeinschaft stehende Feindbilder präsentiert. RechtspopulistInnen verbinden diese populistischen Elemente mit ideologischen Elementen, die die Rechte traditionell auszeichnen (Heinisch 2004, 253). Die polarisierten Interessensgegensätze moderner Gesellschaften werden dabei als das Ergebnis einer eigensüchtigen Politik der Eliten dargestellt, die es wieder aufzuheben gilt. Rechtspopulistische Politik ist demnach immer auch eine rückwärtsgerichtete Idealisierung, deren identitätspolitischer Kern sich um das scheinbare Problem

der Auflösung traditionaler Bindungen dreht (Geden 2006, 21). Dabei knüpfen RechtspopulistInnen an bereits vorhandenes Wissen an, an Alltagswissen oder breit verankerte „common-sense-Deutungen“ in der Gesellschaft, wie zum Beispiel durch Vergleiche von öffentlichen Haushalten mit privaten oder der Analogisierung von Familie und Nation. Diese Beispiele stehen zugleich für einen spezifischen Kommunikationsstil. Dabei werden komplexe Themen sprachlich versimplifiziert, Tabubrüche inszeniert und die politische Auseinandersetzung emotionalisiert. Genauso gehören zu diesem Kommunikationsstil die Einforderung radikaler Lösungen, das Denken in Verschwörungstheorien und dichotomen Weltbildern, die Verwendung von Biologismen, Gewaltmetaphern und persönliche Beleidigungen (ebd.). Ottomeyer beschreibt den ehemaligen Landeshauptmann Jörg Haider beispielsweise als „Robin Hood“, als einer, der sich traute, Tabus zu brechen und gegen „die da oben“ anzukämpfen (Ottomeyer, 2009, 10). Haider ist auch ein Beispiel für die von Geden angesprochene, typische Organisationsform rechtspopulistischer Parteien. An ihrer Spitze steht meist eine dominante Führungspersönlichkeit. Die Organisationsform orientiert sich an der Verortung rechtspopulistischer Parteien als „anders als die Eliten“. So bezeichnen sie sich oft als „Bewegung“ oder „Liga“ und nicht als Partei: sie treten für Volksabstimmungen ein und sind „intermediären demokratischen Institutionen“ gegenüber generell skeptisch (vgl. Geden 2006, 21f). Rechtspopulismus definiert sich logischerweise auch über seinen Inhalt, der in der Regel von „ausgeprägtem Wertkonservatismus“ und „xenophoben Ressentiments“ geprägt ist (Geden 2006 35).

Die politischen Prozesse, die von rechtpopulistischen Parteien ausgehen, sind von Detailthemen unabhängig und fokussieren auf die Entgegensetzung von Volk und Elite. Sie erzeugen durch Prozesse der Eigen- und Fremdpositionierung einen Rahmen, an dem sich die alltägliche Produktion von „sinnvollen“ Deutungsangeboten weiter orientiert. Darum ist es für rechtspopulistische Parteien auch nicht relevant, in den Massenmedien gut dargestellt zu werden. Wichtig ist, überhaupt beachtet zu werden und damit den „Rahmen“ gestalten zu können (Geden 2006, 38). Dieser Rahmen orientiert sich an fundamentalen, dichotomen Teilungsdimensionen, einer Trennung der politischen AkteurInnen in ein „Wir“ und ein „Die“, wobei die Strategie sich darin ausdrückt, dass sich ein „relevanter Teil der Wahlbevölkerung an dem positiv besetzen „Wir“-Pol verortet“ und sich damit im Gegensatz zu den bisher dominierenden politischen RepräsentantInnen sehen soll. Eine der wesentlichsten rechtspopulistischen Strategien, um dies umzusetzen ist, die „Politisierung alltagsweltlicher Differenzen“, die für semantische Verschiebungen offen sind und mit denen es möglich ist, an vorhandenen Wissensbeständen anzuknüpfen (Geden 2006 39). Das Handeln rechtspopulistischer AkteurInnen orientiert sich am Konflikt, nicht am Konsens. Es konzentriert sich auf Politikbereiche und Detailaspekte, die ein hohes Maß an „kommunikativer Verwertbarkeit“ versprechen. Im Zentrum ihrer Pragmatiken

stehen Identitätspolitiken, die diesem Modus des Nicht-Verhandelbaren folgen. Diese antipluralistische Ausrichtung bringt auch eine Verabsolutierung des „Volkswillens“ mit sich (Geden 2006, 40f).

Nach der „identitätspolitischen Wende“ betreiben rechter Parteien sowohl wohlfahrtschauvinistische wie auch kulturalistische Varianten von Identitätspolitik, wobei es in beiden Fällen um die Anerkennung identitärer Unterschiede geht. Populistische Parteien zielen auf die „Mobilisierung von Anerkennungsforderungen ab, die innerhalb von dominanten Eliten geschaffener und beherrschter Politiksysteme auf traditionellem Weg nicht umsetzbar sind“. Diese „new politics of resentment“ (vgl. Bez 2002) ermöglichen es, Vorurteile zu wecken und diese für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. Populistische Kampagnen nutzen dabei Gefühle individueller Ohnmacht oder das Empfinden von Benachteiligung als Ansatzpunkt und Auslöser für Ressentiments. Neid wird dabei als Mittel zur Mobilisierung verwendet (Heinisch 2004, 255).
Dabei ist wichtig festzuhalten, dass diese Formen von Identitätspolitik keine Neubelebung alter Nationalismen sind, sondern sich um die Erhaltung von Eigenheiten und Ansprüchen drehen, die als identitätsstiftend gelten. Im Vordergrund stehen dabei nicht rassistische Ausfälle, sondern das „Recht auf eigene Identität“. Dennoch bleiben die politischen Forderungen weitgehend rassistisch, da sie sich von einem exklusiven Kulturbegriff ableiten, in dem bestimmte „Rassen“ oder Ethnien als nicht integrierbar gelten. Die Wirksamkeit identitärer Botschaften bleibt allerdings nicht nur RechtspopulistInnen vorbehalten, sie werden genauso von anderen Parteien eingesetzt (Heinisch 2004, 256).

4. Asylpolitik in Österreich

Nach den theoretischen Überlegungen zu Identitätspolitik sowie deren Nutzung durch RechtspopulistInnen möchte ich im nächsten Kapitel meiner Arbeit auf den zweiten Teil meiner Fragestellung eingehen – die Asylpolitik in Österreich und Kärnten/Koroška als Ort identitätspolitischer Diskurse. Dafür erscheint es mit nötig, zuerst einen Überblick über die österreichische Asylpolitik zu präsentieren, um in weiterer Folge, den zu analysierenden Diskurs besser verorten zu können.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in Österreich zwei große Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen: einerseits waren das „Displaced Persons“, Opfer des Nationalsozialismus (Kriegsgefangene, KZ- Überlebende, jüdische Überlebende aus Osteuropa), die nach ihrer Befreiung in Österreich waren. Österreich hatte kein Interesse, diese Menschen anzusiedeln, wäre dies doch mit einem Schuldeingeständnis einhergegangen. Die zweite Gruppe waren die „Volksdeutschen“, deutsche Minderheiten, die nun nach neuem Lebensraum suchten. Während die Politik gegen diese anfangs auch ablehnend war, so änderte sich die Politik den „Volksdeutschen“ gegenüber 1949. Von da war Österreich um eine Integration der „Heimatvertriebenen“ bemüht[13]. Diese Phase war „deutlich von einer Politik der selektiven Integration geprägt“ (Perchinig 2009, 229).

In der österreichischen Migrationspolitik der 1950er und 1960er Jahre stand vor allem die Arbeitsmarktpolitik und mit ihr die Beschäftigung der ÖsterreicherInnen im Vordergrund.
Dabei wurde ein korporatistisches Modell der Arbeitsmarktsteuerung entwickelt, in welchem die Beschäftigung der StaatsbügerInnen vorrangig war und ausländische Arbeitskräfte zu ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse degradiert wurden. Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften in den 1950er Jahren führte ab etwa Anfang der 1960er Jahre, zu einer verstärkten Arbeitsmigration nach Österreich, die aber politisch eingeschränkt wurde. Nach der Krise in den 1970er Jahren brachte das Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 weitere deutlichen Verschärfungen für MigrantInnen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt mit sich (Perchinig 2009, 233f). Österreich betrachtete sich weiterhin nicht als Endaufnahmeland von MigrantInnen und Flüchtlingen, sondern als Erstaufnahme- oder Transitland. Demnach gab es auch bis 1968 kein

[13] Diese Politik war eng verknüpft mit dem „Ofermythos“ Österreichs, das sich selbst als erstes Opfer des Nationalsozialismus betrachtete. Die „Volksdeutschen“ profitierten während des Nationalsozialismus von dessen Bevölkerungspolitik und wurden häufig in Gebieten angesiedelt, von denen zuerst andere „minderwertige“ Bevölkerungsgruppen vertrieben wurden. Nach dem Ende des Nationalsozialismus forderten diese ihre Häuser wieder zurück und vertrieben ihrerseits die „Volksdeutschen“. Der Diskurs um den Umgang mit diesen Gruppen ist bis heute kontrovers.

Asylgesetz, das die Voraussetzungen für den Flüchtlingsstatus klärte. Davor orientierte sich die Asylpolitik an der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (GFK; Genfer Flüchtlingskonvention), die 1951 von den Vereinten Nationen beschlossen wurde. In den 1970er Jahren wurde der Schutz der GFK durch ein Protokoll auch auf nach 1951 geflüchtete Menschen ausgedehnt. In Österreich wurden beide Dokumente 1955 bzw. 1974 in nationales Recht übernommen.

Die Solidarität mit Flüchtlingen wurde in Österreich über Jahrzehnte kaum in Frage gestellt. Erst im Laufe der 1980er Jahre wandelte sich mit der steigenden Anzahl an AsylwerberInnen und der veränderten politischen Landschaft der öffentliche Diskurs. 1985 hob der Verfassungsgerichtshof auf Grund einer Beschwerde das geltende Fremdenpolizeigesetz wegen dessen mangelnder Konformität mit dem Recht auf Familienleben auf. Darauf folgte ein Perspektivenwechsel von der „alleinigen Arbeitsmarktpolitik hin zu einer Niederlassungsperspektive". Gleichzeitig kam es zu Veränderungen im österreichischen Parteiensystem. In der FPÖ übernahm Jörg Haider die Führungsposition, die Grünen zogen ins Parlament ein. Migrationspolitik, die bislang zwischen den SozialpartnerInnen ausgehandelt wurde, bot sich als Thema zur Profilierung an. Während die Grünen besonders die Menschenrechte hervorhoben, nutzte die FPÖ[14] das Thema für nationalistische Mobilisierung. Dennoch wurde politisch an der „Gastarbeiterpolitik" festgehalten. Die „Ausländerpolitik" verkleinerte die Bundeshöchstzahl der zugelassenen, ausländischen ArbeitnehmerInnen – und sperrte damit im Endeffekt den Zugang zum Arbeitsmarkt für zahlreiche in Österreich lebende MigrantInnen (Perchinig 2009, 235). Flüchtlinge aus Osteuropa galten ab den 1980er Jahren nicht mehr nur als politisch Verfolgte und0 als „Freiheitskämpfer", vielmehr wurden ihnen zunehmend andere Motive für ihre Emigration unterstellt. Allen voran wurde das Bild des „Wirtschaftsflüchtlings" geprägt. Die Anerkennungszahlen für AsylwerberInnen aus realsozialistischen Staaten sanken. Die Aufnahmebereitschaft nahm ab, bis sie 1990 in offene Ablehnung gegen rumänische Flüchtlinge umschlug (Götzelmann 2010, 48f).

Mit dem Ansteigen der Zahl der MigrantInnen zwischen 1987 und 1994 – zum einen wegen einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften, zum anderen wegen politischer Umbrüche in Europa, wurde diese Entwicklung zunehmend als Bedrohung wahrgenommen (Perchinig 2009, 236). Mit Beginn der 1990er wurde Asylpolitik immer mehr zum öffentlichen Thema, das anfangs hauptsächlich von der FPÖ und der *Neuen Kronen Zeitung* diskutiert wurde. Doch schnell stiegen auch andere politische AkteurInnen, wie der SPÖ-Innenminister Löschnak, verstärkt in den öffentlichen Diskurs ein. AsylwerberInnen wurden nun zu einer ernsthaften Gefahr für die

[14] Dass gerade die FPÖ dieses Thema für sich entdeckte ist kein Zufall. Bereits die Vorläuferpartei – die VdU (Verband der Unabhängigen) stellte sich nach 1945 als Sammelbecken ehemaliger NationalsozialistInnen dar. Die Mobilisierung von nationalistischer und rassistischer Politik stellt demnach mE eine logische Fortsetzung der Parteigeschichte dar.

öffentliche Sicherheit stilisiert, die mit dem Asylgesetz 1991 zurückgedrängt werden sollte. Es sollte eine „Abschreckungs- und Abwehrtaktik“ realisieren. Gleichzeitig wurde auch ein neues Fremden- und Aufenthaltsrecht geschaffen, das den Zugang zum Aufenthaltsrecht deutlich erschwerte. Das Innenministerium wurde zur entscheidenden Instanz in der Migrationspolitik (Perchinig 2009, 236).

Erklärbar ist dieser in wenigen Jahren vollzogene Wandel auch mit dem Versuch der SPÖ, durch restriktivere Asylpolitik „die Abwanderung ihrer WählerInnen in das Lager der FPÖ zu verhindern“(Götzelmann 2010, 49). Die FPÖ wiederum versuchte ihre Position zu stärken, indem sie das „Ausländervolksbegehren“ initiierte. Während 417.278 Menschen das Volksbegehren „Österreich zuerst“ unterschrieben, beteiligten sich hunderttausende Menschen an Protestaktionen gegen die „Ausländerhetze“ der FPÖ, wie den von SOS Mitmensch initiierten „Lichtermeeren“ (Götzelmann 2010, 46ff).

Im Asylgesetz 1997, das während der Amtszeit von Innenminister Caspar Einem zustande kam, war von dem Titel „Integrationspaket“ und einem Dialog mit den NGOs geprägt, und skizzierte einen „Schwenk zu einer Einwanderungspolitik mit möglichst schneller rechtlicher Gleichstellung“ von MigrantInnen (Perchinig 2009, 237). Zu einem tiefgehenden Bruch zwischen SPÖ und NGOs kam es 1999, als sich SPÖ-Innenminister Schlögl nach dem Tod des Asylwerbers Marcus Omofuma, der während seiner Abschiebung auf Grund von Fesseln und Knebeln starb, weigerte, zurückzutreten.

Im gleichen Zeitraum veränderte sich die Möglichkeit, die Migrationspolitik über Arbeitsmarktpolitik beeinflussen zu können, durch den EU- Beitritt 1995 maßgeblich. Das InländerInnenprimat auf dem Arbeitsmarkt geriet ins Schwanken, und es kam auf Grund des EU-Rechts – mit langen Übergangsfristen – schließlich zu einer rechtlichen Angleichung der langansässigen Nicht-EU- BürgerInnen auf dem Arbeitsmarkt (Götzelmann 2010, 52)..

Ab dem Jahr 2000 war Migrationspolitik von Schwarz-Blau und einer restriktiven Asylpolitik geprägt. Die öffentliche Diskussion wurde von der, von der FPÖ vorgeschlagenen, „Integrationsvereinbarung“ geprägt. MigrantInnen sollten zu Deutsch- und Integrationskursen verpflichtet werden. Der Fokus auf Integration löste den langjährigen Arbeitsmarkt-Diskurs ab. Neben einem Diskurs über „gemeinsame Werte“ und der „Integrationsfähigkeit des Islam“ rückte der sicherheitspolitische Diskurs immer stärker in den Mittelpunkt. Unter diesen Vorzeichen dominierte in der Debatte um Asylpolitik unter Schwarz- Blau, der Vorsatz, „Asylmissbrauch“ zu verhindern (Perchinig 2009, 240). In weiterer Folge wurde 2005 eine umfassende Asylgesetzesnovelle verabschiedet.

Das Asylgesetz 2005 (AsylG; Artikel 2 des Fremdenrechtspakets) regelt folgende Bereiche:

„1. die Zuerkennung und die Aberkennung des Status des Asylberechtigten und des subsidiär Schutzberechtigten an Fremde in Österreich;
2. in welchen Fällen eine Entscheidung nach diesem Bundesgesetz mit einer Ausweisung zu verbinden ist;
3. das Verfahren zur Erlangung einer Entscheidung nach den Z 1 und 2.“

(vgl. www.ris.bka.gv.at am 14.9.2011).

Das AsylG 2005 stellt demnach formale Fragen und Fragen der Zuständigkeit in den Vordergrund, es kann als „Verfahrensgesetz“ bezeichnet werden (vgl. Vogl 2007,24). Gleichzeitig implementiert es europäische Abkommen, wobei das Dubliner Abkommen bzw. Dublin II besondere Relevanz für AsylwerberInnen hat. Dieses entscheidet nach bestimmten Kriterien, welcher EU- Staat für die Prüfung eines Asylantrages zuständig ist und regelt darüber hinaus die Überführung eines/einer AsylwerberIn in den Erstaufnahmestaat. Diese hat auf Ersuchen binnen maximal sechs Monaten zu erfolgen (vgl. VO 343/2003).

§ 3 (1) Einem Fremden, der in Österreich einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat, ist, soweit dieser Antrag nicht wegen Drittstaatsicherheit oder Zuständigkeit eines anderen Staates zurückzuweisen ist, der Status des Asylberechtigten zuzuerkennen, wenn glaubhaft ist, dass ihm im Herkunftsstaat Verfolgung im Sinne des Art. 1 Abschnitt A Z 2 Genfer Flüchtlingskonvention droht. (vgl. www.ris.bka.gv.at am 14.9.2011).

Wer demnach über einen “sicheren Drittstaat“ oder einen „Dublin Staat“ nach Österreich einreist, hat aus formalen Gründen kein Recht auf Asyl. Ausnahmen gibt es für Menschen, die enge Familienmitglieder in Österreich haben. Der Anspruch auf Asyl wird in einem „Zulassungsverfahren“, welches maximal 20 Tage dauern darf, entschieden. Während dieses Verfahrens dürfen sich AsylwerberInnen nur innerhalb eines Bezirkes aufhalten. Sollte eine Person auf Grund des Dublin-Verfahrens kein Recht auf Asyl in Österreich haben, hat dies meist eine Inschubhaftnahme und Ausweisung zur Folge (vgl. http://deserteursberatung.at/recht/article/960/365/ am 14.9.2011).

Ist die Zuständigkeit Österreichs für die/den AsylwerberIn geklärt, beginnt das Asylverfahren. In diesem wird festgestellt, ob einer der Fluchtgründe nach der Genfer Flüchtlingskonvention vorliegt: politische Verfolgung, religiöse Verfolgung, Verfolgung aus Gründen der „Rasse“, Ethnie oder Nationalität, Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe (sexuelle Orientierung, Berufsstand, frauenspezifische Fluchtgründe). Eine Verfolgung liegt bei einer schwerwiegenden Bedrohung vor sowie bei einer individuellen, staatlichen Verfolgung, die im gesamten Herkunftsstaat vorliegen muss – also eine interne Fluchtalternative ausschließt (vgl. http://www.asylum-online.at am 14.9.2011).

In der Asylgesetzesnovelle 2005 kam es in weiterer Folge zu erheblichen Einschränkungen des Asylrechts, wie der Möglichkeit zur Zwangsernährung von AsylwerberInnen und der Möglichkeit, die Schubhaft bis auf zehn Monate auszudehnen. Gleichzeitig wurde auch das StaatsbürgerInnenschaftsgesetz novelliert. Seither sind für die Einbürgerung gesteigerte Einkommenshöhen sowie eine Prüfung in Deutsch und im Wissen über die Republik Österreich Voraussetzung (Perchinig 2009, 241f).

Eine weitere Neuerung in der Asylpolitik war 2004 ein einheitliches Gesetz für die Versorgung von AsylwerberInnen, die Grundversorgungsvereinbarung (GVV). Dieses orientiert sich an der 2003 auf EU-Ebene beschlossenen europäischen Direktive zur Regelung von Mindeststandards für die Versorgung von AsylwerberInnen (vgl. http://www.ecre.org am 14.9.2010). Sie regelt in einer Vereinbarung die Aufgaben der Bundesländer und des Bundes bei der Betreuung hilfsbedürftiger AsylwerberInnen bzw. vom regulären Sozialsystem ausgeschlossener, aber nicht abschiebbarer „Fremder“ (vgl. http://www.ris.bka.gv.at am 14.9.2010). Die GVV wurde daraufhin auch in den jeweiligen Landesgesetzen verankert.

Zahlreiche Novellen des Asylgesetzes in den letzten Jahren führten zu weiteren Verschärfungen im Asylbereich. Dazu gehört, dass 2008 der Asylgerichtshof (AsylGH) den Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) ablöste. Der Asylgerichtshof ist seither die letzte Instanz im Asylverfahren, wobei AsylwerberInnen in einzelnen Fällen die Entscheidung ihres Falles am Verfassungsgerichtshof (VfGH) oder Verwaltungsgerichtshof (VwGH) beeinspruchen. Die Asylgesetzesnovelle 2009 brachte eine Erleichterung der Verhängung von Schubhaft und eine Ausweitung der Gebietsbeschränkungen für AsylwerberInnen mit sich (vgl. http://no-racism.net/article/3202/ vom 12.10.2011).

Am 1. Juli 2008 übernahm Maria Fekter nach Lise Prokop und Günther Platter das Innenministerium. Sie präsentierte ein Grundlagenpapier, das Migration vor allem als sicherheitspolitische Frage und Bedrohung wertete. Im April 2011 übernahm Johanna Mikl-Leitner das Amt von Maria Fekter.

Der bundespolitischen Grundhaltung stellt Perchinig den Trend gegenüber, dass es in den Bundesländern zu einer Umwertung des Themas Migration komme. Damit hängt zusammen, dass immer mehr MigrantInnen mittlere- bis höher qualifizierte Menschen aus der EU sind und kaum mehr in das Schema des „Gastarbeiters“ passen (Perchinig 2009, 241f). Das mag in der innereuropäischen Migrationspolitik stimmen, für die Asylpolitik meine ich, dass es nicht zutreffend ist. Verschiedene öffentliche und regionale asylpolitische Diskurse wie jener rund um die „Sonderunterbringungsanstalt“ für AsylwerberInnen auf der Saualm in Kärnten/Koroška oder die mögliche Errichtung einer Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen im Burgenland, zeigen,

dass hier nach wie vor ein restriktiver Umgang mit AsylwerberInnen herrscht.

Das gesellschaftliche Verständnis von Asylpolitik wird nicht zuletzt von deren medialer Inszenierung geprägt[15] (vgl. Lynn/Lea 2003, 428). Medien gelten in Österreich heute nicht mehr als „vierte Gewalt", als Kontrollfunktion der Politik, sondern werden einerseits von der Politik instrumentalisiert und stehen andererseits in zunehmender Abhängigkeit von Politik. Verhalten und Entscheidungen politischer AkteurInnen werden durch medienspezifische Regeln geprägt, proaktives Themen- und Kommunikationsmanagement nehmen im politischen Alltag eine immer wichtigere Rolle ein. Das österreichische Mediensystem ist dabei von der *Kronen Zeitung* mit einer europaweit höchsten Reichweite von 40 Prozent sowie dem langen Monopol des ORF in Fernsehen und Radio geprägt (vgl. http://www.media-analyse.at/ vom 14.9.2011). Die „Neue Kronen Zeitung" ist eine der größten „Kampagnenkräfte" in der Österreichischen Medienlandschaft und fällt immer wieder durch pauschale Diskreditierung von AsylwerberInnen, von MigrantInnen oder Menschen mit anderer als weißer Hautfarbe auf. Der Kronen-Kampagnenjournalismus ist mitverantwortlich, dass Begriffe wie „kriminelle Asylwerber", „Ostbanden" oder „nigerianische Drogendealer" in überschaubarer Zeit auch in den gesellschaftlichen Mainstream vorgedrungen sind. Medien können durch eine solche Haltung wesentlich zur Dynamisierung des rassistischen Diskurses in Österreich beitragen. Durch selektive, unkritische und pauschalisierende Medienarbeit können Vorurteile produziert und reproduziert werden. Zum Beispiel werden häufig Begrifflichkeiten, die rassistischen Diskursen entstammen unhinterfragt übernommen und „als Pfeiler eben dieses Diskurses eingeschlagen" (AK Marcus Omofuma Stein 2009, 57f).

Gleichzeitig nutzen NGOs in den letzten Jahren vermehrt die öffentliche Debatte und konnten damit die Aufmerksamkeit auf die Situation von AsylwerberInnen lenken, Themen setzen und den öffentlichen Diskurs beeinflussen (AK Marcus Omofuma Stein 2009, 57). Neben dem bekanntesten „Fall" Arigona Zogaj, ein Mädchen, über das jahrelang in Österreich diskutiert wurde, wurden immer wieder auch andere Schicksale medial aufgeworfen - was in manchen Fällen Auswirkungen auf deren weiteres Leben hatte.

Trotz vieler antirassistischer Initiativen bleibt festzustellen, dass die „Immigration Fremder" (Dimmel 2006) im „gesellschaftlichen Konsens in mehrfacher Hinsicht kontroll- und polizeibedürftig" ist. Dabei wird von politischen Eliten ein Sicherheitsbedürfnis geschaffen bzw.

[15] Wissen und das Verständnis der Welt werden als soziale Prozesse maßgeblich über Instutionen, kulturelle Traditionen und alltäglicher Interaktionen vermittelt. Durch sie werden Annahmen schnell zu Alltagswissen und als Fakten angenommen – und in das kollektive Wissen einer Gesellschaft aufgenommen. Besonders großen Einfluss auf dieses kollektive Wissen haben Medien. Damit wird gleichzeitig die Sichtweise dominanter gesellschaftlicher Gruppen reproduziert und zur gesellschaftlichen Wahrheit erklärt. Dies ist nicht unbedingt die alleinige Intention der Medien – sondern auch immer von mächtigen Eliten, die gesellschaftliche Diskurse prägen und dominieren.

verstärkt und gleichzeitig vermittelt, dass repressive Politik notwendig sei, um diesem Sicherheitsbedürfnis Genüge tun zu können. Darüber hinaus machen es Entscheidungen auf EU-Ebene sowie Sprüche von VfGH und VwGH immer öfter notwendig, Asylgesetze zu novellieren (Dimmel 2006, 638ff).

So kommt dem Thema Asylpolitik aus mehreren Gründen größere öffentliche Aufmerksamkeit zu. Dabei steht häufig die Verknüpfung von AsylwerberInnen mit Kriminalität und Drogen im Zentrum der öffentlichen Debatten. Die symbolische Politik-Inszenierung und die Maximierung von WählerInnenstimmen scheinen dabei eine ebenfalls wichtige Rolle zu spielen. Es geht dabei weniger um Menschen- oder Grundrechte, sondern um die „Imagination der Wahrung der österreichischen Identität“, Sicherheit und den Kampf gegen den „Missbrauch“. Dieser Argumentationen bedienen sich dabei neben der FPÖ auch ÖVP und SPÖ – obwohl sowohl in Österreich, als auch EU-weit die Antrags- und Anerkennungszahlen rückläufig sind (Götzelmann 2010, 51ff).

5. Asylpolitik in Kärnten/Koroška

Asylpolitik ist in Kärnten/Koroška ein häufig diskutiertes Thema. Dabei ist die Themensetzung einerseits von bundesweiten Entwicklungen beeinflusst, andererseits werden immer wieder Kärnten-spezifische, asylpolitische Fragen diskutiert. Im Folgenden soll nun beschrieben werden, welche Kärnten-spezifischen Parameter den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška beeinflussen.

Rechtlich ist das Land Kärnten gemäß der 15a Vereinbarung des Grundversorgungsgesetzes (GVV) zwischen dem Bund und den Ländern dazu verpflichtet, die Versorgung, Betreuung, Unterbringung und Beratung von AsylwerberInnen zu organisieren. Geregelt ist dies im Detail im Kärntner Grundversorgungsgesetz von 2006 (K-GrvG).

Die Grundversorgungsvereinbarung von 2004 nach Art. 15a B-VG regelt unter anderem die Verteilung von AsylwerberInnen in Österreich und schreibt eine einheitliche und partnerInnenschaftliche Grundversorgung von AsylwerberInnen fest. Ein rechtlich und vor allem politisch strittiger Punkt, in Bezug auf die 15a Vereinbarung ist die Anzahl der AsylwerberInnen, die das Land Kärnten gemäß der festgelegten Quote betreuen müsste. Jedes Bundesland ist, im Verhältnis zur Wohnbevölkerung, für die Versorgung von einem bestimmten Prozentsatz von AsylwerberInnen verantwortlich. In Kärnten/Koroška sollten demnach 6,9% aller AsylweberInnen leben, was 1.593 Personen entsprechen würde (Stand Juni 2009). Kärnten unterschreitet diese Quote aber etwa um ein Drittel. Argumentiert wird diese Unterschreitung mit einem Memorandum aus 2005 zwischen den Landeshauptleuten von Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Kärnten, das die Senkung der Asylquote zum Ziel hatte. Demgegenüber steht der Gesetzescharakter der 15a-Vereinbarung, der nur von allen VertragspartnerInnen gemeinsam verändert werden kann. Dies scheint auch das Land Kärnten indirekt anzuerkennen, denn im Zuge des Finanzausgleiches zwischen den Bundesländern bezahlt das Land Kärnten entsprechende Ausgleichszahlungen an die anderen Bundesländer. Am 18. März 2010 wurde das K-GrvG novelliert. Seither haben AsylwerberInnen kein Recht mehr, die Verlegung in ein anderes Quartier zu beantragen oder länger als drei Tage von der Unterkunft fernzubleiben. Andernfalls droht der Entzug des Anspruchs auf Grundversorgung. Dieser droht auch bei einer „Gefährdung der Ordnung und Sicherheit“, was nicht genauer definiert wird. In Vereinbarungen des Landes Kärntens mit dem Kärntner Gemeindebund sowie mit dem österreichischen Gemeinde- und Städtebund ist darüber hinaus festgehalten, dass AsylwerberInnen nicht mehr als 10% einer Ortsbevölkerung darstellen dürfen und nur maximal 50 AsylwerberInnen in einem Quartier beherbergt werden dürfen, um eine „regionale Überbelastung“ zu „vermeiden“ (Wulz 2010, 186f).

6. Mobilisierungspotential von Asylpolitik als Identitätspolitik

Im letzten Kapitel meiner theoretischen Vorüberlegungen zur Analyse des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška möchte ich der Frage des „Warum?“ nachgehen. Warum nutzen rechtspopulistische Parteien Asylpolitik und Identitätspolitik als Thema? Warum steht es so häufig im Zentrum politischer Auseinandersetzungen? Eine mögliche Antwort darauf ist, dass Asylpolitik als Identitätspolitik über ein großes Mobilisierungspotential verfügt.

Bußhof schreibt über Politisierung, dass diese dann zu beobachten ist, wenn eine Frage in der Öffentlichkeit zum Thema wird und dabei gleichzeitig gewisse Funktionen innerhalb der herrschenden, politischen Machtkonstellation einnimmt. Politik versteht er dabei als ein „sich ständig bewegendes Feld“, das sich prozesshaft verändert. Diese Veränderungen sind funktional und dienen der Selbsterhaltung von politischen Machtverhältnissen. Die Prozesse von Politisierung, das Thematisieren von einzelnen Fragestellungen in der Öffentlichkeit, das „Agenda-Setting“, hat demnach auch die Funktion, die Bewegungen im Feld Politik so zu organisieren, dass damit die eigene Rolle als AkteurIn gestärkt wird (vgl. Bußhoff, 2005, S. 153).

Moughan analysierte das Mobilisierungspotential von Asylpolitik für die Politik der Labour-Partei in Großbritannien. Sie stellt fest, dass es seit den 1980er Jahren ein Mobilisierungspotential von Identitätspolitiken als Migrationspolitiken gibt. In den 1980er Jahren begann die Zahl von Menschen, die Antrag auf Asyl in Westeuropa stellten, zu steigen. Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte es Menschen mobiler zu sein. Das veränderte auch die Politik der westlichen Staaten. Staaten, die zuvor AsylwerberInnen willkommen hießen, begannen restriktive Gesetze zu erlassen, mit denen Menschen einerseits davon abgehalten werden sollten, die Grenzen zu überschreiten und andererseits der Anreiz ins Land zu kommen, minimiert werden sollte. Dies geschah, indem Sozialleistungen gekürzt und/oder abgeschafft wurden sowie die Internierung und Abschiebung von AsylwerberInnen eingeführt wurden

Während im Kalten Krieg die Aufnahme von politischen Flüchtlingen – vor allem aus realsozialistischen Staaten, politischen Anreiz bot, vertraten die englischen politischen Eliten nun die Auffassung, dass ein Weiterführen einer solchen offenen Asylpolitik ein hohes, politisches Risiko in sich bergen könne. Die Befürchtung durch Asyl- und Migrationspolitik Wahlen zu verlieren, führten zu einem „restrictionist trend“ - einer immer restriktiveren Asylpolitik. (Maughan 2010)[16].

[16] Maughan beschreibt diesen Prozess für Großbritannien. Wie weiter unten ersichtlich, sind ähnliche Prozesse aber auch für die Österreichische Politik festzustellen.

Die Veränderung hin zu einer restriktiveren Asylpolitik ist darüber hinaus von weiteren Faktoren geprägt. Bis in die 1980er Jahre basierte das europäische Flüchtlingssystem auf dem Grundverständnis, dass Flüchtlinge mutige Individuen seien, die vor einem europäischen, totalitären Regime flüchten müssten. Als die Zahl der Flüchtlinge anstieg, wurde der Prozentsatz derer, die den Flüchtlingsstatus erhielten, rückläufig. Einerseits, weil wenige Personen ihre individuelle Verfolgung nachweisen konnten, und andererseits, weil die Konvention von 1951 eine strenge Definition von Flüchtling beinhaltet, die nicht auf alle AsylwerberInnen zutraf. Daraus ging eine Debatte hervor, die davon dominiert wurde, dass AsylwerberInnen mehrheitlich als „Wirtschaftsflüchtlinge", die vom Sozialsystem profitieren wollten, definiert wurden. Das Konzept des Asylwerbers/ der Asylwerberin als „falsch" wurde medial vorherrschend und unterstützte die Vorschläge der Eliten, das Asylsystem zu reformieren, um unberechtigte AntragsstellerInnen auszuschließen. Neben der steigenden Zahl, so Moughan, war auch der „myth of difference", die Vorstellung von *kultureller Differenz*, prägend für diese Entwicklung. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete auch, dass Flüchtlinge nicht mehr nur aus europäischen Staaten migrierten. Nördliche politische Eliten konstruierten Flüchtlinge als „southern economic migrants", deren Motivationen um Asyl anzusuchen, demnach als gänzlich anders als die des traditionellen politischen Flüchtlings angenommen wurden. So wurde eine neue Kategorie von Flüchtlingen geprägt und damit die moralisch unangreifbare Kategorie der „deserving political refugees" dekonstruiert. Zusammenfassend beschreibt Moughan, die Veränderungen in der Asylpolitik folgend:

„Reflecting the complexity of the elite-public-media relationship, this conceptual shift was at once driven by public perceptions based on falling rates of refugee recognition, sensationalised by a hostile media and reinforced by a reactive political elite kneen to secure electoral victory" (Maughan 2010, 5).

Neben den politischen Eliten ermöglichten es vor allem die Medien, dieses „neue" Konzept von AsylwerberInnen zu verbreiten. Dabei ist hervorzuheben, dass das negative Bild von AsylwerberInnen nicht nur durch Xenophobie, die Darstellung der Medien oder passende politische Inhalte erklärbar ist, „there are also a manifestation of the political philosophy and conflicting normative principles that underpin the modern state system". Denn, AsylwerberInnen reflektieren eine widersprüchliche Vorstellung des modernen Staates. Einerseits soll der souveräne Staat sein Territorium und die darin lebenden StaatsbürgerInnen beschützen. AsylwerberInnen haben prinzipiell das Recht auf Schutz und stellen damit die Souveränität des Staates in Frage. Demgegenüber steht das Selbstverständnis ein liberaler, demokratischer Staat zu sein, der die Universalität von Menschenrechten schützt. Der Umgang mit diesem Widerspruch führt einerseits zu restriktiveren Politiken gegen AsylwerberInnen, andererseits zu „laws of inclusion", die einer ausgewählten Gruppe an Nicht-StaatsbürgerInnen, die Rechte von StaatsbürgerInnen ermöglichen

sollten[17] (Moughan 2010, 5). Die Erkenntnisse von Moughan über die englische Asylpolitik können nicht eins zu eins auf die österreichische Situation umgelegt werden, dennoch lassen sich gewisse Parallelen, wie die stärker werdende Bedeutung des Themas Asyl ab den 1980er Jahren, erkennen, die Aufschluss über Gründe der starken Politisierung von Asylpolitik geben können.

Oliver Gruber beschreibt, dass Asylpolitik in Österreich zu einem zentralen Konfliktthema des politischen Wettbewerbs wurde, weil es sich in eine darstellungspolitische Logik einfügt. Als stark emotionalisierendes Thema dient Asylpolitik zur Etablierung eigener Images und führt zu einer engen Verknüpfung von entscheidungs- und darstellungspolitischen Dimensionen politischen Handelns. Asylpolitik ermöglicht es politischen Parteien, durch eine klare ideologische Verortung und Abgrenzung, ihr Profil zu schärfen (Gruber 2010, 62f). Das spezifisches Spannungsverhältnis von Asylpolitik zwischen demokratischem Anspruch, Menschenrechte zu bewahren und zu verteidigen einerseits, und dem Vertreten nationaler Interessen andererseits, was beinhaltet, dass nationales Territorium und damit einhergehende Rechte StaatsbürgerInnen vorbehalten bleiben, bzw. der Schutz dieser an erster Stelle steht (Moughan 2010, 5f). Zusätzlich finden asylpolitische Diskurse häufig in einem Spannungsfeld von internationalen Entwicklungen und nationalem Selbstverständnis statt. Asyldiskurse können eine zentrale Funktion in der nationalen Selbstvergewisserung einnehmen. Das gelingt umso mehr, da AsylwerberInnen selbst kaum eine Möglichkeit haben eine SprecherInnenposition zu erlangen. Politische AkteurInnen nutzen das Politikfeld Asyl über öffentliche Diskurse. Das polarisierende Feld Asylpolitik ermöglicht es, an verschiedene Diskurse und Emotionen anzuknüpfen und dabei das eigene politische Profil zu schärfen (Gruber 2010, 64f).

In Österreich sind asylpolitische Diskurse darüber hinaus von der Präsenz eines starken, rechten Lagers beeinflusst. Die FPÖ, bzw. in Kärnten das BZÖ und die FPK bedienen sich rechter und rechtspopulistischer Argumentationsweisen, die ihre Basis häufig in rassistischen Vorstellungen der neuen Rechten haben. Rechtspopulistische Parteien in Europa zeichnen sich durch eine ausgeprägte Fixierung auf das „AusländerInnenthema“, sowie eine besonders aggressive Diktion und Argumentationsweise aus. Die populistische Rechte hat in den letzten Jahren ein ideologisch gestütztes Modell der westeuropäischen Identität und Gesellschaft entwickelt. Zentraler Leitgedanke ist dabei, der von Alain de Benoist, Ideologe der französischen Neuen Rechten, eingeführte Begriff des „Rechts auf Differenz“ (Benz 2004, 261).
Dieses „Recht auf Differenz“ wird von rechtspopulistischen Parteien im Hinblick auf die Forderung nach Anerkennung des Rechts auf Identität, darauf „Herr im eigenen Haus“ zu sein,

[17] Eine Form davon wäre in Österreich beispielsweise das „humanitäre Aufenthaltsrecht“, das „gut integrierten“ AsylwerberInnen in Einzelfällen zugesprochen wird.

verwendet. Im Diskurs der rechtspopulistischen Parteien wird der „Multikulturalismus“ als eine Abwertung der Mehrheitskultur dargestellt, der die Mehrheit zu Opfern derjenigen macht, die der „unbegrenzten Einwanderung“ Vorschub leisten und damit die Zerstörung von nationaler und kultureller Identität in Kauf nehmen würden. Daraus ergibt sich die Forderung nach Anerkennung nationaler bzw. kultureller Identität – die in sich wiederum Mobilisierungspotential für rechtspopulistische Parteien bietet.
Für diese Mobilisierung, also die Gewinnung von Menschen für die eigenen politischen Vorstellungen, eignet sich wiederum, wie es Benz bezeichnet, die „multikulturelle Frage“, die eng verquickt mit der Frage nach Differenz und Identität ist und von den RechtspopulistInnen relativ simpel mit der Bewahrung und Verteidigung der „Vielfalt der Kulturen“ gegen die „multikulturelle Utopie“ beantwortet wird (Benz 2004, 260ff).

Das Mobilisierungspotential von Migrationspolitiken für rechtspopulistische Identitätspolitiken lässt sich meiner Meinung nach zusammenfassend aus mehreren Tatsachen heraus erklären.

1. Migrationspolitiken referieren auf nationale Kollektive. Die Nation als staatliche Organisationsform moderner Gesellschaften wird von den wenigsten Menschen in Frage gestellt. Vielmehr sehen sich viele Menschen als Teil einer nationalen, kollektiven Identität und definieren ihre persönliche Identität darüber. Damit verbunden sind Vorstellungen von der „Natürlichkeit“ einer Nation und eines homogenen darin lebenden „Volk“. Diese Vorstellungen bringen eine Vielzahl an Inklusionen und Exklusionen von Menschen mit sich.
Gleichzeitig suchen Menschen, gerade in postmodernen Gesellschaften (vgl. Baumann), in denen sich ehemals stabile Gesellschaftsverhältnisse wie Familie, Arbeitsplatz oder Wohnort zunehmend verändern und variabler werden, nach Konstanten die dieses Vakuum ersetzen könnten. Die als homogen und klar vorgestellte Nation bietet sich als stabiler Faktor an, läuft allerdings in „Gefahr“ durch MigrantInnen oder weitere als „Andere“ und „außerhalb“ definierte Personen „gestört“ oder in Frage gestellt zu werden. Diese Unsicherheit kann dazu führen, dass Menschen für simplifizierende Lösungsmodelle empfänglicher werden, die darauf abzielen, die Homogenität innerhalb einer Nation herzustellen.

2. Diskurse über Migrationspolitiken überdecken komplexere gesellschaftliche und soziale Problemstellungen. Identitäre Migrationspolitiken rekurrieren häufig auf Vorstellungen von „Völkern“ oder „Kulturen“ und begeben sich damit in die Nähe von kulturellem Rassismus.
Rassismus wurde – wie die Geschichte zeigt – immer wieder als Erklärungsansatz benutzt, um

damit soziale und gesellschaftliche Schieflagen zu rechtfertigen. Simplifizierende rassistische Erklärungsmodelle – „Die Ausländer sind schuld an der hohen Arbeitslosigkeit“ - lenken die Unzufriedenheit mit sozialen Benachteiligungen auf „die Anderen“ und stärken gleichzeitig die kollektive Identität.

3. MigrantInnen und AsylwerberInnen im Besonderen gehören im Regelfall gesellschaftlich marginalisierten Gruppen an, und haben dadurch in gesellschaftlichen Diskursen oft Objektstatus und selten SprecherInnenpositionen. In migrationspolitischen Diskursen wird häufig über die Betroffenen gesprochen. Die Betroffenen selbst kommen nicht immer zu Wort. Gerade in asylpolitischen Fragestellungen ist es den Betroffenen oft unmöglich, den Diskurs über sie zu verfolgen: mangelnde Sprachkenntnisse oder ein erschwerter Zugang zu Medien erschweren dies. Gleichzeitig ist die mediale Berichterstattung zu großen Teilen von etablierten politischen AkteurInnen geprägt. AsylwerberInnen werden hier nicht als mögliche SprecherInnen miteinbezogen. MigrantInnen können demnach nur bedingt oder nicht (je nach eigener gesellschaftlicher Positionierung) auf ihre Konstruktion als „das Andere“ in identitätspolitischen Diskursen reagieren oder diese beeinflussen. Für politische AkteurInnen, die identitätspolitisch agieren, bedeutet das auch, dass sie nur bedingt mit Gegenreaktionen rechnen müssen oder in Rechtfertigungsdruck geraten können.

7. Diskursanalyse

Die Diskursanalyse in dieser Arbeit wurde in Anlehnung an Siegfried Jäger durchgeführt. Im Folgenden soll nun sein Zugang zur Diskursanalyse vorgestellt werden.

7.1. Foucaults Diskursbegriff

Jäger lehnt sich in seiner kritischen Diskursanalyse an jenen Diskursbegriff an, wie er durch den französischen Philosophen Michel Foucault in L'Archéologie du savoir (1969) und L'Ordre du discours (1970) geprägt wurde (Keller, 2007, S. 42).

Foucault definiert Diskurs als „eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören (Foucault 1981, 156). Diskurse sind demnach von Formationsregeln bestimmt (Formation der Gegenstände, Formation der Äußerungsmodalitäten, Formation der Begriffe, Formation der Strategien), wodurch sich spezialisierte Wissensbereiche voneinander abgrenzen lassen, die sich als Spezialdiskurse entwickeln können (Foucault 1981, 48ff). Diskurse beinhalten dabei nicht nur sprachliche Äußerungen, sondern enthalten auch nicht-sprachliche Elemente, wie zum Beispiel politische Institutionen oder Architektur. Diskurse sind für Foucault immer auch diskursive Praxis, sie sind nicht die Gesamtheit der Zeichen, sondern „[...] als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen. Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen, aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses Mehr macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache. Dieses Mehr (?) muss man ans Licht bringen und beschreiben“ (Foucault, 1981, 74). Foucault begreift Diskurse materialistisch. Sie bilden die ‚Wirklichkeit’ nicht ab, sondern schaffen eine eigene Wirklichkeit, die eine eigene Materialität (die Diskurse) hat; somit determinieren sie auch gesellschaftliche Realität (ebd.).

Diskurse stehen für Foucault in einem Spannungsfeld gesellschaftlicher Machtbeziehungen. Foucault antizipiert ein „Begehren durch Sprache und Begehren nach Sprache“, das es Diskursen ermöglicht, Macht herauszubilden. Durch die Mechanismen der Kontrolle, Selektion, Organisation und Kanalisierung ist diese Macht über die Sprache Teil der gesellschaftlichen Praxen: „Ich setze voraus, dass in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbares Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen (Foucault 2007, 11): Diskurse sind dabei immer mit Ermächtigungs- und Ausschlusssystemen verquickt, die wiederum gesellschaftliche

Subjektpositionen oder SprecherInnenpositionen konstruieren und damit Machtverhältnisse in Diskursen definieren (ebd.).

7.2. Diskursbegriff

Jürgen Link arbeitete auf Basis des von Foucault geprägten Diskursbegriffes mit seinem Team an einem Konzept, um diesen als Diskursanalyse in den Kulturwissenschaften nutzbar zu machen. Als Diskurs definiert Link „institutionalisierte, geregelte Redeweisen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und also Machtwirkungen ausüben“ (Link 1986, 71). Diskursanalyse beschäftigt sich infolgedessen damit, wie durch kommunikative Mittel Macht hergestellt wird und welche Symbole Machtanspruch erheben, legitimieren und institutionalisieren.

Das Hinterfragen von herrschaftslegitimierenden und sichernden Techniken in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft unterscheidet Links Theorie von der liberalen Diskursanalyse von Jürgen Habermas, der einen „rationalen und machtneutralen Diskursbegriff propagiert“ (Jäger 2009, 127). Diskurse dienen für Link nicht nur der Verständigung konträrer gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern verfolgen auch das Ziel, Macht herzustellen, und sind gleichzeitig Ausdruck von Machtverhältnissen, weil sie institutionalisiert und an Handlungen gekoppelt sind (Jäger 2009,128).

Diskurs ist in diesem Verständnis als „Fluss des Wissens durch die Zeit“ zu verstehen.

Dabei ist er geregelt und strukturiert durch die Machtverhältnisse, die er wiederum selbst herstellt. Machtverhältnisse, die sich in Institutionen verfestigen und in Regelungen ausdrücken: Jeder Diskurs ist bestimmten Regeln unterworfen, indem auch Verstöße gegen diese Regeln diskursiv bedeutsam und geregelt werden (Jäger 2009, 129). Die Definition von Diskurs als Fluss von Wissen durch die Zeit beinhaltet darüber hinaus historische Komponenten.

Diskurse entstehen durch Prozesse, sie sind „Resultat menschlicher Tätigkeit, gleichsam die

Resultate des gesamtgesellschaftlichen Tuns der Subjekte, die […] historisch überliefertes Wissen aufnehmen, es verarbeiten und an andere in der Gegenwart und für die Zukunft kommunizierend/gestaltend/arbeitend weitergeben; dabei kann diese Wiedergabe verbal, aber auch in vergegenständlichter Form erfolgen“ (Jäger 2009, 78). Dem hinzuzufügen ist noch, dass Link und Jäger zwischen Spezialdiskursen der Wissenschaft(en) und dem Interdiskurs, der der Kommunikation zwischen den gesellschaftlichen Systemen dient, unterscheiden.

Um Diskurse verstehen zu können, entwickelt Link das Konzept der Kollektivsymbole. Diese versteht er als „kulturelle Stereotypen“ (häufig auch Topoi genannt), die kollektiv tradiert und benutzt werden.“ (vgl. Jäger 2009,134). Gemeint sind damit: Allegorien, Embleme, Metaphern,

Exempelfälle, anschauliche Modelle und orientierende Topen, Vergleiche und Analogien, die dazu dienen, das Bild einer Gesellschaft zu kodieren. Sie ermöglichen es, komplexe Sachverhalte durch die Verwendung von allgemeinen Sprachkonstruktionen zu vereinfachen. Durch den ständigen Rückgriff auf die Kollektivsymboliken verfestigen sich diese (vgl. Jäger 2009,133ff).

7.3. Diskursanalyse

Die Diskursanalyse ist ein Werkzeug, um diese Machtverhältnisse zu hinterfragen. „Die Wahrheit" gibt es dabei nicht. Was als solche angesehen wird, ist ein diskursiver Effekt, hergestellt durch Machtverhältnisse (vgl. Jäger 2009,129). Diese Machtverhältnisse drücken sich nicht nur in dem jeweils Sagbaren aus, also dem, was in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden kann, sondern auch in jenen Strategien, die das Feld des Sagbaren ausweiten oder verändern – zum Beispiel durch Verleumdungs- oder Relativierungsstrategien (Jäger 2004, 130). Die Diskursanalyse erfasst demnach alle dokumentierten Aussagen, die in einem bestimmten Raum zu einer bestimmten Zeit geäußert werden, und den Prozess, wie Wahrheit als historische Kategorie hergestellt wird. Dokumentiert müssen sie deshalb sein, da sie sonst nicht überprüft werden können.

Der Text ist dabei die Grundlage und das Objekt der Diskursanalyse. Dabei ist Text breit definiert – als „in Worten gefasstes Ergebnis des Denkens", dessen Zweck die Kommunikation mit anderen und sich selbst ist (Jäger 2009, 118). Dabei müssen der Ursprung, die Umstände und der Zweck eines Textes in die Analyse miteinfließen, um ihn damit „als Bestandteil (e) eines gesellschaftlichen und historisch verankerten Gesamtdiskurses und oder eines oder mehrerer Diskursstränge begreifen zu können" (Jäger 2009,119). Der Text selbst besteht aus einem oder mehreren Diskursfragmenten, die einzelnen Themen zugeordnet werden können. Das einzelne Diskursfragment ist dabei die kleinste geschlossene Einheit eines Diskurses (vgl. Jäger 2009, 132).

Die Summe aller Diskursfragmente, die zu einem bestimmten Diskurs beitragen, werden als Diskursstrang bezeichnet: Dabei lassen sich synchrone und diachrone Ausdehnungen feststellen. Synchron sind jene Diskursstränge, die zu einem bestimmten Zeitpunkt entstanden sind. Diachron jene, die eine Entwicklung und Bedeutungsänderung eines oder mehrerer Diskurselemente über einen Zeitraum hinweg vollziehen. Dabei sind die einzelnen Diskursstränge keineswegs als isoliert zu verstehen, vielmehr beeinflussen sie einander – es findet eine „Verschränkung der Diskurse" statt (vgl. Jäger 2009, 160f).

Welche Rolle einzelne AkteurInnen in einem Diskurs haben, lässt sich über die Diskursposition analysieren. Diese bezeichnen den spezifischen Standort einer Person oder Institution im Machtgefüge in Bezug auf ein diskursives Ereignis oder im Diskurs im Allgemeinen. Darunter ist

ein Ort zu verstehen, von dem aus die Beteiligung am Diskurs und die Bewertung eines Diskurses durch Einzelne oder Gruppen erfolgt (vgl. Jäger 2009, 164f). Welche Diskursposition AkteurInnen einnehmen, hängt einerseits vom politischen oder ideologischen Standort ab, andererseits vom Machtgefüge der Gesellschaft insgesamt. Die Diskursposition kann innerhalb des gesellschaftlichen Machtgefüges Äußerungen mehr Gewicht verleihen, aber auch dazu beitragen, dass Äußerungen keine oder kaum eine Rolle für den weiteren Diskursverlauf erhalten.

7.4. Diskursereignisse

Ereignisse, die Diskurse schaffen oder Diskurse beeinflussen und steuern, können als diskursive Ereignisse oder Diskursereignisse bezeichnet werden. Zwischen dem Diskurs und dem einzelnen Ereignis entsteht dabei eine sich gegenseitig beeinflussende Wechselwirkung – der Diskurs beeinflusst das Ereignis, genauso wie das Ereignis den Diskurs beeinflusst. Jäger bezeichnet diskursive Ereignisse dann als solche, wenn diese auf der Ebene des Diskurses wirkungsmächtig werden, also „medial groß herausgestellte[n] Ereignisse, die [die] Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen“ (Jäger 2009,162).

Die gegenseitige Beeinflussung und Wechselwirkung von Diskursereignissen und Diskurssträngen ergeben den Diskurskontext, welcher notwendigerweise in die Analyse miteinzubeziehen ist. Möglich sind dabei zwei Varianten in der Analyse: einerseits ein diachroner Schnitt durch einen Diskursstrang um die Entwicklung, die Akteure und die Inhalte eines Diskurses über einen gewissen Zeitraum hinweg nehmen, zu analysieren, andererseits ein synchroner Schnitt um die diskursiven Ergebnisse, die ein Ereignis zu einem bestimmten Zeitpunkt liefert, aufzuzeigen (vgl. Jäger 2009, 162f).

8. Methodisches Vorgehen

Ausgangspunkt dieser Analyse des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška sind öffentlich getätigte Aussagen von politischen AkteurInnen im Feld der Asylpolitik in Kärnten/Koroška. Dabei soll anhand eines ausgewählten Materialkorpus analysiert werden, welche AkteurInnen zu asylpolitischen Themen in die Öffentlichkeit treten und mit welchen Aussagen diese (strategisch handelnde) AkteurInnen dies tun. Die Aussagen sollen in weiterer Folge Aufschlüsse darüber zulassen, welche Identitätskonstruktionen über „das Eigene“ und „das Fremde“ dabei (re)produziert werden.

Die analysierten Aussagen beschränken sich dabei auf öffentlich zugängliches Material. Der intransparente Raum (JournalistInnengespräche, pers. Meinung von JournalistInnen, E-Mails, etc.) kann methodisch nicht bearbeitet werden. Die gewählten Medien werden für diese Analyse als Forum öffentlicher Aussagen betrachtet.

Methodisch werde ich hier in mehreren Schritten vorgehen. Zuerst gilt es, das ausgewählte Material zu archivieren. Dabei werden Zeitungsartikel und Presseaussendungen schematisch gesichtet und geordnet. In einem weiteren Schritt werden aus diesem Material Diskursereignisse herausgearbeitet, die einerseits wichtige inhaltliche Themen verdichten, andererseits zur besseren Strukturierung beitragen und so eine klarere Analyse ermöglichen.

Das gesichtete Material wird nun nach Diskursereignissen sortiert und anhand einer Tabelle zusammengefasst. Diese Tabelle dient neben der Übersicht dazu, die Konstruktionen eines „Eigenen“ und des „Fremden“ in den jeweiligen Texten herauszuarbeiten und zusammenzufassen. Darüber hinaus werden markante Aussagen paraphrasiert und Auffälligkeiten angemerkt.

Archivierung des Materials nach folgendem Schema:

Titel	Erscheinungsdatum	Medium	Inhalt	AkteurIn	Konstruktion Wir KärntnerInnen	Konstruktion Andere/ AsylwerberInnen	Anm.

Im Anschluss daran sollte sich eine Aussage darüber treffen lassen, welche Themen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška diskutiert werden, welche AkteurInnen dabei eine Rolle spielen und welche Aussagen über „das Eigene“ und das „Fremde“ darin häufig vorkommen.

In der daran anschließenden Feinanalyse werden Aussagen detailliert betrachtet, die nach dem Prinzip der minimalen und der maximalen Übereinstimmung ausgewählt werden (vgl. Keller). Dabei werden sowohl für den Diskurs typische, also dem hegemonialen Diskurs zuzuordnende Aussagen, als auch dafür untypische oder diesen widersprechende Aussagen, die möglicherweise auch einem Gegendiskurs zuzuordnen sind, analysiert.

Nach Jäger/Jäger werden folgende Schritte in der Feinanalyse durchgeführt:

1. Institutioneller Rahmen: allgemeine Charakterisierung des Textes (Medium, Textsorte), AutorIn, Anspielungen auf spezifisches Ereignisse oder Wissen

2. Text – Oberfläche: Gliederung des Textes, wenn nötig. Inhaltsangabe – welches Ziel verfolgt der Text? Inhaltliche Bezüge zu anderen Diskurssträngen oder Unterthemen? Grafische Form (Bilder)

4. Sprachlich-rhetorische Mittel: Anfänge, Schlüsse und Übergänge. Zusammensetzung des Textes (Bausteine): Kommen Kollektivsymbole vor? In welcher Funktion? Wird auf Vorwissen angespielt (Redensarten, Märchenfiguren, sprachliche Elemente mit „Fährenfunktion“ etc.)? Gibt es Implikate? Gibt es Jargonelemente? Sichtung von Substantiven, Verben, Pronomen, Adjektiven und Adverbien. Untersuchung von Argumentationsstrategien: Syntaktische Mittel (Komplexität?)? Besonderheiten?

5. Inhaltlich-ideologisch Aussagen: Gibt es Anhaltspunkte für ideologische Einschätzungen (Menschenbild, Gesellschaftsverständnis...)?

6. Interpretation. Darstellung des Diskursfragments nach: Welche Botschaft wird vermittelt? Welche sprachlichen Mittel werden verwendet? Welche Zielgruppen werden angesprochen? Wirksamkeit im Hinblick auf die Veränderung des Diskurses? Diskursiver Kontext?

Nach dieser Analyse sollte es möglich sein, Aussagen über den Diskurs zu treffen. Dabei wird sowohl auf die eingangs formulierten Fragestellungen eingegangen, wie auch markante Auffälligkeiten im Diskurs zusammengefasst und analysiert werden. So soll es schließlich möglich werden, den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška in seiner Breite zu erfassen sowie die dort vorhandenen Konstruktionen des „Eigenen“ und des „Fremden“ benennen und analysieren zu können.

9. Beschreibung des ausgewählten Materials

Für eine Analyse der Identitätskonstruktion in der Kärntner Asylpolitik werden im Folgenden öffentliche Aussagen, die asylpolitische AkteurInnen in Kärnten/Koroška in den letzten drei Jahren tätigten, genauer beleuchtet. Der Untersuchungszeitraum wurde so gewählt, dass zentrale Diskursereignisse im Bereich der Asylpolitik in Kärnten in diesen fallen, wie zum Beispiel die (versuchte) Ausweisung von tschetschenischen Familien in das Erstaufnahmelager in Traiskirchen, die Eröffnung der „Sonderbetreuungsanstalt für straffällige AsylwerberInnen“ auf der Kärntner Saualm, der Brandanschlag auf ein AsylwerberInnenquartier in Klagenfurt/Celovec, bei der ein Asylwerber ums Leben kam, sowie die Diskussion um ein Erstaufnahmelager in Kärnten/Koroška. Mitten in den gewählten Zeitraum fällt auch die Landtags- und Gemeinderatswahl in Kärnten/Koroška im März 2009.

Um zu treffenden Aussagen über Identitätskonstruktionen in der Kärntner Asylpolitik zu gelangen, werden Aussagen von politischen AkteurInnen analysiert. Dabei werden einerseits medial aufbereitete Aussagen in Form von 134 Zeitungsartikeln in der Kleinen Zeitung analysiert. Andererseits werden von den AkteurInnen bewusst als politische Kommunikation getätigte Aussagen in Form von 84 Presseaussendungen über das APA- OTS Service analysiert.

9.1. Kleine Zeitung – asylpolitisch relevante Artikel 2008-2010

Die Kleine Zeitung beschreibt sich selbst in ihrer Blattlinie wie folgt:

„*Die Kleine Zeitung ist eine von allen politischen Parteien und Interessenvertretungen unabhängige Tageszeitung. Sie steht auf dem Boden christlicher Weltanschauung, tritt für eine plurale, demokratische Gesellschaftsordnung, die Eigenständigkeit der Bundesländer, die Unabhängigkeit der Republik Österreich und ein geeintes Europa ein.*
*(*http://www.kleinezeitung.at/allgemein/ueberuns/1041/index.do *vom 13.1.2011)“.*

Laut aktueller Media-Analyse hat die Kleine Zeitung eine bundesweite Reichweite von 12,5 Prozent und eine regionale Reichweite in Kärnten/Koroška von 52,8 Prozent. Die Kleine Zeitung wird in größerem Prozentsatz von älteren LeserInnen gelesen – so lesen nur 9,8 Prozent der unter 20jährigen, 11,8 Prozent der 30-40jährigen und 14,3 Prozent der über 70jährigen die Kleine Zeitung.

Damit hat die Kleine Zeitung in Kärnten/Koroška die größte Reichweite einer regionalen Zeitung. Im Vergleich dazu hat die Kronen Zeitung in Kärnten/Koroška eine Reichweite von 46,2 Prozent,

was aber noch immer über dem bundesweiten Durchschnitt von 39,8 Prozent liegt (http://www.media-analyse.at/ vom 13.1.2011).

Es ist also davon auszugehen, dass mehr als jedeR zweite KärntnerIn regelmäßig die Kleine Zeitung liest. Damit ist auch anzunehmen, dass die öffentliche Meinung sehr stark mit in der Kleinen Zeitung aufbereiteten Themen korrespondiert.

Die Kleine Zeitung gehört zur *„Styria Media Group AG" die sich selbst als eine:"[...]auf Zukunft ausgerichtete, an Grundwerten orientierte, Aktualität repräsentierende und zugleich traditionsreiche Unternehmensgruppe"* sieht. Und weiter: *„Wir sehen in der Vereinbarkeit von unternehmerischem Denken und achtsamem Umgang mit den traditionellen Leitlinien unseres Konzerns eine Herausforderung, der wir uns aufgrund unseres nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolgs gut stellen. Dadurch ist es uns möglich, nach innen – zu unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – wie insbesondere nach außen – zu unseren Lesern, Hörern, Sehern, Usern, zur werbetreibenden Wirtschaft und darüber hinaus – Sinn zu stifte*n" (http://www.styria.com/de/ a*m 13.1.2011).*

Die „Styria Media Group AG" betreibt verschiedene Tages-, Wochen und Monatszeitungen sowie Zeitschriften und Verlage in Österreich, Slowenien und Kroatien. Unter anderem gehört auch die österreichische Tageszeitung „Die Presse" zur „Styria Media Group AG".

9.2. OTS Aussendungen

Als zweites zu analysierendes Medium habe ich OTS-Aussendungen gewählt. Presseaussendungen werden direkt von den politischen AkteurInnen bzw. ihren PressesprecherInnen verfasst. Damit sind die dort publizierten Aussagen als tatsächliche und unverfälschte Aussagen der AkteurInnen zu sehen (einzuschätzen)..

Presseaussendungen werden hauptsächlich über einen OTS (Orginal-Text-Service)-Zugang bei der APA (Austria Presse Agentur) verbreitet. Damit scheinen sie auf der Seite www.ots.at auf und sind von dort aus öffentlich zugänglich. JournalistInnen und politische AkteurInnen können über ein Abonnement direkt für sie interessante Aussendungen per Mail zugesandt bekommen. Medien übernehmen häufig APA-Artikel und Teile von Presseaussendungen oder recherchieren auf Grund einer APA-OTS-Aussendung zu einem Thema.

Die APA begreift sich selbst als *„Primär-Informationsquelle"* und als *„wesentliches Leitmedium*

*des Landes und erbringt für die österreichische Gesellschaft zentrale Infrastrukturleistungen auf dem Sektor der Information". „Als genossenschaftlich organisiertes Unternehmen unterliegt sie keinerlei Weisungs- und Kontrollrechten oder sonstigen Einflussmöglichkeiten durch öffentliche oder nichtöffentliche Einrichtungen (*www.apa.at *am 13.1.2011).*

Aussendungen über OTS sind kostenpflichtig und pro Zeile zu bezahlen. Je nach Häufigkeit der Aussendungen bezahlen unterschiedliche AkteurInnen unterschiedliche Preise für die Aussendung einer Pressemitteilung. Eine durchschnittliche Presseaussendung kostet für einzelne AkteurInnen (ohne Paketpreis, der pro Zeile billiger wird, je häufiger Aussendungen versandt werden und dadurch wiederum große Organisationen begünstigt) schnell mehr als hundert Euro. Folglich ist es auch eine Frage der Finanzierung politischer AkteurInnen, ob und wie stark diese in der österreichischen Medienlandschaft rezipiert werden. Denn auch wenn die Presseaussendung nicht die einzige Möglichkeit zur Information der Medien zu einem bestimmten Thema darstellt, so ist sie dennoch von großer Bedeutung. Durch den Faktor „Geld" werden damit politische AkteurInnen bis zu einem gewissen Grad von ihrer Wahrnehmung in Medien ausgeschlossen und benachteiligt. Finanzielle Mittel stellen im politischen Diskurs also einen Machtfaktor dar, der unter anderem regelt, welche Meinungen stärker gehört und gelesen werden. Neben Presseaussendungen über die APA-Tochter OTS werden auch Presseaussendungen von politischen AkteurInnen per Mail an JournalistInnen versandt. Diese kostengünstige Variante der Pressearbeit kann in dieser Analyse leider nicht berücksichtigt werden, weil es nicht möglich ist, auf die dabei relevanten Daten zuzugreifen.

Unter Einbeziehung dieser Überlegungen werde ich im Folgenden auch die OTS-Aussendungen verschiedener politischer AkteurInnen zur Asylpolitik in den letzten drei Jahren analysieren.

10. Der asylpolitische Diskurs in Kärnten/Koroška

In diesem Kapitel wird zuerst ein Überblick über den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška gegeben. Danach wird unter besonderer Berücksichtigung der Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ auf einzelne Diskursereignisse, die in der Analyse als solche identifiziert wurden, genauer eingegangen und diese werden in Form einer Grobanalyse dargestellt.

Im untersuchten Zeitraum von 2008 bis 2010 haben mehrere Ereignisse die Diskurse über Asyl und AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška geprägt. Das erste Diskursereignis fand zu Silvester 2008 statt, als tschetschenische Jugendliche in eine „Schlägerei“ in Villach verwickelt waren. Der medialen Berichterstattung zufolge begannen die Tschetschenen mit Provokationen. Eine filmische Aufarbeitung 2009 (Ausquartiert) stellt das in Frage. In Folge dieses Ereignisses wurden 16 TschetschenInnen-Familien mit Kindern aus dem Land ausgewiesen. Sie sollten mit Bussen in das Erstaufnahmelager in Traiskirchen gebracht werden. Innenministerin Maria Fekter verweigerte dies und „schickte“ den Bus wieder retour. Ein medialer Streit zwischen Fekter und dem damaligen Landeshauptmann Haider entbrannte (vgl. Ottomeyer 2009).

Im Sommer 2008 kam es während der Männer-Fußball EM in Klagenfurt/Celovec zu einem Brand in einem Asylquartier. Die mangelhaften Brandschutzvorkehrungen führten dazu, dass ein junger Mann aus einem Fenster sprang und an den dadurch entstandenen Verletzungen starb. Die Familie des Asylwerbers verklagte das Land Kärnten und führte einen Gerichtsprozess, der mit Freisprüchen und geringen Schadensersatzzahlungen endete (vgl. Ottomeyer 2009).

Im Herbst 2008 wurde ein breit diskutiertes Asylquartier für „straffällige“ AsylwerberInnen auf der Saualm errichtet. Die mit der Errichtung verbundene Sprache - das „Endziel“ sei die Abschiebung - führte zu großer mediale Aufregung. Auf Grund der schlechten Lebensbedingungen auf der Saualm flüchteten zu Weihnachten 2008 mehrere Asylwerber von dort. Sie wurden von NGOs betreut und privat untergebracht (vgl. Lackner/Lerchster 2009, Ottomeyer 2009)

Diese Ereignisse wurden besonders im Wahlkampf vor der Landtagswahl in Kärnten/Koroška im März 2009 stark diskutiert. Am Ende des Wahlkampfes zeichnete sich bereits der prägende asylpolitische Diskurs im Jahr 2009 ab: eine mögliche Errichtung eines Erstaufnahmezentrums für AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška.

Im Jahr 2010 kam es zu einer Novellierung des Kärntner Grundversorgungsgesetzes, das AsylwerberInnen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken sollte. Ende des Jahres 2010 wurde im

Lichte verschiedener von NGOs aufgebrachter Themen über die Abschiebung von „gut integrierten“ AsylwerberInnen auch über das Bleiberecht einer mongolischen Familie in Kärnten/Koroška diskutiert.

10.1. TschetschenInnen in Kärnten/Koroška

Fünfzehn der analysierten Artikel und neun der Presseaussendungen befassten sich unmittelbar mit einer spezifischen Gruppe von AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška, mit Menschen aus Tschetschenien. Ausgangspunkt war ein Ereignis in der Silvesternacht 2008, bei der tschetschenische Jugendliche in eine „Schlägerei“ in Villach verwickelt waren. Kurz darauf äußerten sich verschiedene AkteurInnen zu diesem Vorfall und diskutierten, wie mit den anscheinend gewalttätigen Asylwerbern umgegangen werden sollte. Wenige Wochen später wurden die angeblich in die „Schlägerei“ verwickelten Tschetschenen und ihre Familien mit einem Bus nach Traiskirchen gebracht. Innenministerin Fekter entschied daraufhin, dass die Familien nicht in Traiskirchen aufgenommen werden können, und veranlasste, dass die Familien wieder nach Kärnten/Koroška gebracht wurden. Im Sommer 2008 wurde eine weitere Gruppe TschetschenInnen dazu gebracht, einen Bus, der nach Traiskirchen fahren sollte, zu besteigen. Der Bus wurde an der (?) von BeamtInnen aufgehalten und zurückgeschickt. Mit diesem Diskursereignis befassten sich neun der analysierten Artikel sowie sieben der Presseaussendungen.

2009 fand ein weiteres Diskursereignis im Zusammenhang mit Menschen aus Tschetschenien statt. Zwei Jugendliche mit tschetschenischer StaatsbürgerInnenschaft überfielen eine Trafik, woraufhin eine Diskussion über den Umgang mit mutmaßlich kriminellen AsylwerberInnen stattfand. Mit diesem Ereignis befassten sich vier Zeitungsartikel.

Weitere zwei Artikel befassten sich mit Hintergrundinformationen über TschetschenInnen. Einer davon als Interview mit einer Expertin, ein weiterer als Interview mit dem Sprecher der TschetschenInnen in Kärnten/Koroška.

Als AkteurInnen in den Artikeln der Kleinen Zeitung kamen insgesamt zwölf Personen vor. Am häufigsten kamen dabei VertreterInnen der Kärntner Landesregierung und der Politik zu Wort. Am öftesten der ehemalige Landeshauptmann Jörg Haider, gefolgt von seinem Nachfolger Gerhard Dörfler und dem Flüchtlingsbeauftragten des Landes, Gernot Steiner. AsylwerberInnen kamen medial zwei Mal vor: einmal wurde einer der von Haider nach Traiskirchen verbrachten

Asylwerber, Samuel O., befragt. Ein weiteres Mal kam der Sprecher der TschetschenInnen in Kärnten/Koroška, Alash Arsaev, zu Wort.

Presseaussendungen zu Diskursereignissen im Zusammenhang mit TschetschenInnen wurden von drei Akteuren (sic!) verfasst: dem ehemaligen Landeshauptmann Haider, dem damaligen Sprecher des BZÖs Stefan Petzner und dem nachfolgenden Landeshauptmann Dörfler.

Im Diskurs dominierte die Darstellung von (tschetschenischen) AsylwerberInnen als Gefährdung des sozialen Frieden und der allgemeinen Sicherheit der Kärntner Bevölkerung. Die häufigste Aussage in den Zeitungsartikeln war, dass AsylwerberInnen kriminell und gewalttätig seien, die dritthäufigste Aussage beschrieb AsylwerberInnen als Menschen, die die angebotene Hilfe missbrauchen würden.

Die Presseaussendungen beschrieben AsylwerberInnen in erster Linie als kriminell und straffällig sowie in zweiter Linie als Hilfe und das Gastrecht missbrauchend.

In der Darstellung der KärntnerInnen dominierte sowohl in den Artikeln als auch in den Aussendungen die Aussage, dass die Kärntner Bevölkerung zu schützen, also vor einem möglichen Sicherheitsrisiko zu bewahren sei. Die zweithäufigste Aussage betonte, dass Kärnten hart mit jenen umgehen würde, die sich nicht anpassen oder das Gastrecht missbrauchen würden. In den Presseaussendungen kam zumindest einmal die Beschreibung der KärntnerInnen als gastfreundlich und hilfsbereit – für jene, die es verdienen – vor. In den Zeitungsartikeln wurde die Hilfsbereitschaft ebenso einmal in den Vordergrund gerückt.

Am Diskursereignis um tschetschenische AsylwerberInnen lassen sich verschiedene Diskurspositionen festmachen. Die Diskursposition der Akteure (sic!) der Landesregierung bzw. der Regierungspartei BZÖ (später FPK) beschreibt AsylwerberInnen als kriminell, gewalttätig und die Gastfreundlichkeit der KärntnerInnen missbrauchend bzw. sich nicht anpassend.. Die KärntnerInnen werden von dieser Position aus als eine zu schützende Gruppe konstruiert, die hart gegen Menschen, die sie bedrohen oder ihre Hilfsbereitschaft missbrauchen.. Im medialen Diskurs gibt es noch weitere AkteurInnen. EineR davon ist die Polizei, die AsylwerberInnen als gewaltbereit beschreibt. Eine weitere Diskursposition hat der Bürgermeister von Villach, Helmuth Manzenreiter (SPÖ), der von AsylwerberInnen als „belastend“ und kostenintensiv spricht. Eine dritte Position hat die Expertin Gladysch, die insbesondere über tschetschenische AsylwerberInnen spricht und diese als „arbeitssam“, nicht kriminell und gastfreundlich beschreibt. Arsaev, Sprecher der TschetschenInnen, bezeichnet die von ihm vertretene Gruppe als Menschen, die sich um ein gutes Leben und eine gute Erziehung ihrer Kinder bemühen.

Wer (Artikel)	Wir	Andere
Haider	- hilfsbereit - müssen geschützt werden - haben Recht auf Sicherheit	- Gefährdung für sozialen Frieden - gewalttätig - missbrauchen Hilfe/Gastrecht - können sich nicht benehmen - kriminell - Straftäter
Beamte/Polizei		- gewaltbereit
Expertin Gladysch		- arbeitsam - nicht kriminell - gastfreundlich
Dörfler	- wehren uns gegen Menschen, die Gastpflicht verletzen	- kriminell
Manzenreiter	- sind belastet	- verursachen Kosten/sind belastend
Arsaev		- bemühen sich um gutes Leben/gute Erziehung

Wer (Presseaussendungen)	Wir	Andere
Haider	- müssen geschützt werden - gehen hart vor gegen die, die sich nicht anpassen - gewähren Hilfe	- gewaltbereit - kriminell - missbrauchen Hilfe - passen sich nicht an
Petzner	- Recht uns zu schützen - müssen geschützt werden	- kriminell - gewaltbereit
Dörfler	- müssen Sicherheit schützen - gastfreundlich zu denen die es verdienen	- kriminell - gewalttätig

Tabelle 1: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikeln der Kleinen Zeitung und Presseaussendungen über TschetschenInnen.

10.2. Asylquartier auf der Saualm

40 der analysierten Artikel und 40 der analysierten Presseaussendungen beschäftigten sich mit der „Saualm“ in Kärnten/Koroška. Das Diskursereignis drehte sich um die Eröffnung einer so genannten „Sonderanstalt“ für „straffällige“ AsylwerberInnen Anfang Oktober 2008. Dem ging eine Diskussion über den Umgang mit mutmaßlich kriminellen AsylwerberInnen voran, die sehr stark mit jener um tschetschenische AsylwerberInnen verflochten wurde.. Auf der Saualm, wie die Saualpe in Kärnten/Koroška umgangssprachlich genannt wird, wurde ein ehemaliges Erholungsheim für Kinder des AVS durch das Land gepachtet, um dort vermeintlich kriminelle AsylwerberInnen oder auch „AsylwerberInnen mit erhöhtem Betreuungsbedarf“ unterzubringen.

Die abgeschiedene Lage in der Peripherie – 13 Kilometer von der nächsten Bushaltestelle entfernt – sowie verstärkte Sicherheitsmaßnahmen sollten „straffällige“ AsylwerberInnen von der Kärntner Bevölkerung separieren. In acht Zeitungsartikeln und 20 Presseaussendungen wurde dies diskutiert.

Die Saualm wurde von vielen Seiten national und international kritisiert. Einen Höhepunkt erreichte die Diskussion um die Saualm, als kurz vor Weihnachten 2008 16 Asylwerber die Saualm verließen, um vor dem Büro des – nicht anwesenden – Flüchtlingsreferenten Gernot Steiner zu protestieren. Daraufhin wurden die Asylwerber privat und von NGOs untergebracht.

Im Zuge dieses Protests, aber noch einige Monate darüber hinaus fand eine Diskussion über die Lebenssituation von auf der Saualm untergebrachten AsylwerberInnen statt.

Im Anschluss daran kam es auch zu einem Verfahren eines Asylwerbers, der sich weigerte, das Quartier auf der Saualm zu beziehen, und dem daraufhin die Grundversorgung entzogen wurde. Der Asylwerber gewann das Verfahren und bekam die Grundversorgung für zehn Monate ausbezahlt. Diese Diskussionen wurden in 24 Zeitungsartikel und 13 Aussendungen geführt.

Im Frühling 2010 wurde wieder verstärkt über die Saualm diskutiert, da zu diesem Zeitpunkt ein Rechnungshofbericht über die Kosten des Asylsystems in Kärnten/Koroška veröffentlicht wurde. Eine Diskussion über die Kosten und die Sinnhaftigkeit der Saualm wurde geführt; dazu wurden acht Artikel sowie sieben Presseaussendungen veröffentlicht.

Die Diskussion um die Saualm wurde von insgesamt 17 AkteurInnen geführt. Die meisten Aussagen in Zeitungsartikeln wurden vom Landeshauptmann Dörfler getätigt (13), sowie vom Grünpolitiker und Sprecher des Aktionskomitees für Menschlichkeit und Toleranz, Rolf Holub (12). Acht Aussagen stammen von Flüchtlingsreferent Steiner und sieben von NGOs oder VertreterInnen von NGOs. Viermal war der Anwalt in mehreren Asylfällen, Farhad Paya, Sprecher und dreimal kirchliche VertreterInnen genauso wie AsylwerberInnen.

Weitere Parteienvertreter, die sich jeweils ein oder zweimal in der Kleinen Zeitung äußerten, waren die SPÖ-PolitikerInnen Peter Kaiser (Landesrat), Nicole Cernic (Landesrätin) sowie Herwig Seiser (Klubleitung). Von der ÖVP fanden sich Aussagen von Josef Martinz (Landesrat) und Stefan Tauschitz (Klubleitung) medial wieder. Zwei Aussagen wurden darüber hinaus von BetreiberInnen der Saualm abgedruckt.

Eine ähnliche Verteilung ergibt sich auch bei den Presseaussendungen. Mit 13 Aussendungen hat Dörfler sich am häufigsten zu Wort gemeldet, fünfmal hat dies Stefan Petzner getan und viermal Alev Korun, Nationalratsabgeordnete der Grünen. Drei Aussendungen wurden von Herwig Seiser gemacht, jeweils zwei von Peter Kaiser und Jörg Haider (vor dessen Tod 2008). Je eine

Aussendung tätigten der UNHCR sowie die Katholische Aktion und weitere einzelne regionale PolitikerInnen.

In den Artikeln zur Saualm wird ein Kärntner-„Wir“ vor allem als ein korrekt handelndes, sich ans Gesetz haltende Kollektiv beschrieben. Die KärntnerInnen werden darüber hinaus als zu schützende Menschen mit einem großen Sicherheitsbedürfnis dargestellt. Weit seltener werden die KärntnerInnen als hilfsbereite Personen, die auf Menschenrechte achten, bezeichnet.

In den untersuchten Presseaussendungen werden KärntnerInnen am häufigsten als zu beschützende Gruppe beschrieben. Einige Male kommen KärntnerInnen als die Menschenrechte achtende Gruppe vor, als hilfsbereit und empathisch. Weiter wird einige Male das Kärntner-„Wir“ mit einer Vorreiterrolle, als etwas Besonderes und Menschen, die das Recht auf bessere Behandlung haben, assoziiert.

Die „Anderen“, die AsylwerberInnen, werden im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška vor allem als kriminell und „straffällig“ dargestellt. Einige Male werden AsylwerberInnen auch als traumatisiert beschrieben sowie als unter schlechten Bedingungen lebend, arm, genügsam und hilfsbedürftig.

„Die Anderen“ werden in Presseaussendungen hauptsächlich als kriminell, gefährlich, gewalttätig, „straffällig“ und drogenabhängig bezeichnet. Außerdem werden sie als „teuer“ stigmatisiert. Adjektive wie arm, in schwierigen Lebenssituationen lebend, ausgegrenzt, schwach und krank kommen jeweils einmal vor.

Wer (Artikel)	**Wir**	**Andere**
BZÖ-PolitikerInnen	- wehren uns gegen jene, die unser Gastfreundschaft missbrauchen/ unsere Gesetze nicht achten	- kriminell - straffällig
Haider	- gesetzestreu	- kriminell
NGOs		- leben unter schlechten Bedingungen
AsylwerberInnen		- arm - genügsam - wollen Grundbedürfnisse erfüllt - Leben in schlechten Bedingungen
Polizei	- brauchen Sicherheit	- haben Probleme
Holub/Grüne	- hilfsbereit - halten uns an Menschenrechte	- brauchen Hilfe - traumatisiert

		- krank - werden instrumentalisiert - wenige kriminell
Steiner	- halten uns an Gesetze - schützen Geld der SteuerzahlerInnen - Sicherheit ist wichtig	- kriminell - traumatisiert - drogenabhängig - Drogendealer
Dörfler	- Bevölkerung muss geschützt werden - brauchen Sicherheit	- wollen abtauchen - gewalttätig - kriminell - straffällig
Martinz		- kriminell
Kirche		- traumatisiert
SPÖ-PolitikerInnen	- halten uns an Menschenrechte	
Kaiser		- teuer
Wer (Presseaussendungen)	**Wir**	**Andere**
Haider	- sind zu schützen	- kriminelle - Gefahr - gewalttätig - Drogenhändler
Dörfler	- können Probleme lösen - müssen geschützt werden - haben Vorreiterrolle	- straffällig - krank - drogenabhängig - Gefahr - kriminell - kosten Geld
BZÖ-PolitikerInnen	- müssen geschützt werden - sind nicht rechts - sind Vorbild/Vorreiter - lösen Probleme - sind etwas Besonderes	- Sicherheitsrisiko - kriminell - straffällig - verurteilt - zu viele
SPÖ-PolitikerInnen	- hilfsbereit - achten Menschenrechte	- arm - leben am Rande der Gesellschaft - Problem - kosten viel Geld
Kirche	- achten Menschenrechte - sind empathisch	
NGOs	- achten Menschenrechte	- werden kriminalisiert
Grüne PolitikerInnen	- achten Menschenrechte	- traumatisiert
FPÖ-PolitikerInnen	- werden schlecht behandelt	- Schmarotzer

		- kriminell - fordern Rechte, die ihnen nicht zustehen
ÖVP-PolitikerInnen	- müssen geschützt werden - sind bedroht	- kriminell

Tabelle 2: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikeln der Kleinen Zeitung und Presseaussendungen über die Saualm.

10.3. Ein Erstaufnahmezentrum in Kärnten?

In Kärnten/Koroška entstand ab Frühling 2009 ein Diskurs rund um ein zu errichtendes Erstaufnahmezentrum für AsylwerberInnen in Österreich. Ab März 2009 (nach der Landtagswahl) wurde über Spekulationen, dass dieses Erstaufnahmezentrum in Kärnten/Koroška gebaut werden könnte, diskutiert. Dies wurde vor allem damit argumentiert, dass Kärnten die Quote an AsylwerberInnen, die es nach bundesweitem Schlüssel erfüllen müsste, bei weitem nicht erfüllte. Auf einer Gerüchtebasis grenzten sich beinahe alle politischen AkteurInnen von der Möglichkeit, ein Erstaufnahmezentrum irgendwo in Kärnten zu errichten, ab. Die ÖVP betonte, sie hätte Absprachen mit der Ministerin getroffen, wonach das Zentrum nicht in Kärnten gebaut würde. Schließlich rief Innenministerin Fekter Gemeinden dazu auf, sich für die Beheimatung eines Erstaufnahmezentrums für AsylwerberInnen zu bewerben. Zwei Kärntner Gemeinden, Bad Eisenkappel und Bürgermeister Smrtnik (EL) sowie Neuhaus mit Bürgermeister Visotschnig (SPÖ), überlegten eine Bewerbung. BZÖ und ÖVP kündigten daraufhin an, das Flächenwidmungsgesetz so zu verändern, dass es nicht möglich sein würde, ein Erstaufnahmezentrum in Kärnten zu errichten. Smrtnik und Visotschnig betonten vor allem wirtschaftliche Gründe, die es sinnvoll machen würden, das AsylwerberInnenquartier in der jeweiligen Ortschaft zu errichten.

Nach den ersten Diskussionen zog zuerst Visotschnig seine Bewerbung zurück, Smrtnik tat dies nach einem Beschluss im Gemeinderat gegen das Erstaufnahmezentrum. Wesentlich für den Beschluss war die Befürchtung, dass ein Erstaufnahmezentrum negative Auswirkungen auf den Tourismus im Kurort Bad Eisenkappel haben könnte.

Zum Erstaufnahmezentrum wurde in Kärnten/Koroška in 15 Artikeln in der Kleinen Zeitung sowie in 14 Presseaussendungen diskutiert.

Der Großteil der Artikel beschäftigte sich mit einer möglichen Errichtung im Sommer 2009, drei Artikel mit der neu aufkommenden Idee, dieses in Wolfsberg zu bauen im Jänner 2010.

Die erste Presseaussendung im Untersuchungszeitraum entstand bereits im Dezember 2008 und befürchtete eine mögliche Errichtung eines Erstaufnahmezentrums in den nächsten Monaten, vor allem ab März 2009 gab es in längeren Zeitabständen Aussendungen mit einem ähnlichen Inhalt, bis im Jänner 2010 die Diskussion mit vier Presseaussendungen noch einmal aufflammte.

Die meisten Aussagen in Artikeln über das Erstaufnahmezentrum wurden von Smrtnik getätigt, beinahe so viele von Landeshauptmann Dörfler. Weitere Aussagen kamen von SPÖ-PolitikerInnen (Rohr und Kaiser) sowie BZÖ Politikern (sic!) (Petzner und Scheuch). Einzelne Aussagen wurden von Bürgermeister Visotschnig und von ÖVP- Landespolitiker Martinz publiziert.

Die meisten Presseaussendungen wurden von Uwe Scheuch verschickt, auch von LH Dörfler gab es viele Presseaussendungen. Jeweils eine bis zwei Presseaussendungen wurden von Rohr, Kaiser, Strutz und Petzner veröffentlicht.

Die KärntnerInnen wurden in den Zeitungsartikeln vor allem als zu schützende Gruppe beschrieben. Genauso häufig wurden sie auch als „human“ dargestellt. Darüber hinaus wurden „die KärntnerInnen“ als eine Gruppe beschrieben, die bedroht würde, mehr helfe als notwendig und sich wehre, wenn ihr etwas aufgezwungen werde..

In den Presseaussendungen wurden die KärntnerInnen hauptsächlich als Gruppe, die sich selbst schützen müsse, sowie als Gruppe, die sich gegen eine drohende Bevormundung zu wehren habe und sich dabei an die geltenden Gesetze halte, dargestellt. Vor allem von Seiten der SPÖ wurde darauf hingewiesen, dass „wir“ die Menschenrechte achten würden.

Die Anderen, die AsylwerberInnen, wurden als Strafe und Gefährdung für die regionale Wirtschaft beschrieben, die nicht ins Konzept eines Ortes passen würden. Darüber hinaus wären sie straffällig und würden Geld kosten. Auf der anderen Seite wurden AsylwerberInnen stark als Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schaffen könnte, konstruiert.

In den Presseaussendungen wurden „die AsylwerberInnen“ als Problem definiert, die ein Sicherheitsrisiko darstellen würden und kriminell wären.

Wer (Artikel)	**Wir**	**Andere**
SPÖ-PolitikerInnen		- passen nicht in Konzept
BZÖ-PolitikerInnen		- Strafe

ÖVP-PolitikerInnen	- tun mehr als nötig	
Dörfler	- brauchen Sicherheit/ sind schützenwert - wehren uns	- straffällig - teuer
Smrtnik	- human - sichern Arbeitsplätze - gastfreundlich	- nicht die Pest - keine Schwerverbrecher
Visotschnig	- human - sichern Arbeitsplätze	
Wer (Aussendungen)	**Wir**	**Andere**
BZÖ-PolitikerInnen	- wehren uns gegen Bevormundung - haben Recht auf Sicherheit - verhalten uns nach Gesetzen	- nicht erwünscht - kriminell - Sicherheitsrisiko - illegal - Problem
Dörfler	- sind besser als Bundesregierung - wehren uns gegen Bevormundung - müssen geschützt werden	
SPÖ-PolitikerInnen	- achten Menschenrechte	

Tabelle 3: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikeln der Kleinen Zeitung und Presseaussendungen über ein Erstaufnahmezentrum in Kärnten/Koroška.

10.4. Brand in einem Asylquartier in Klagenfurt/Celovec

In Klagenfurt/Celovec kam es am Rande der Fußball-EM im Sommer 2008 zu einem Brand in einem AsylwerberInnenquartier. Bei diesem Brand wurden 19 BewohnerInnen des Quartiers verletzt. Ein Asylwerber verletzte sich bei einem Sprung aus dem Fenster so stark, dass er dabei ums Leben kam. Die Brandursache galt daraufhin als ein großes Rätsel. Während erste Untersuchungen von einer brennenden Zigarette ausgingen, wurde später ein Brandanschlag vermutet. Die Brandursache wurde nie gänzlich geklärt. Nach dem Brand zeigte die Familie des zu Tode gekommenen Asylwerbers sowie einige der verletzten AsylwerberInnen den Betreiber des Quartiers und den Flüchtlingsbeauftragten Gernot Steiner sowie das Land Kärnten an, weil diese nicht für den ausreichenden Brandschutz im Quartier gesorgt hätten. Steiner und der Betreiber mussten sich in einem Prozess wegen fahrlässiger Gemeingefährdung verantworten. Der Prozess endete mit einem Freispruch, da der Tatbestand als nicht erfüllt galt.

Elf in der Kleinen Zeitung erschienene Artikel wurden dazu analysiert. Dazu ist anzumerken, dass die längeren Versionen der Artikel zum Ereignis im Juni 2008 nicht mehr in Datenbanken

aufgefunden werden konnten. Die Rekonstruktion des Diskursverlaufs basiert also auch auf Artikeln anderer Medien.

Die meisten der analysierten Artikel wurden 2010 verfasst und beschäftigen sich mit dem Gerichtsverfahren der Opfer des Brandes gegen das Land Kärnten und den Betreiber des Quartiers.

Der Anwalt der Betroffenen, Farhad Paya, war in den Artikeln der Kleinen Zeitung am häufigsten in einer SprecherInnenposition. Flüchtlingsbeauftragter Gernot Steiner wurde dreimal zitiert, die Richterin zweimal und der Anwalt von Steiner einmal.

Das Kärntner „Wir" wurde in den Artikeln kaum behandelt, fand aber Erwähnung in der Darstellung, „wir" hielten uns an Gesetze und „wir" seien hilfsbereit.

„Die Anderen", die AsylwerberInnen, wurden im Diskurs als unterentwickelt, als Menschen mit „anderer" Kultur gezeichnet, die sich „anders" verhalten würden, und als Menschen, die sich nicht aussuchen könnten, wo sie leben.

OTS- Presseaussendungen wurden zu diesem Diskursereignis nicht versandt.

Wer (Artikel)	**Wir**	**Andere**
Paya (Anwalt)		- können sich nicht aussuchen, wo sie leben
Steiner	- halten uns an Gesetze	- sind anders
Maiditsch (Anwalt)	- hilfsbereit	- arm - andere Kultur - verhalten sich anders - unterentwickelt

Tabelle 4: Konstruktion von „Wir" und den „Anderen" in Artikeln der Kleinen Zeitung über den Brand in einem Asylquartier.

10.5. Keinem speziellen Diskursereignis zugeordnete Artikel und Presseaussendungen

Im Untersuchungszeitraum wurden 57 Artikel verfasst, die keinem spezifischen Diskursereignis zuordenbar sind. Auffallend ist dabei, dass die Artikelanzahl zunimmt. 2008 waren es vier Artikel, 2009 bereits 17 und 2010 insgesamt 36.

Die Artikel befassten sich mit verschiedenen Themen, die häufigsten davon mit dem Schicksal einzelner AsylwerberInnen (10), wobei sich davon die meisten (8) rund um das Schicksal einer von der Abschiebung bedrohten mongolischen Familie im Winter 2010 drehten.

Acht Artikel befassten sich mit regionalen Asylquartieren, die meisten davon (9) mit der Errichtung eines neuen Quartiers in Villach sowie einem Brand in einem Quartier in Wolfsberg. Ebenso viele Artikel beschäftigten sich mit Drogen und Kriminalität in Verbindung mit AsylwerberInnen.

Jeweils sechs Artikel befassten sich mit der Asylpolitik des Landes Kärnten, vor allem mit dem neu beschlossenen Grundversorgungsgesetz 2010, sowie mit Aktionen von NGOs, die meisten davon mit der Verleihung des Menschenrechtspreises des Landes Kärnten an VOBIS (4).

Fünf Artikel beschäftigten sich mit dem Hintergrund von AsylwerberInnen und vier mit der Einhaltung- oder Nicht-Einhaltung der Asylquote des Landes Kärnten.

An nicht eindeutig einem Diskursereignis zuordenbaren Presseaussendungen konnten im Untersuchungszeitraum 21 ausgemacht werden. Die meisten davon befassten sich mit Forderungen von PolitikerInnen zur Veränderung der Asylpolitik in Kärnten sowie Stellungnahmen zu Vorwürfen gegen die Asylpolitik des Landes Kärnten. Zwei Aussendungen wurden 2008, neun 2009 und zehn Aussendungen 2010 verfasst.

AkteurInnen in den nicht zuordenbaren Artikeln der Kleinen Zeitung waren hauptsächlich Personen aus der Politik und der Landesregierung. Am häufigsten (13 Mal) kam dabei Landeshauptmann Dörfler zu Wort sowie der Flüchtlingsbeauftragte Steiner. Weiters wurde Holub (G) viermal zitiert, Kaiser (SPÖ) und Scheuch (BZÖ) je dreimal.

NGOs kamen zwölfmal zu Wort, am häufigsten als „VertreterInnen des Aktionskomitees“. Achtmal wurden VertreterInnen der Polizei zitiert, AsylwerberInnen insgesamt dreimal.

In den Presseaussendungen war Landeshauptmann Dörfler der Hauptakteur. Er verfasste zehn, SPÖ-Politiker Peter Kaiser vier. Jeweils ein bis zwei Presseaussendungen wurden von kirchlichen AkteurInnen sowie weiteren SPÖ- und BZÖ-PolitikerInnen verfasst.

Ein Kärntner „Wir“ wurde in den Artikeln zumeist als gesetzestreu und fair sowie als human und menschenrechtskonform agierend beschrieben. Häufig wurde die Gruppe der KärntnerInnen auch als zu beschützende konstruiert. Einige Male wurde auch erwähnt, dass „wir“ funktionierende Maßnahmen hätten, um uns zu schützen, bzw. ein Vorbild darstellen würden. Außerdem würden „die KärntnerInnen“ eine Last durch AsylwerberInnen zu tragen haben.

AsylwerberInnen als „die Anderen“ wurden in den Artikeln der Kleinen Zeitung hauptsächlich als kriminell beschrieben. Häufig wurden sie auch als arm bzw. Opfer gezeichnet. Einige Male wurden AsylwerberInnen als Gruppe, die es besser haben wolle, die zu viel haben wollten, als belastend und teuer gezeichnet.

Darüber hinaus wurden AsylwerberInnen oft als Menschen dargestellt, die sich integrieren wollten, besonders in Verbindung mit dem Schicksal einzelner AsylwerberInnen.. Weitere öfter verwendete

Begriffe waren traumatisiert, hilfsbedürftig und in schlechten Verhältnissen lebend sowie gewalttätig und ein Sicherheitsrisiko darstellend.

Wer (Artikel)	**Wir**	**Andere**
Haider	- sind zu schützen	- kriminelle - Gefahr - gewalttätig - Drogenhändler
Dörfler	- können Probleme lösen - müssen geschützt werden - haben Vorreiterrolle	- straffällig - krank - drogenabhängig - Gefahr - kriminell - kosten Geld
BZÖ-PolitikerInnen	- müssen geschützt werden - sind nicht rechts - sind Vorbild/Vorreiter - lösen Probleme - sind etwas besonderes	- Sicherheitsrisiko - kriminell - straffällig - verurteilt - zu viele
SPÖ-PolitikerInnen	- hilfsbereit - achten Menschenrechte	- arm - leben am Rande der Gesellschaft - Problem - kosten viel Geld
Kirche	- achten Menschenrechte - sind empathisch	
NGOs	- achten Menschenrechte	- werden kriminalisiert
Grüne PolitikerInnen	- achten auf Menschenrechte	- arm - traumatisiert
FPÖ-PolitikerInnen	- werden schlecht behandelt	- Schmarotzer - kriminell - fordern rechte die ihnen nicht zustehen
ÖVP-PolitikerInnen	- müssen geschützt werden - sind bedroht	- kriminell
Wer (Aussendungen)	**Wir**	**Andere**
Haider	- löffeln nicht Suppe der Regierung aus - sind zu schützen	- zu viele
Dörfler	- sind zu schützen - haben Vorreiterrolle	- straffällig - gewaltbereit - kriminell

		- nutzen Hilfe aus - halten sich nicht an Regeln
Sauer/ Kirche	- helfen und unterstützen	- hilfsbedürftig - haben Begabungen
Kaiser	- achten Menschenrechte - sind zu schützen - gehen Hart gegen die, die uns ausnützen vor	- kriminell - brauchen Hilfe - Drogendealer - straffällig - zu viele

Tabelle 5: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikeln der Kleinen Zeitung und in Presseaussendungen die keinem spezifischen Thema zugeordnet wurden.

10.6. Diskutierte Themenfelder - Topoi

Als Ergebnisse der groben Analyse der verfassten Zeitungsartikel und Presseaussendungen im Untersuchungszeitraum sind verschiedene in den verschiedenen Diskursereignissen wiederkehrende diskutierte Themen oder Topoi festzuhalten, die in den einzelnen Diskursen teilweise einzeln, mehrheitlich aber vermischt vorkommen (vgl. Jäger 2004, 166). In Anlehnung an Studien von Ruth Wodak (vgl. Wodak, de Cilla, Reisigl, Liebhart 2009) wurden dabei verschiedene Topoi herausgearbeitet, die im Folgenden dargestellt werden: der Sicherheits- und Kriminalitätstopos, der Rechts- und Menschenrechtstopos, der Hilfsbereitschafts- und Opfertopos, der Missbrauchstopos und der Vorbildtopos.

1. Sicherheitstopos und Kriminalitätstopos

Der am häufigsten angesprochene Themenkomplex ist der Sicherheitstopos. Dabei steht im Zentrum, dass die Kärntner „Wir“-Gruppe einer Bedrohung ausgesetzt ist und somit vor dieser zu schützen ist. Demgegenüber werden AsylwerberInnen mehrheitlich als kriminell, gewalttätig, „straffällig“, illegal und skrupellos und als eine Sicherheitsrisiko und eine Bedrohung dargestellt. Dabei werden spezifische Gruppen von AsylwerberInnen mit einzelnen „Formen“ der potentiellen Bedrohung in Verbindung gebracht. TschetschenInnen werden mit dem Adjektiv „gewalttätig“ in Zusammenhang gebracht, AsylwerberInnen, die vermeintlich in Afrika geboren wurden, werden mit Drogenhandel und Drogenkonsumation verbunden.

2. Menschenrechtstopos

Der Menschenrechtstopos wird vor allem von NGOs aufgebracht. Mit einem Verweis auf die Menschenrechte oder auf die Nicht-Einhaltung der Menschenrechte in einer bestimmten Situation wird die asylpolitische Situation kritisiert. Mehr noch wird damit der scheinbar größtmögliche Vorwurf platziert, denn ein Nicht-Einhalten der Menschenrechte wäre nicht nur entgegen internationaler Verträge, sondern würde auch bei der Bevölkerung moralische Entrüstung hervorrufen. Dabei bleibt der Verweis auf Menschenrechte immer allgemein gehalten. In keinem Fall der analysierten Materialien wurde auf spezifische Menschenrechte (Recht auf Familie, Recht auf Bildung,...) verwiesen oder ein solches eingefordert. Die Einforderung von Menschenrechten blieb damit sehr unkonkret, was zur Folge hatte, dass sich die angegriffenen AkteurInnen nicht mehr auf die Vorwürfe bezogen, bzw. diese mit einem Verweis auf den Rechtstopos vom Tisch wischten.(Satz?)

3. Hilfsbereitschaftstopos und Opfertopos

Die KärntnerInnen werden in den analysierten Presseaussendungen und Zeitungsartikeln häufig als „hilfsbereit“ konstruiert. Dabei ist klar, dass „wir“ bereit sind, jenen, die Not leiden oder „wirklich“ Hilfe brauchen, diese auch gewähren. Überspitzt wird dies in Aussagen, nach denen „wir“ „mehr Hilfe leisten, als nötig“. Das hilfeleistende „Wir“ wird dabei gleichermaßen von NGOs wie auch von Regierungsparteien geprägt. Dabei zeichnen NGOs die Hilfsbereitschaft als eigenes Thema, während es bei den Regierungsparteien meist in engem Zusammenhang mit einem anderen Topos - meist dem Missbrauchstops - steht.

Als Gegenstück zur hilfeleistenden Gruppe der KärntnerInnen werden AsylwerberInnen als hilfsbedürftig beschrieben. Dabei gelten AsylwerberInnen als arm, als traumatisiert, als Opfer einer bestimmten Politik oder einer gewaltvollen Auseinandersetzung in ihren Geburtsstaaten. Diesen Menschen gilt es zu helfen. Darüber hinaus werden die Lebensumstände der AsylwerberInnen häufig als besonders schlecht beschrieben. AsylwerberInnen leben in dieser Konstruktion in heruntergekommenen Behausungen, sind arm und ausgegrenzt. Dieses Bild wird besonders von NGOs gezeichnet.

4. Missbrauchstopos

Der Missbrauchs-Topos wird meist in enger Verbindung mit dem Hilfsbereitschafts-Topos diskutiert. Dabei werden AsylwerberInnen als Personen konstruiert, die es darauf anlegen würden, die Hilfsbereitschaft der KärntnerInnen möglichst auszunützen. Dies kommt im Zusammenhang

mit Beschwerden von AsylwerberInnen über ihre Lebensumstände vor, wie zum Beispiel beim Protest gegen die Saualm. Ebenso wird der Missbrauchstopos aktuell, wenn AsylwerberInnen ihre Rechte einfordern und beispielsweise mehrere Asylanträge stellen oder mehrere Instanzen des Rechtssystems mit ihrem Fall betrauen. Besonders häufig konstruieren Regierungsparteien AsylwerberInnen als Personengruppe, die nicht zufrieden sei mit dem, was sie habe, und die die „Wir"- Gesellschaft ausnütze oder missbrauche..

5. Belastungs-Topos

Der Belastungstopos wurde in den analysierten Artikeln hauptsächlich in Diskussionen rund um bestehende oder zu errichtende Asylquartiere debattiert. Dabei wurde von verschiedenen AkteurInnen betont, dass die Betreuung von AsylwerberInnen einerseits finanzielle Ressourcen benötigen würde und andererseits das Leben der indigenen Bevölkerung belasten würde. Dabei wurde besonders stark auf möglicherweise zu erwartende wirtschaftliche Nachteile für die Region verwiesen, wie zum Beispiel auf einen zu befürchtenden Rückgang des Tourismus im Falle einer Errichtung eines Asylquartiers im Ort. Sollte eine Erstaufnahmestelle in Kärnten/Koroška errichtet werden, wurde beispielsweise mehrfach darauf verwiesen, dass diese nicht „in das Konzept" einer Tourismusregion passen würde, was möglicherweise einen Rückgang an Einnahmen bedeuten könnte, die durch die zu erwartenden positiven wirtschaftlichen Faktoren, die eine Erstaufnahmestelle mit sich bringen könnte, nicht aufgewogen werden könnten.

6. Integrationstopos

Die Diskussion um die Integration von AsylwerberInnen spielt in den analysierten Artikeln und Presseaussendungen eine eher untergeordnete Rolle. In der Konstruktion eines Kärntner „Wir" kommt Integration nicht vor. Demgegenüber werden AsylwerberInnen öfters mit Fragen der Integration in Verbindung gebracht. Einerseits werfen RegierungspolitikerInnen AsylwerberInnen vor, dass diese sich nicht an „die Regeln" der Gesellschaft halten, sich dadurch als respektlos erweisen würden und sich so nicht integrieren wollten. Andererseits betonen NGOs, dass AsylwerberInnen sich gerne integrieren wollten, gerne arbeiten möchten, gastfreundlich seien und sich mit ihren Begabungen in die Gesellschaft einbringen könnten.

7. Vorbild-Topos

Der Vorbild-Topos konstruiert ein Kärntner „Wir" vor allem in Abgrenzung zu KritikerInnen sowie zur österreichischen Bundespolitik. Der häufig geführte Nebendiskurs, der „uns" KärntnerInnen

gegen „die Anderen“, die Bundesregierung, konstruiert, bedient sehr häufig des Vorbild-Topos. Dabei wird einerseits auf bundespolitische Diskussionen im Asylbereich reagiert und „Nicht-KärntnerInnen“ empfohlen, ähnliche asylpolitische Schritte zu setzen wie Kärnten. Andererseits wird auf mögliche Kritik reagiert oder diese vorweggenommen, indem auf die vorbildliche Arbeit der Kärntner Politik im Asylbereich hingewiesen wird. Nicht zuletzt stärkt der Verweis auf die Vorreiterrolle Kärntens in der Asylpolitik auch die Identitätsbildung des Kärntner „Wir“.

8. Rechtstopos

Der Rechtstopos ist nur bei der „Wir“- Konstruktion von Bedeutung. Die „Wir“- Gruppe bemüht sich häufig zu beschreiben, dass sie sich an Gesetze halte und diese rechtmäßig befolge. Dabei wird dieser Topos immer aus einer Haltung der Reaktion und Verteidigung bedient. Auf Vorwürfe von außen, die Kärntner Asylpolitik würde nicht rechtmäßig oder verfassungskonform verlaufen, wird reagiert, indem häufig auf die Einhaltung der Gesetze hingewiesen wird.

11. Sicherheitsrisiko, Abwehrkampf und Menschenrechte. Detailanalyse des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška.

Nach einer groben Analyse der bearbeiteten Artikel und Presseaussendungen werden in einem weiteren Schritt einzelne Aussagen im Detail analysiert. Die Auswahl der Aussagen für die Detailanalyse erfolgte nach einer möglichst breiten Streuung, die nach dem Prinzip der maximalen und der minimalen Differenz ausgewählt werden. Einerseits werden Aussagen von AkteurInnen analysiert, die im Diskurs besonders häufig vorkommen, um so eine Einschätzung des hegemonialen Diskurses über Asylpolitik in Kärnten/Koroška vornehmen zu können. Andererseits werden jene Aussagen von AkteurInnen analysiert, die davon abweichen und eine maximale Differenz zum Gros der Aussagen vermuten lassen.

11.1. „Straffällig“ und eine Bedrohung. Der hegemoniale Diskurs über Asylpolitik in Kärnten/Koroška

Ausgehend von der groben Analyse des Materials lässt sich feststellen, dass der asylpolitische Diskurs von einigen wenigen AkteurInnen sowie Themenfeldern dominiert wird. Die häufigsten Aussagen wurden von Landeshauptmann Gerhard Dörfler bzw. bis zu seinem Tod von Landeshauptmann Jörg Haider und dem Land Kärnten sowie weiteren BZÖ-PolitikerInnen getroffen. Ihre Aussagen machen insgesamt etwa 50% aller Aussagen aus. Die häufigsten Aussagen konstruieren „die KärntnerInnen“ als bedroht und schützenswert, AsylwerberInnen als kriminell, gewalttätig und „straffällig“.

Haider: „Mit der Einrichtung einer Sonderanstalt für Asylwerber hat Kärnten die richtigen Schritte gesetzt. Denn Asylwerber, die strafrechtlich verurteilt oder nach dem Strafrecht angezeigt worden, müssen getrennt von der restlichen Bevölkerung untergebracht werden. Mit dieser Sicherheitsvorkehrung schützen wir die Kärntner Bevölkerung“ (Jörg Haider, OTS, 06.10.2008)

Die OTS-APA Presseaussendung erschien am 6.10.2008 und wurde vom BZÖ Kärnten ausgesandt.

Sie besteht aus etwa 300 Wörtern und wurde in vier Absätzen verfasst. Die ausgewählte Aussage wurde im ersten Absatz formuliert und stellt nach dem Untertitel die Einleitung für die Presseaussendung dar. Mit der Aussendung wird auf die zwei Tage zuvor eröffnete „Sonderanstalt“ für AsylwerberInnen auf der Saualm in Kärnten/Koroška Bezug genommen. Die Aussendung erklärt die Notwendigkeit der Einrichtung der „Sonderanstalt“ für AsylwerberInnen und lobt Kärntens „Engagement“ in der Asylpolitik. Die Aussage nimmt vor allem Bezug auf den Kriminalitäts- und Sicherheitstopos. Gleichzeitig betont sie die Vorreiterrolle Kärntens. Mit dieser Aussage erklärt Haider die Zielgruppe der Saualm und definiert, was an vielen anderen Stellen mit dem Begriff „straffällig“ zusammengefasst wird, eben die Anzeige oder Verurteilung nach dem Strafrecht. Mit dem Wort „müssen“ stellt Haider gleich zu Anfang die Notwendigkeit seiner Handlungen klar. Im gleichen Satz spricht Haider von der „restlichen Bevölkerung“, die nach der Logik der Aussage, alle in Kärnten lebenden Menschen außer nach dem Strafgesetz angezeigte oder verurteilte AsylwerberInnen sein müssten. Dies revidiert Haider aber bereits im nächsten Satz, indem er erklärt, dass die „Kärntner Bevölkerung“ geschützt werden müsse. Der Begriff „Sicherheitsvorkehrung“ betont, dass die zuvor erwähnten AsylwerberInnen eine Bedrohung der Sicherheit der KärntnerInnen darstellten. Mit dem daran anschließenden Verb „schützen“ beschreibt Haider seine Handlungsmotivation auf Grund des Risikos, das scheinbar von den erwähnten AsylwerberInnen ausgehe. Indem Haider von „wir“ spricht, lässt er darauf schließen, dass nicht er alleine hier handle, sondern dass mehrere Menschen in die Aktion eingebunden seien und diese für gut befänden. Das „Wir“, von dem Haider spricht, lässt auf die Kärntner Landesregierung bzw. das BZÖ schließen.

Zuletzt muss noch besonders auf das verwendete Wort „Sonderanstalt“ eingegangen werden. Das Wort sowie dessen Zusammenhang mit der „getrennten Unterbringung“ lassen Assoziationen mit dem im Nationalsozialismus verwendeten Begriff „Sonderbehandlung“ in Verbindung mit Euthanasieanstalten und Konzentrationslagern zu, ohne dass diese im Diskurs ausgesprochen werden müssten. Die vermittelte Botschaft zeigt, dass Haider sich hier in der Rolle des „Landesvaters“ (vgl. Ottomeyer 2009, 34ff) präsentiert, der die KärntnerInnen beschütze. Die von ihm verwendete Sprache zeigt deutlich, wer die Bedrohung darstellt (die AsylwerberInnen), wer vor dieser zu schützen sei (die Kärntner Bevölkerung) sowie wer diesen Schutz ermögliche („wir“ - das BZÖ, die Landesregierung bzw. Haider als Person). Mit der Aussage dieser Presseaussendung fasst Haider die Argumentation für die „Sonderanstalt“ auf der Saualm zusammen. Im weiteren Diskursverlauf wird der Begriff der „Sonderanstalt“ wegen seiner mangelnden Abgrenzung vom nationalsozialistischen Jargon kritisiert. In weiterer Folge wird darüber diskutiert, ob die auf der Saualm untergebrachten AsylwerberInnen tatsächlich kriminell wären. Mit dieser und einigen

ähnlichen Aussagen hat Haider die Themen im weiteren Diskurs um die Saualm weit reichend vorgegeben.

Steiner: Wir warten nicht bis zum Abschluss eines Strafverfahrens. Hier genügt der Tatverdacht“ (Gernot Steiner, Kleine Zeitung vom 23.07.2008).

Das Zitat stammt aus einem Artikel der Kleinen Zeitung vom 23.07.2008, der mit dem Titel: „Asyl-Praxis vor Gericht“ erschienen ist und von Wolfgang Rössler und Jochen Bendele verfasst wurde. Er beschäftigt sich mit den Folgen eines Vorfalls, bei dem mutmaßlich in eine „Schlägerei“ zu Silvester verwickelte tschetschenische Asylwerber und deren Familien aus Kärnten nach Traiskirchen gebracht werden sollten. Sechs Personen bestiegen den Bus, 22 Personen weigerten sich. Der Bus wurde von der Polizei gestoppt und die Familie in ein Asylquartier in Wolfsberg gebracht. Den 22 Personen, die sich weigerten, drohte der Entzug der Grundversorgung. Dem folgten nun ein Verfahren vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) sowie eine mögliche Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die im Artikel auch zu Wort kommende Anwältin wirft Landeshauptmann Haider und dem Flüchtlingsbeauftragten Steiner vor, ohne rechtliche Grundlage agiert zu haben. Die Frage, die das Gericht beschäftigt, ist, ob die Flüchtlinge widerrechtlich gezwungen wurden, den Bus zu besteigen oder dies freiwillig getan hätten. Steiner erklärt auf diese Vorwürfe hin, dass der Großteil der betroffenen Asylwerber straffällig wurde, auch wenn nur wenige verurteilt wurden. Der Artikel fasst die bereits vorhergegangene Berichterstattung zu den so genannten „Abschiebungen“ zusammen und hält die daran geäußerte Kritik fest.

Der Text ist auf zwei Seiten publiziert und umfasst etwa 300 Wörter. Er ist in einen Einleitungssatz, einen Schlusssatz, einen Zwischentitel sowie vier Absätze gegliedert. Der Artikel verfolgt das Ziel die juristischen Ungereimtheiten im Fall der „Abschiebungen“ der tschetschenischen Familien aufzudecken und lässt dabei die handelnden Personen sowie KritikerInnen zu Wort kommen.

Das Zitat des Flüchtlingsbeauftragten Steiner versucht in diesem Kontext sein Vorgehen zu rechtfertigen, indem er den TschetschenInnen pauschal unterstellt, sie würden in einem Strafverfahren stehen und nach diesem verurteilt werden. Er weiß, dass ein Tatverdacht nicht genügt, um in einem Rechtsstaat Sanktionen zu setzen. Mit diesem Satz drückt er aus, dass das Strafrecht in seinen Augen ungenügend sei und er aus diesem Grund handeln musste. Dabei stellt er indirekt den Bezug zu einem angeblichen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung her, dem er mit seinen Handlungen Genüge getan hätte.

Mit der Verwendung des Wortes „wir“ deutet Steiner an, dass seine Entscheidung von einer

größeren Gruppe getragen würde. Hier wird auf das Wissen der LeserInnen, dass Steiner Landesbediensteter ist, angespielt, und damit die Annahme gestärkt, die Landesregierung stünde hinter seiner Entscheidung. Mit der vorherigen Verwendung des Wortes „straffällig“ und der weiteren Verwendung des Wortes „Strafverfahren“ suggeriert Steiner, dass die Betroffenen sich nach dem Strafgesetz schuldig gemacht hätten und er dies ohne ein Urteil feststelle könne. Dies betont Steiner, indem er das Wort Tatverdacht verwendet. Das Wort selbst eröffnet einen Konnex zu einer Sprache, die der Polizei und der Justiz zugeordnet wird. Würde Steiner nur „Verdacht“ verwenden, so wäre dies ein allgemeines Wort, das möglicherweise Zweifel an seinem Handeln aufkommen lassen könnte. Durch das Wort „Tatverdacht“ bringt er sich sprachlich mit den Rechtsorganen des Staates in Verbindung und unterstreicht so seine Legitimation Handlungen in diesem Bereich zu setzen.

Inhaltlich-ideologisch lässt diese Aussage darauf schließen, dass Steiner entweder rechtsstaatliche Normen prinzipiell in Frage stellt und sich daher nicht verpflichtet fühlt, nach diesen zu agieren, oder dass er auf Grund von Vorurteilen oder Vorwissen keinen Grund sieht, diese bei AsylwerberInnen anzuwenden.

Steiner vermittelt mit dieser Aussage, dass er über Wissen über die betroffenen AsylwerberInnen verfügt, über das die LeserInnen nicht verfügen. Seine Botschaft ist daher, dass er dieses Wissen einsetzen wird, um die LeserInnen vor möglicherweise drohenden Gefahren zu bewahren, die er als Experte abschätzen kann. Durch die Verwendung des Wortes „wir“ bietet er den LeserInnen eine Möglichkeit zur Identifikation und betont sein rechtmäßiges Handeln.

Die Aussage gliedert sich in eine Reihe von Aussagen ein, in der AsylwerberInnen in einen Zusammenhang mit Straftaten gebracht werden. Der Terminus „straffällig“ ist dafür symptomatisch. Mit der Verbindung von Kriminalität und Asyl spricht Steiner das Sicherheitsbedürfnis der Menschen an. Er erklärt einerseits, dass eine Bedrohung existiert (was durch die Polizeisprache „Tatverdacht“ unterstützt wird), und bietet andererseits sein Handeln als Lösung an. Damit trägt er dazu bei im asylpolitischen Diskurs das Thema „Sicherheit“ zu einer zentralen Fragestellung zu machen, über die in weiterer Folge auch von anderen AkteurInnen diskutiert wird.

Haider: „Viel wichtiger sei es, den Islamisten klar zu machen, dass sie sich im Land zu integrieren und an unsere europäische Kultur anzupassen hätten.“ (Jörg Haider, OTS, 15.01.2008)

Diese Aussage wurde von dem damaligen Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, am 15.1. in einer APA-OTS-Aussendung getätigt. Aussenderin ist die Kärntner Landesregierung. Die Aussendung umfasst etwa 430 Wörter. Sie besteht aus vier Absätzen sowie einer Resolution, die wiederum in vier Punkte gegliedert ist.

Haider fordert in seiner Aussendung eine Verschärfung der Gesetzeslage, um auch als Landeshauptmann gegen „gewalttätige Asylsuchende“ vorgehen zu können. Daher beschloss das Kollegium der Kärntner Landesregierung an Minister Platter. (Satz?) Haider erklärt seine Forderungen damit, dass die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden müsse. In seiner Erklärung beschreibt er, dass er Religionen nicht in die Debatte mit einbeziehen möchte, und erklärt, dass es keine Moscheen und Minarette in Kärnten geben dürfe. Im nächsten Absatz beschreibt Haider weiter die Forderungen der Landesregierung nach einer Verschärfung des Asylrechts gegenüber „gewalttätigen Tschetschenen“. Die von Haider getätigte Aussage scheint auf den ersten Blick aus dem Zusammenhang gerissen; es ist nicht ganz klar, warum in einer Aussendung über TschetschenInnen Aussagen über die Integration von Muslimen getroffen werden. Dabei wird auf eine Diskussion, die in Kärnten/Koroška im Sommer 2007 geführt wurde, hingewiesen. Damals forderte Haider ein Minarettverbot in Kärnten, welches auf Grund der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit nicht durchsetzbar war. Darüber hinaus verknüpft die Aussage die aktuelle Diskussion in Kärnten/Koroška rund um TschetschenInnen mit dem bundesweit bzw. international geführten Diskurs über MuslimInnen nach dem 11. September. Dabei weist Haider auf die Gefährdung der Sicherheit der KärntnerInnen hin, die durch TschetschenInnen sowie durch MuslimInnen gegeben sei. Er benutzt ein Bild - die MuslimInnen -, das in der Öffentlichkeit klar in Verbindung mit Fragen der Sicherheit steht. Durch die Beziehung auf den bereits bekannten Diskursstrang stellt er die Bedrohung, die von TschetschenInnen ausgehen würde, auf eine Stufe mit jener, die von MuslimInnen ausgehen würde, und verdeutlicht damit die Relevanz des Themas gegenüber den LeserInnen. Es hat also eine Fährenfunktion für das Thema „Sicherheit und TschetschenInnen“.

Das Zitat selbst spielt auf den Integrationstopos an. Es wird angenommen, dass in Europa eine homogene Kultur herrsche, an welche sich MigrantInnen anzupassen hätten. Dabei übernimmt Haider Elemente eines rassistischen Diskurses, der von einer „zweiten Natur“, einer homogenen Kultur und Ethnie eines konstruierten“ Volks“ ausgeht (vgl. Schiedl 2007, Hall, Balibar). „Unsere europäische Kultur“ wird dabei als einer anderen, muslimischen Kultur überlegen angenommen. Daher hätten sich MigrantInnen auch in diese einzufügen und sich anzupassen, also zu assimilieren.

Mit den Wörtern „wir müssen ihnen etwas klar machen“ impliziert Haider, dass „die Anderen“ nicht verstehen würden, worum es ginge. Dabei wird nicht ein freundschaftlich anmutendes Verb wie „erklären“ verwendet, sondern das harte, „etwas klar machen“. Der Konjunktiv am Ende des Satzes verstärkt die Härte und Eindeutigkeit der Aussage weiter. Implizit wird damit vermittelt, dass diese Härte auch nötig sein könnte, dass sich MuslimInnen also nicht anpassen wollten und ihnen daher „klar gemacht“ werden muss, wie sie sich zu verhalten haben.

Die vermittelte Botschaft der Aussage scheint, dass MuslimInnen sich nicht integrieren wollten. Dabei wird die Aussage als Fähre genützt, um die Aufmerksamkeit auf die in Kärnten/Koroška lebenden TschetschenInnen zu lenken. Im Hinblick auf den asylpolitischen Diskurs wurde damit die Bedrohung, die von TschetschenInnen ausgehen würde, einmal mehr unterstrichen und Politik, die gegen TschetschenInnen agiert, legitimiert. Gleichzeitig wurde mit der Aussage wieder die Debatte rund um MuslimInnen im Jahr davor in Erinnerung gerufen, was angesichts des im Februar 2008 beschlossenen „Minarettverbots“ in Kärnten/Koroška möglicherweise als Teil einer Medienstrategie verstanden werden kann.

Strauß: „Ein Asylantenzentrum passt nicht in unser Konzept als Tourismus- und Wirtschaftsregion“ (Jakob Strauß, Bürgermeister Sittersdorf (SPÖ), Kleine Zeitung, 28.06.2009).

Jakob Strauß wird als Bürgermeister von Sittersdorf und SPÖ Bezirksparteichef in einem Artikel der Kleinen Zeitung zitiert. Der Artikel erschien am 28.06.2009 und wurde von Andrea Bergmann verfasst. Der Artikel umfasst etwa 210 Wörter und ist in drei Absätze gegliedert. Er erschien unter dem Titel „Starke Abwehrfront für Asylheim“. Darin werden die Reaktionen auf das Interesse von zwei Bürgermeistern, ein Erstaufnahmezentrum für AsylwerberInnen in ihrer Gemeinde zu errichten, kritisiert. Im ersten Absatz spricht sich Landeshauptmann Dörfler[18] gegen die Pläne aus, im zweiten Jakob Strauß. Im dritten Absatz halten die beiden Bürgermeister an ihrem Interesse fest.

Strauß spricht von einem „Asylantenzentrum“ und damit von „Asylanten“. Damit verwendet er nicht - wie sonst häufig üblich - den Begriff AsylwerberIn, sondern einen Begriff, der tendenziell

[18] Gerhard Dörfler sagt dies noch drastischer, indem er erklärt, dass der Kurort „durch ein Asyllager“ „zerstört“ werden würde.

verwendet wird, um damit Personen abzuwerten.. Oder wie Ottomeyer schreibt: der Begriff „Asylwerber“ wird in „Asylant“ umgeformt und negativ konnotiert, damit wird die Anti-Über-Ich-Aggression gegen die so bezeichnete Gruppe erleichtert (Ottomeyer, 2000, 29).

Mit dem Verb „passen“ verweist Strauß auf den Diskursstrang der Integration und des Anpassens, die AsylwerberInnen in diesem Diskurs häufig abgesprochen wird, und verdeutlicht damit seine ablehnende Haltung. Gleichzeitig reißt Strauß damit die Definitionsmacht über Personen oder Einrichtungen, die passend oder nicht passend sind, an sich. Er erklärt dies aus einem Konzept für die Region heraus, dem Konzept einer „Tourismus-und Wirtschaftsregion“. Diese Beschreibung eines „Konzepts“ ist sehr wage und allgemein gehalten und könnte genauso Argument für ein Erstaufnahmezentrum sein. Dennoch impliziert Strauß, dass ein Erstaufnahmezentrum diesem Konzept widersprechen würde[19]. Strauß argumentiert gegen die Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen und spricht dabei von der Bedrohung eines „Konzeptes“, implizit erklärt er damit das Erstaufnahmezentrum sowie die dort möglicherweise wohnenden AsylwerberInnen zu einer Bedrohung. Dieses Bedrohungsszenario spielt auf den Sicherheits- und Kriminalitätstopos an, ohne diesen explizit zu benennen. Dabei kann Konzept als „Code“ für Kultur verstanden werden. Das Konzept ist das Selbstverständnis der Region, die Kultur, in der sich die Region sieht. Menschen, die möglicherweise nicht aus dieser „Kultur“ kommen, würden diese gefährden und könnten diese in Frage stellen.

Strauß Aussage ist typisch für die Diskussion um die Erstaufnahmestelle in Kärnten/Koroška, in der das Erstaufnahmezentrum als Bedrohung gezeichnet wurde, gegen die es anzukämpfen gilt, ohne genauer zu diskutieren, warum es bedrohlich sein könnte.

Scheuch: „Unser Abwehrkampf hat sich also gelohnt!“ (Kurt Scheuch, OTS, 19.12.2009).

Die OTS-APA-Presseaussendung wurde am 19.12.2009 vom Freiheitlichen Landtagsklub in Kärnten veröffentlicht. Klubobmann Kurt Scheuch wird in der Aussendung, die zwei Absätze und etwa 70 Wörter umfasst, zitiert. Er reagiert mit seiner Aussendung auf die Ankündigung der Innenministerin, das Erstaufnahmezentrum für AsylwerberInnen im Burgenland zu errichten. In den Monaten zuvor fand eine breit geführte Diskussion über die Möglichkeit in Kärnten/Koroška

[19] Zeitungsberichten zufolge sprach Stefan Petzner in diesem Zusammenhang von einem „Lager, in dem Leute konzentriert werden sollen“. Dies dementierte er allerdings. Die Assoziation blieb allerdings erhalten (vgl. Ottomeyer 2009, 126).

eine Erstaufnahmestelle zu eröffnen statt, bei der sich die FPK sowie weiter AkteurInnen gegen diese ausgesprochen hatten.

Scheuchs Aussage beginnt mit dem Wort „unser“ und impliziert damit eine größere Gruppe, die sich gegen das Erstaufnahmezentrum gestellt hätte. Diese Gruppe sei aktiv geworden und hätte einen „Abwehrkampf“ geführt. Das Wort Abwehrkampf bezieht sich auf den Kärntner Gründungsmythos, den „Abwehrkampf“ gegen den nach dem Ersten Weltkrieg Gebietsansprüche stellenden jugoslawischen Staat. Dieser „Abwehrkampf“ ist bis heute als Landesfeiertag installiert und ist ein zentrales Element der Kärntner Identität. Mit der Verwendung dieses Begriffs stellt sich Scheuch also in die Tradition der „Kärntner Helden“ (vgl. Koroschitz/Rettl 2006) und verwendet so eines der stärksten Kollektivsymbole, die auf Kärntner Identität anspielen können. Mit dem Satz stellt sich Scheuch als Sprecher aller KärntnerInnen dar, die mit ihm gemeinsam diesen „Abwehrkampf“ gegen das Erstaufnahmezentrum geführt hätten. Der „Lohn“ dafür sei, dass es nun kein Erstaufnahmezentrum in Kärnten/Koroška gäbe, sondern im Burgenland. Mit seiner Aussage spricht Scheuch indirekt ein Lob an alle KärntnerInnen aus, die mit ihm gegen die Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen eingetreten seien, und erklärt, dass ein gemeinsames Freuen nun angebracht sei. Damit appelliert er an die Kärntner Identität, verdeutlicht und verstärkt dieses Kärntner „Wir“, indem er auf den Abwehrkampf verweist.

Auf den weiteren Diskurs nahm diese Aussage Scheuchs keinen Einfluss, da einerseits die Diskussion über das Erstaufnahmezentrum damit in Kärnten/Koroška weitgehend beendet war, andererseits da dieser Beitrag hauptsächlich an die Kärntner Identität und weniger an die asylpolitische Diskussion appellierte.

Matthias Steiner (FPÖ): „Es kann doch nicht sein, dass jene mutmaßlich straffälligen Asylwerber mehr Rechte erhalten als sozial in Not geratene Kärntnerinnen und Kärntner, denen eine weit bessere Behandlung auch seitens des Landes zustehen würde.“ (Matthias Steiner, OTS, 23.12.2008)

Die Presseaussendung von FPÖ-Landesgeschäftsführer Matthias Steiner erschien am 23.12.2008 und wurde vom Parlamentsklub der FPÖ versandt. Die Aussendung besteht aus drei Absätzen und umfasst etwa 160 Wörter.

Steiner reagiert in seiner Presseaussendung auf den Protest der Asylwerber, die von der Saualm

nach Klagenfurt gefahren waren, um mit dem Flüchtlingsbeauftragten über ihre Situation zu sprechen. In seiner Aussendung lehnt er die Protestaktion als „Anmaßung“ ab und kritisiert die Unterstützung der Asylwerber durch die Grünen sowie deren Forderung nach mehr Rechten für AsylwerberInnen. Die zitierte Aussage ist der Schlusssatz.

Mit dem Einleitungssatz „Es kann doch nicht sein“ drückt Steiner seine Haltung als Reaktion auf den Protest aus und leitet gleichzeitig die Vorwürfe, die er in der weiteren Aussage formuliert, ein. Er bezeichnet Asylwerber als „mutmaßlich straffällig“ und verwendet mit „straffällig“ einen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška häufig gebrauchten Begriff. Dieser Begriff existiert rechtlich nicht, bringt AsylwerberInnen aber in einen direkten Zusammenhang mit Kriminalität. Durch das Wort „mutmaßlich“ wird dies abgeschwächt, der Konnex aber nicht aufgelöst. Im weiteren Verlauf der Aussage spricht Steiner von „Rechten“ und reagiert damit auf die Forderung von NGOs und den Grünen nach mehr Rechten für AsylwerberInnen. Dieser Forderung entzieht er die Legitimation, indem er sie mit den Rechten von „sozial in Not geratenen Kärntnerinnen und Kärntnern“ in Zusammenhang bringt. Seine Aussage lässt die Annahme zu, dass AsylwerberInnen tatsächlich mehr Rechte erhalten würden, KärntnerInnen aber nicht. Im Nachsatz fordert er eine „weit bessere Behandlung“ der KärntnerInnen, auch „seitens des Landes“. Damit greift er die Sozialpolitik des Landes Kärnten an und unterstellt dieser, sich nicht genügend für „sozial in Not geratene“ KärntnerInnen einzusetzen. Durch das Wort „weit“ unterstreicht er diese Forderung. Das Wort „auch“ lässt die Vermutung zu, dass er nicht nur das Land dazu auffordert, sich der KärntnerInnen anzunehmen, sondern auch andere Stellen, wie beispielsweise NGOs oder die Bundesregierung.

Mit der Gegenüberstellung von den Rechten der AsylwerberInnen zu jenen der KärntnerInnen spricht Steiner das Thema „Neid“ an. Den KärntnerInnen wird suggeriert, dass sie ungerecht behandelt würden.

Diese Aussage hat auf den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška nur kurzzeitigen Einfluss. Der Großteil des Diskurses befasst sich, wie die bisherigen Analysen zeigen, nicht mit dem Thema Neid. Dies gilt allerdings nicht für den Wahlkampf im Frühling 2009 in Kärnten/Koroška. Im Februar 2009 erscheinen Annoncen in Kärntner Medien der FPÖ, in denen vorgerechnet wird, welche Sozialleistungen tschetschenische AsylwerberInnen angeblich bekommen würden[20].

[20] In dem erwähnten Sujet wird darüber hinaus besonders auf den Diskurs zu TschetschenInnen angespielt. Zur Unrichtigkeit und Irreführung der Annonce vgl. Ottomeyer 2009, 139

11.2. Recht auf Rechte? Gegendiskurse.

Aussagen von AkteurInnen, die sich nicht in den oben beschriebenen hegemonialen Diskurs über Asylpolitik einordnen lassen, sind als Gegendiskurs zu verstehen (vgl. Jäger 2004, 129). Diese Diskurse werden von verschiedenen AkteurInnen geführt. Hauptsächlich werden dahingehend zuzuordnende Aussagen von NGOs bzw. dem Zusammenschluss mehrerer NGOs, dem Aktionskomitee für Menschlichkeit und Toleranz sowie von den Grünen geführt. Dabei sind die Aussagen schwer zu trennen, da der Grüne Landessprecher Rolf Holub auch Sprecher des Aktionskomitees ist. Etwa 20 Prozent aller Aussagen sind diesen AkteurInnen zuzuordnen. Der Gegendiskurs ist geprägt von der Konstruktion der KärntnerInnen als die Menschenrechte achtende und hilfsbereite Gruppe. AsylwerberInnen werden in diesem Diskurs als instrumentalisiert und als Opfer beschrieben.

Holub: „Wenn diese Leute so kriminell wären, dann würden sie ja im Gefängnis sitzen. Aber Dörfler versucht, eine Art „Zwischenrechtswelt“ zu schaffen – die er für den Wahlkampf ausnützen kann. Hier werden die Asylwerber missbraucht und auch die Mehrheitsbevölkerung“ (Rolf Holub, Kleine Zeitung, 03.01.2009).

Das Zitat stammt vom Landessprecher der Kärntner Grünen, Rolf Holub, der auch mehrfach als Sprecher des Aktionskomitees für Menschenrechte und Toleranz – einem Zusammenschluss von NGOs – auftritt. Er wurde im Zuge der Diskussionen rund um die Protestaktion, bei der 16 Asylwerber die Saualm verließen, interviewt. Das Interview erschien am 03.01.2009 in der Kleinen Zeitung. Oben stehende Aussage ist aus seiner Antwort auf die Frage „Was ist so problematisch am Saualm-Heim?“ entnommen.

Das Interview besteht aus fünf Fragen, die Antworten umfassen etwa 100 Wörter; es erschien zeitgleich mit weiteren Artikeln zur Saualm auf Seite 19 der Kleinen Zeitung.

Die Aussage von Holub bezieht sich auf den Vorwurf seitens der Landesregierung, die AsylwerberInnen, die auf der Saualm untergebracht wurden bzw. werden sollten, wären kriminell. Holub reagiert auf dieses Argument, indem er sich auf den Rechtsstaat bezieht. Durch die Verwendung des Konjunktives verdeutlicht er die Aussage, dass die Kriminalität der

AsylwerberInnen spekulativ und unbelegt sei, da sie nicht von rechtsstaatlichen Instanzen geprüft wurde. Durch die Verwendung des Wortes „so“ verstärkt er diesen Effekt. Indem er im Nebensatz ein Ja einfügt, wird die Aussage, dass Holubs Schlussfolgerung richtig sei, unterstützt.

Im zweiten Satz formuliert Holub zwei Vorwürfe gegenüber Landeshauptmann Dörfler. Er wirft ihm vor nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien zu agieren, sondern Recht selbst auszulegen, also eine „Zwischenrechtswelt“ zu „schaffen“. Damit und mit dem Verb „versucht“ macht Holub deutlich, dass die Bezugspunkte von Dörfler konstruiert seien. Durch den Nachsatz erklärt er gleich, aus welchem Grund diese Konstruktion seiner Meinung nach geschieht, nämlich um sie im Wahlkampf zu nützen. Mit dem Wort „ausnützen“ stellt Holub die moralische Legitimität der Handlungen Dörflers in Frage. In seinem dritten Satz definiert Holub das zuvor erwähnte Ausnützen, indem er das Verb „missbrauchen“ verwendet. Missbrauch ist im asylpolitischen Diskurs mit dem Missbrauch von AsylwerberInnen gegenüber der Kärntner Gesellschaft in Verbindung gebracht. Holub benutzt das Wort anders, indem er Dörfler den Missbrauch vorwirft und AsylwerberInnen und KärntnerInnen auf zu einer Gruppe der „Missbrauchten“ macht.

Das Wort „Mehrheitsbevölkerung“ ist eng mit dem Volksgruppendiskurs in Kärnten/Koroška verbunden (vgl. Ottomeyer 2009). Mit diesem Wort wird verdeutlicht, dass es in Kärnten/Koroška keine einheitliche Bevölkerung gibt, sondern diese in (zumindest) zwei Gruppen zu teilen ist, wovon eine mehr Rechte für sich beansprucht als die andere. Die Verwendung dieses Begriffs in der Asylpolitik ist neu und ist möglicherweise ein Appell an jene KärntnerInnen, die sich auch im Volksgruppendiskurs als „Mehrheitsbevölkerung“ verstanden haben.

Holub appelliert einerseits an das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit der LeserInnen, andererseits versucht er eine eigene „Wir“-Gruppe zu definieren, jene der Menschen, die von Dörfler missbraucht werden. Er reagiert damit auf die Aussagen Dörflers über AsylwerberInnen und versucht diese zu delegitimieren, indem er Dörfler das Rechtsverständnis abspricht und ihm vorwirft, die Bevölkerung zu missbrauchen. Dazu benützt er im asylpolitischen Diskurs, aber auch in anderen Diskursen verwendete Begriffe und stellt diese in einen anderen Zusammenhang bzw. versucht sie umzudeuten.

Im weiteren Diskurs wurde die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Landesregierung abermals diskutiert. Damit hatte Holubs Argument Einfluss auf den weiteren Diskursverlauf. Der wahlkampfpolitische „Missbrauch“ des Themas bzw. der Bevölkerung fand hingegen kaum mehr Erwähnung im weiteren Diskurs in Kärnten/Koroška.

Gladysch: „In Tschetschenien wird der Gast wie ein König behandelt, schläft im schönsten Bett. Die Gastgeber nächtigen auf der Erde. Man wird reichlich bewirtet, man hört dem Gast zu und niemand verlässt das Haus ohne Geschenk. Es wäre schön, wenn die Tschetschenen in der Fremde auch so behandelt würden.“ (Barbara Gladysch, Kleine Zeitung, 05.08.2009).

Das Zitat von Barbara Gladysch wurde in einem Interview in der Kleinen Zeitung vom 05.08.2009 veröffentlicht. Es wurde von Elke Fertschey geführt. Barbara Gladysch wird als Expertin für Tschetschenien vorgestellt, da sie dort als Menschenrechtsaktivistin arbeitet.
Das Interview hat etwa 250 Wörter und besteht aus einem einleitenden Absatz sowie vier Fragen an Gladysch. Das Interview fragt nach Fluchtgründen von tschetschenischen AsylwerberInnen und nach dem Vorurteil, dass TschetschenInnen gewalttätig seien, was Glaydsch zurückweist. Sie fordert eine Möglichkeit für TschetschenInnen ein in Österreich zu arbeiten. Das obige Zitat ist eine Antwort auf die letzte Frage des Interviews: „Was können wir von Tschetschenen lernen?“.
Mit ihrer Beschreibung des Verhaltens von TschetschenInnen gegenüber Gästen sowie ihrem Schlussappell spielt Gladysch auf den in Kärnten herrschenden Diskurs über die Unterbringung von AsylwerberInnen an. Bereits mehrfach wurde medial davon berichtet, dass AsylwerberInnen in schlechten Verhältnissen leben würden. AsylwerberInnen gelten als arm und als Opfer. Dieses Bild ruft Gladaysch mit ihrer Aussage implizit in Erinnerung. Die Aussage verfolgt scheinbar das Ziel, LeserInnen zu animieren, sich in die Perspektive von tschetschenischen AsylwerberInnen hineinzuversetzen und so die Empathie für TschetschenInnen zu steigern.
Mit der Verwendung der Metapher „wie ein König behandelt“ verwendet Gladysch eine allgemein verständliche Kollektivsymbolik, die für einen überaus zuvorkommenden Umgang mit einer Person steht. Um diese Symbolik zu unterstreichen benützt sie ein Bild, in welchem LeserInnen sich vorstellen können, was es bedeuten, würde bei einer tschetschenischen Familie zu Gast zu sein. Die Verwendung der Metapher des Königs ruft das Vorwissen der LeserInnen über Märchen in ihrer Kindheit hervor. Der König gilt in Märchen, die eine klare Struktur von „gut“ und „böse“ zeichnen, als gütige, weise Person und ist vorwiegend positiv besetzt. Damit wird es LeserInnen erleichtert sich empathisch zu zeigen. Sie können sich mit dem Symbol des positiv besetzten, reichen Königs identifizieren.
Der Nachsatz „Es wäre schön, wenn...“ erlangt durch die „Fährenfunktion“ des davor gezeichneten Bildes besondere Aufmerksamkeit. Er ist eine Störung im positiven Bild, in das die Lesenden sich gerne hineinversetzen möchten. Durch den Konjunktiv der Verben wird deutlich, dass die Situation wünschenswert wäre, aber nicht so ist.
Ein weiteres Substantiv im Nachsatz wirkt verstörend, das Wort „Fremde“. Während ein großer Teil der LeserInnen die „TschetschenInnen“ als „die Fremden“ betrachtet, wird nun daran erinnert,

dass für TschetschenInnen Kärnten fremd ist. Durch das davor gezeichnete Bild von Gastfreundlichkeit könnten sich LeserInnen in erlebte Situationen, in welchen sie „fremd“ waren, versetzt fühlen.

Gladysch vermittelt über ihre Aussage ein positives und egalitäres Menschenbild. Sie stellt die Frage, warum nicht alle Menschen „wie Könige“ behandelt werden. Gleichzeitig arbeitet sie stark mit Bildern und Stereotypen, die keine Differenzierung zwischen TschetschenInnen zulassen.

Gladysch vermittelt die Botschaft: So wie du behandelt werden willst, behandle auch andere. Sie appelliert an das Wissen der LeserInnen, dass dieses Credo nicht erfüllt ist, und regt dazu an sich aus Empathie für TschetschenInnen heraus für eine egalitärere Behandlung von AsylwerberInnen einzusetzen. Auf den diskursiven Kontext hatte diese Aussage meiner Meinung nach wenig Einfluss.

Smrtnik: „Jetzt müssen wir uns alle Vor- und Nachteile anschauen und sehr sensibel mit der Thematik umgehen. Es geht auch um Humanität, um Menschen und nicht um Schwerverbrecher“ (Franz Josef Smrtnik, Bürgermeister Bad Eisenkappel (EL), Kleine Zeitung, 27.06.2009).

Diese Aussage stammt aus einem Artikel der Kleinen Zeitung vom 27.06.2009, der von Andrea Bergmann verfasst wurde. Er hat den Titel „Haben Interesse am Asylheim“, umfasst etwa 240 Wörter und ist in einen Einleitungssatz sowie vier Absätze gegliedert. Er befasst sich mit dem Interesse der Bürgermeister von Eisenkappel und Neuhaus eine Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen in ihrer Gemeinde zu errichten, da diesen Gemeinden wirtschaftliche Begünstigungen durch das Innenministerium zugesichert worden wären. Das Zitat stammt von Franz Josef Smrtnik, dem Bürgermeister von Eisenkappel, der einer Kärntner slowenischen Partei angehört, der Enotna Lista (EL).
In seiner Aussage spricht Smrtnik von den Vor- und Nachteilen des Erstaufnahmezentrums und beschreibt, dass „wir“ uns diese „anschaun“. Damit spricht er von einer „Wir“ - Gruppe, die nicht näher definiert ist, suggeriert aber, dass sich mehrere Menschen mit dem Projekt befassen würden. Im konkreten Fall bedeutet das wahrscheinlich, dass der Gemeinderat von Eisenkappel die Möglichkeit einer Erstaufnahmestelle prüfen muss. Im weiteren Satz meint er, dass „sensibel mit der Thematik“ umgegangen werden müsse. Smrtnik erklärt damit sein Wissen um bereits vergangene Diskussionen zu möglichen Asylquartieren in Kärnten/Koroška und appelliert mit dieser Aussage an mögliche KritikerInnen. Durch das Versprechen „sensibel“ zu sein und „Vor- und Nachteile“ abzuwägen, scheint er mögliche GegnerInnen beruhigen zu wollen. In seinem nächsten Satz positioniert Smrtnik sich im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška, indem er

erklärt, dass es hier um „Humanität, um Menschen“ gehen würde. Damit nimmt er Bezug auf den Diskurs in Kärnten/Koroška über das Erstaufnahmezentrum, der sich, wie die Analyse zeigt, nur in wenigen Fällen um AsylwerberInnen als Menschen dreht, und kritisiert diesen.
Mit dem Begriff der „Humanität“ appelliert Smrtnik an die LeserInnen, die sich selbst als „hilfsbereit“ sehen, und spricht gleichzeitig die Diskussion rund um Menschenrechte von AsylwerberInnen an.
Mit dem Nachsatz „und nicht um Schwerverbrecher“ erwähnt Smrtnik einen weiteren Diskursstrang im asylpolitischen Diskurs, in welchem AsylwerberInnen häufig mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden. Durch die Überhöhung dieses Vorurteils kritisiert er dieses und stellt es als absurd dar.
Smrtinik beschwichtigt in dieser Aussage mögliche KritikerInnen und formuliert gleichzeitig Kritik an diesen, indem er ihre Argumentationen überhöht und so als Übertreibung darstellt.

Auf den weiteren asylpolitischen Diskurs hat seine Aussage nur sehr begrenzt Einfluss. Zwar beteiligt er sich an einer Diskurskoalition mit weiteren NGOs und den Grünen, die sich für Solidarität und Menschenrechte einsetzen, das Infragestellen des Kriminalitätstopos wird aber kaum weiter geführt. Die von Smrtnik in diesem Artikel beschriebenen möglichen Vorteile eines Erstaufnahmezentrums werden nur noch kurzfristig und lokalpolitisch diskutiert. Von anderen AkteurInnen wird auf diese nicht eingegangen.

11.3. Nebendiskurse – ein anderes Anderes

Im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška zeigen sich wie oben beschrieben klare Konstruktionen eines Kärntner „Wir“ und eines „Anderen“, die AsylwerberInnen. Darüber hinaus gibt es Nebendiskurse, in welchen ebenfalls ein „Wir“ und ein „Anderes“ verhandelt werden.

Am deutlichsten ist dieser Nebendiskurs als Konstruktion eines Kärntner „Wir“ in Abgrenzung von einem „Anderen“, der Bundesregierung, sichtbar. Besonders der Vorbildtopos behandelt diese Beschreibung häufig. Dabei wird einerseits das Vorgehen der Bundesregierung generell hinterfragt, andererseits die reale oder potentielle Einflussnahme der Bundespolitik auf die regionale Politik kritisiert. Häufig ist dieser Nebendiskurs beispielsweise im Diskursereignis um die Abschiebung von tschetschenischen Familien nach Traiskirchen oder um Errichtung einer Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška zu beobachten. Rund um das Diskursereignis der Saualm wurde dieser Nebendiskurs auch öfter geführt, weniger um Kritik abzuwenden, sondern vielmehr um die Asylpolitik der Bundesregierung zu kritisieren und dabei gleichzeitig die eigene Politik als positives Beispiel zu platzieren. „Das Projekt Saualm findet großes Interesse und Kärnten wird um diese Sonderbetreuungseinrichtung für schwierige Asylwerber beneidet. Die Innenministerin müsse

die straffälligen Asylwerber einfangen und zurückschicken.“ (Dörfler, OTS, 26.01.2009).

Die Saualm war auch ein Kristallisationspunkt eines weiteren Nebendiskurses, der einerseits ein Kärntner“ Wir“ und andererseits eine „Anderes“ als die KritikerInnen dieses „Wir“ konstruierte. Die Anderen wurden in diesem Fall KärntnerInnen, die sich in NGOs oder als Einzelpersonen für AsylwerberInnen einsetzen. So erklärte Dörfler beispielsweise bei der Einführung des neuen Grundversorgungsgesetzes, dass damit Schlupflöcher für „spitzfindige Juristen“ geschlossen werden sollen (Dörfler, OTS, 08.03.2010). Darüber hinaus wurden die „Anderen“ auch Menschen, die sich europaweit oder bundesweit asylpolitisch engagierten und aus dieser Perspektive die Kärntner Asylpolitik hinterfragten.

Der dritte Nebendiskurs über Asylpolitik in Kärnten/Koroška lässt sich in der Diskussion der politischen AkteurInnen untereinander feststellen. Vor allem im Wahlkampf, aber auch zu anderen Zeitpunkten wurden Vorwürfe der AkteurInnen gegeneinander formuliert. So wurde dem BZÖ bzw. der Landesregierung häufig vorgeworfen, AsylwerberInnen zu instrumentalisieren, sie „politisch zu missbrauchen“ (Kleine Zeitung, 03.01.2009). Den gleichen Vorwurf gab es beispielsweise bei der Saualm auch gegenüber den Grünen. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten den Protest der AsylwerberInnen organisiert, um die Aufmerksamkeit hinsichtlich des Themas für sich zu nützen. So warf ihnen Dörfler vor, sie würden eine „Asylshow“ und „inszenierte Menschlichkeit“ (Kleine Zeitung, 03.01.2009) veranstalten.

Der Landesregierung wurde häufig vorgeworfen, nicht gemäß den geltenden Rechtsnormen zu agieren. Aus diesem Grund wurden auch mehrere Anzeigen eingebracht, die teilweise zu Verhandlungen führten.

12. Ergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der vorangegangenen Diskursanalyse beschrieben. Zunächst wird der gesamte Diskursverlauf dargestellt und analysiert. Dabei zeigt sich im Vorfeld der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2009 sowie im Frühling 2010 eine Steigerung an Aussagen im Diskurs.. Der Steigerung im Vorfeld der Wahlen wird im darauf folgenden Kapitel besondere Beachtung geschenkt.
In einem weiteren Teil steht die Frage der AkteurInnen im Mittelpunkt. Die unterschiedlichen AkteurInnen werden beschrieben, um schließlich die Häufigkeit ihrer Aussagen sowie ihre Positionen im Diskurs zu analysieren. Dabei ist auffällig, dass einzelne AkteurInnen kaum SprecherInnenposition haben, vor allem AsylwerberInnen sind davon betroffen. Ein weiterer Abschnitt befasst sich mit der Frage der SprecherInnenpositionen.
Im nächsten Teil wird auf die Inhalte des Diskurses eingegangen; es werden die häufig analysierten Spannungsfelder herausgearbeitet.
Eine Frage, die einer gesonderten Behandlung bedarf, ist jene, ob der asylpolitische Diskurs in Kärnten/Koroška rassistisch ist. In einem eigenen Teil wird dieser Frage nachgegangen.

12.1. Diskursverlauf

Die Analyse des Verlaufs des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška zeigt, dass Asylpolitik ein durchgängig politisches Thema ist. Quantitativ bleiben die Presseaussendungen in allen drei analysierten Jahren relativ gleich hoch und nehmen 2010 ab. Die Artikel über Asylpolitik nehmen von 2008 auf 2009 stark zu und verdreifachen sich. Sie bleiben 2010 auf einem ähnlich hohen Stand. Die deutliche Zunahme ist dabei nur teilweise auf den Wahlkampf zurückzuführen. Vielmehr gibt es zwei zentrale Diskursereignisse im Jahr 2009 – die Saualm und die mögliche Einrichtung einer Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen, die breit diskutiert werden. 2010 nehmen hingegen Artikel, die keinem bestimmten Diskursereignis zugeordnet werden können, stark zu.

Die jeweiligen analysierten Diskursereignisse beziehen sich häufig aufeinander und sind miteinander verschränkt. Einzelne Ereignisse können als „logische“ Folgen von vorhergegangen Diskursereignissen betrachtet werden.

Die Analyse beginnt mit dem Ereignis einer „Schlägerei“ zu Silvester 2008, an der scheinbar auch Asylwerber aus Tschetschenien beteiligt waren. Dieses Ereignis führte zu einem Diskurs über die

„Gewaltbereitschaft“ von TschetschenInnen und stigmatisierte TschetschenInnen im weiteren Verlauf des Diskurses. Daraufhin entwickelte sich eine Diskussion über den Umgang mit „gewaltbereiten“ und „kriminellen“ AsylwerberInnen. Nachdem der erste „Lösungsansatz“, als solche identifizierte AsylwerberInnen von Kärnten/Koroška nach Traiskirchen zu verbringen, nicht umgesetzt werden konnte, verlagerte sich die Diskussion hin zu einer möglichen „Sonderunterbringung“ für AsylwerberInnen. Diese wurde bereits im Juli 2008 von Haider am Rande einer Landeshauptleutekonferenz vorgeschlagen. Im Oktober 2008 wurde die Saualm eröffnet, und als „Kärntner“ Lösung für den Umgang mit „kriminellen“, „gewaltbereiten“ und „straffälligen“ AsylwerberInnen präsentiert. Damit einhergehend wurde auch das Wort „straffällig“ etabliert und fand Eingang in den weiteren Diskursverlauf. Rund um die Saualm entwickelte sich auch der Gegendiskurs um Rechte von AsylwerberInnen. Die bereits zuvor begonnene Vernetzung zwischen NGOs, Kirchen und den Grünen verfestigte sich im Aktionskomitee für Menschlichkeit und Toleranz. Der Gegendiskurs führte zu einer Diskussion rund um Menschenrechte von AsylwerberInnen und fokussierte vor allem auf die Lebensbedingungen von AsylwerberInnen in Asylquartieren bzw. auf der Saualm. Im Vorfeld der Landtags- und Gemeinderatswahlen verlagerte sich diese Diskussion stärker hin zu gegenseitigen Vorwürfen zwischen parteipolitischen AkteurInnen über die jeweilige Positionierung zum Thema Asylpolitik.

Kurz nach der Landtagswahl verkündete Innenministerin Fekter die Möglichkeit, ein Erstaufnahmezentrum für AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška zu errichten. Daraufhin wurde über mehrere Monate darüber diskutiert, wie dieses zu verhindern sei. Besonders das Interesse von zwei Bürgermeistern, diese Erstaufnahmestelle in ihrer Gemeinde zu errichten, führte zu Diskussionen.

Über den gesamten Zeitraum hinweg gab es zudem einen Diskurs über die rechtlichen Konsequenzen des Verhaltens des Landes Kärnten im Fall der Saualm sowie im Falle des Brandes in einem Asylquartier in Kärnten/Koroška. Mehreren Anzeigen von AsylwerberInnen sowie NGOs wurde nachgegangen und es kam schließlich zu Verhandlungen.

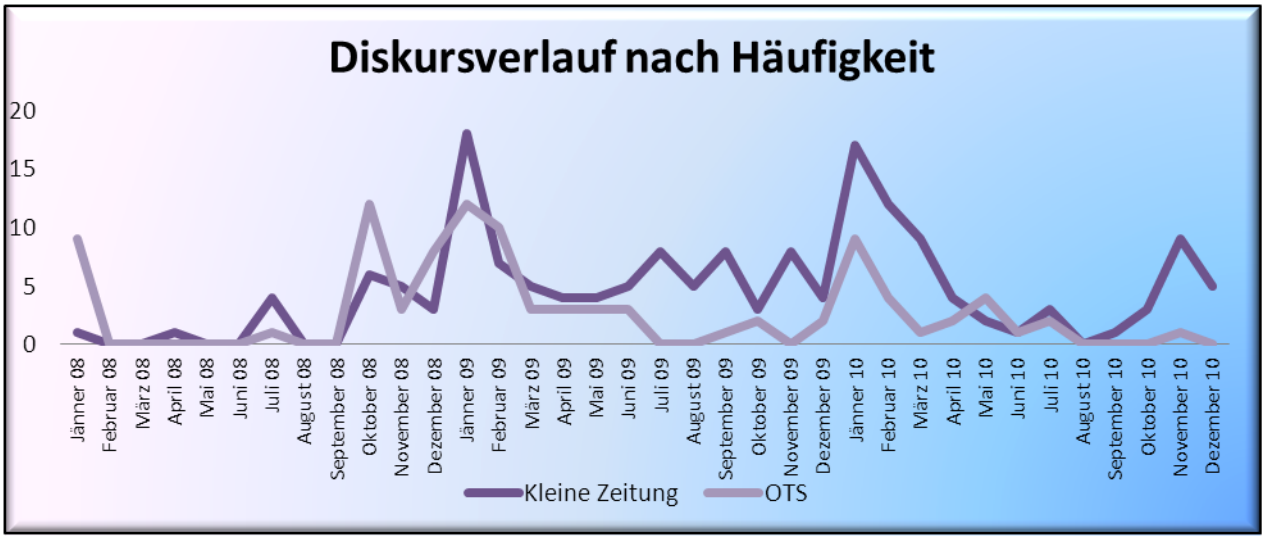
Im Frühling 2010 wurde auf Grund dieser Verhandlungen das Kärntner Grundversorgungsgesetz novelliert. Dabei sollten juristische „Schlupflöcher“ geschlossen werden, was die Rechte von AsylwerberInnen stark einschränkte.

Im Herbst 2010 kam es schließlich zu einer Veränderung der Diskursposition des Landes Kärnten und der FPK. Die Unterscheidung von „integrierten“ Familien und „kriminellen“ AsylwerberInnen spitzte sich zu und wurde von der SPÖ mitgetragen. Diese Veränderung ist wahrscheinlich auf den bundesweiten asylpolitischen Diskurs zurückzuführen.

12.2. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Asylpolitik als Wahlkampfthema

Die Häufigkeit der medialen Aussagen nimmt insgesamt Ende 2008 zu und erreicht den quantitativen Höhepunkt im Frühjahr 2009, also unmittelbar vor der Landtags- und Gemeinderatswahl. Einen weiteren quantitativen Höhepunkt erreicht der Diskurs im Frühjahr 2010. Hier wird zeitgleich über Grundversorgungsgesetz und Erstaufnahmezentrum diskutiert, was zu einer Häufung von Aussagen führt.

Die Steigerung des Themas Asylpolitik im Herbst 2008 und der Höhepunkt kurz vor der Wahl 2009 deuten darauf hin, dass das Thema Asylpolitik bewusst von einem/einer oder mehreren AkteurInnen als Wahlkampfthema gesetzt wurde. Das Mobilisierungspotential von Migrationspolitik als Identitätspolitik scheint von diesen erkannt worden und - neben eigenen Grundsatzpositionen - bewusst eingesetzt worden zu sein.



Grafik 1: Verlauf des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška nach Häufigkeit der Artikel/Presseaussendungen.

Die quantitativen Analysen dieser Arbeit zeigen deutlich, dass Migrationspolitik als Feld von Identitätspolitik im Landtags- und Gemeinderatswahlkampf 2009 eine Rolle spielt. Die mediale Aufmerksamkeit für das Thema Asylpolitik war sowohl im Vorwahlkampf im Herbst 2008 präsent als auch im Wahlkampf im Frühling 2009. Jene politischen AkteurInnen, deren inhaltliche

Grundsatzpositionen sich am stärksten mit nationalistischer Politik befassen, – PolitikerInnen des BZÖ bzw. der FPK – waren im asylpolitischen Diskurs quantitativ am präsentesten und vertraten auch qualitativ die hegemoniale Diskursposition.

Mit den Methoden dieser Arbeit ist es nicht möglich die wahlkampfstrategischen Überlegungen einzelner politischer AkteurInnen zu analysieren. Da Identitätspolitik ein großes Potential zur Emotionalisierung und Mobilisierung hat (siehe Meyer 2002).), besteht durchaus die Möglichkeit, dass Diskurse, die Kärntner Identität konstruieren, im Rahmen des politischen Agenda-Settings, bewusst gesetzt und geführt wurden. Dies trifft dabei sicher nicht auf alle AkteurInnen zu. Während das BZÖ/die FPK sich häufig zu Wort meldete, schien die ÖVP dieses Thema bewusst umgehen zu wollen und positionierte sich daher kaum im asylpolitischen Diskurs. Die SPÖ deklarierte sich wie oben beschrieben nicht klar. Daher ist auch anzunehmen, dass die SPÖ das Thema nicht selbstständig als Wahlkampfthema mit Nachdruck einbrachte. Die Grünen forcierten das Thema auch nicht eigenständig, waren aber auf Grund ihrer eindeutigen Gegenposition im Diskurs zum Reagieren gezwungen. Die einzige Aktion im Themenbereich Asylpolitik schien demnach von BZÖ/FPK auszugehen, während sämtliche andere AkteurInnen hauptsächlich reagierten. Eine genaue Analyse der Wahlkampfstrategien und Handlungsfelder der einzelnen AkteurInnen bedarf noch weiterer Forschung, um eindeutige Aussagen treffen zu können.

12.3. Die Positionen der AkteurInnen im asylpolitischen Diskurs

Politische AkteurInnen im Feld der Asylpolitik in Kärnten/Koroška sind sowohl miteinander als auch mit AkteurInnen in ganz Österreich und auf internationaler Ebene vernetzt. Daher sind auch ihre Positionierungen nicht ohne dem Einfluss dieser Netzwerke zu betrachten.

Die Kärntner Landesregierung

Die Kärntner Landesregierung tritt im Bereich der Asylpolitik meist über zwei Sprecher auf. Gernot Steiner ist Leiter des Flüchtlingsreferat Kärnten und verantwortlich für die Unterbringung und Betreuung von AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška. Landeshauptmann Gerhard Dörfler tritt als Sprecher der Landesregierung sowie als zuständiger Referent für Flüchtlingsagenden auf. Er ist politisch verantwortlich für den Bereich Asylwesen in Kärnten/Koroška (vgl. http://www.verwaltung.ktn.gv.at vom 10.2.2010). Bis zu seinem Tod am 11.Oktober 2008 übte diese Funktion Jörg Haider aus. Für die Flüchtlingsagenden der Landesregierung tritt medial häufig Gernot Steiner als Landesflüchtlingsbeauftragter auf. Das Flüchtlingsreferat, dem er vorsteht, ist

direkt dem Landeshauptmann zugeordnet und diesem unterstellt. Das bedeutet auf politischer Ebene, dass das Flüchtlingsreferat direkte Anordnungen des Landeshauptmannes umsetzt. Im Flüchtlingsreferat arbeiten neben Steiner noch acht weitere MitarbeiterInnen. Die BetreuerInnen, die in direktem Kontakt zu den UnterkunftsbetreiberInnen und den AsylwerberInnen stehen, sind dem Flüchtlingsreferat weisungsgebunden (vgl. verwaltung.ktn.gv.at vom 11.2.2010). Diese Weisungsgebundenheit bedeutet auch, dass die BetreuerInnen nicht mit außenstehenden Personen über ihre Arbeit sprechen dürfen. Das Land Kärnten übernimmt die Betreuung von AsylwerberInnen nach eigener Darstellung durch „geeignetes Personal unter Einbeziehung von Dolmetschern zu deren [der AsylwerberInnen, Anm. J.W.] Orientierung in Österreich und zur freiwilligen Rückkehr (www.verwaltung.ktn.gv.at vom 11.2.2010).

Politische Parteien

Am häufigsten äußert sich das BZÖ Kärnten oder später die FPK[21] (Freiheitliche Partei Kärntens) zu asylpolitischen Fragestellungen. Der Landesparteiobmann Uwe Scheuch sowie teilweise auch Gerhard Dörfler oder zuvor Jörg Haider sprechen für das BZÖ und setzen durch Vorstöße immer wieder breit diskutierte Themen. Die zweite Partei, die medial häufig in asylpolitischem Bereich zitiert wird, sind die Kärntner Grünen. Der grüne Landessprecher Rolf Holub tritt dabei gleichzeitig als Vertreter des „Aktionskomitees für Menschlichkeit und Toleranz“ auf. Die Grünen fordern die Wahrung der Menschenrechte gegenüber AsylwerberInnen. Als AkteurIn im asylpolitischen Bereich wurden die Grünen vor allem durch ihr Engagement für die protestierenden Asylwerber von der Saualm im Winter 2008 sowie als KritikerInnen der Saualm wahrgenommen. Die SPÖ verhält sich je nach agierenden Personen unterschiedlich in asylpolitischen Diskursen. Sie schließt sich sowohl einer menschenrechtlichen Perspektive von Grünen und NGOs an als auch dem Sicherheitsbedenken des BZÖ. Die SPÖ tritt nicht besonders häufig medial im Bereich der Asylpolitik auf, der stv. Landeshauptmann und Landessprecher Peter Kaiser ist dabei am öftesten Akteur. Die ÖVP Kärnten agiert im Bereich der Asylpolitik sehr zurückhaltend und positioniert sich zumeist distanziert, kritisiert die Vorgehensweise Dörflers aber kaum. Auffällig ist, dass die ÖVP Kärnten sich zu beinahe keinem asylpolitischen Thema in Kärnten/Koroška äußert.

[21] Das Bündnis Zukunft Österreich spaltete sich 2005 unter dem Vorsitz von Jörg Haider von der Freiheitlichen Partei Österreichs ab und war als gleichnamiger Klub um Parlament vertreten. In Kärnten traten beinahe alle FPÖ-Mitglieder zum BZÖ über. Im Dezember 2009 spaltete sich ein Teil des BZÖ-Klubs wiederum ab und schloss sich zum Klub der Freiheitlichen in Kärnten (FPK) zusammen. Im Juni 2010 vereinbarten Uwe Scheuch, Landesparteiobmann der FPK, und Heinz Christian Strache, Bundesparteiobmann der FPÖ, eine enge Zusammenarbeit (vgl. http://freiheitliche-ktn.at/index.php/top-aktuell.html vom 26.2.2011).

NGOs

Die soziale Betreuung von AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška wird zu weiten Teilen von NGOs übernommen, die aber ihrerseits vom Land Kärnten abhängig sind. Einerseits besteht bei mehreren NGOs ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis, andererseits benötigen alle NGOs und Privatpersonen eine Genehmigung, um überhaupt die Quartiere betreten zu dürfen und dort soziale Arbeit leisten zu können. Die NGOs in Kärnten haben dabei kaum Einfluss auf die Art, wie Asylbetreuung in Kärnten/Koroška funktioniert, sie werden nicht gefragt und nicht eingebunden. Politische Arbeit im Bereich Asylpolitik ist vor allem durch den Zusammenschluss von verschiedenen NGOs zum Aktionskomitee für mehr Menschlichkeit und Toleranz möglich, einem „lockeren Zusammenschluss von NGOs und Einzelpersonen“ (vgl. www.aktionskomitee-kaernten.at vom 11.2.2010). Das Aktionskomitee kritisiert die Asylpolitik des Landes Kärnten und fordert Verbesserungen für AsylwerberInnen in Kärnten wie z.B. eine Rechtsberatung und versucht die öffentliche Meinung über AsylwerberInnen zu verändern sowie Druck auf die Politik aufzubauen (vgl. Wulz 2010).
Ein Teil des Aktionskomitees ist der Verein Aspis, Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt in Klagenfurt, der traumatisierte Flüchtlinge in einem Therapieprojekt betreut und Integrationsprojekte für tschetschenische Familien in Kärnten betreibt. Auch kirchliche Organisationen sind Teil des Aktionskomitees. Sowohl die katholische Kirche über die Katholische Aktion und die Caritas sowie die evangelische Kirche über den Superintendenten Sauer und die Diakonie Kärnten treten medial auf und fordern Menschenrechte für AsylwerberInnen ein. Diese kirchlichen Organisationen sind darüber hinaus in der Beratung und teilweise in der Betreuung von AsylwerberInnen engagiert (vgl. Wulz 2010).

Auch VOBIS, der Verein für offene Begegnung und Integration durch Sprache, fällt durch mediale Berichterstattung über seine Tätigkeit auf, obwohl er kaum als Akteur im politischen Diskurs sichtbar ist. Über den Verein organisieren Freiwillige, hauptsächlich StudentInnen, ehrenamtlichen und kostenlosen Sprachunterricht für AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška. Seit dem Herbst 2010 dürfen die MitarbeiterInnen von VOBIS die Asylquartiere in Kärnten/Koroška auf Weisung des Landes hin nicht mehr betreten (vgl. Kleine Zeitung vom 13.12.2010).

Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ nach AkteurInnen

In den Aussagen der oben beschriebenen AkteurInnen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška finden sich verschiedene Konstruktionen des „Eigenen“ und des „Fremden“

wieder. Dabei wird sichtbar, dass AkteurInnen aus dem politischen Lager der FPK (ehemals BZÖ) und des Landes Kärnten AsylwerberInnen als „kriminell“ und „gewalttätig“ oder „straffällig“ beschreiben, während KärntnerInnen von dieser Gruppe als „vorbildhaft“, „schützenswert“ und „von Missbrauch bedroht“ dargestellt werden.

Die Gruppe aus NGOs, kirchlichen Organisationen und Grünen, die sich auch zum Aktionskomitee für Toleranz und menschenrechte zusammengeschlossen haben, hat gemein, dass KärntnerInnen als „Menschenrechte achtend“ und „hilfsbereit“ konstruiert werden, während AsylwerberInnen als „traumatisiert“ und als „Opfer“ gelten. Die detaillierte Analyse ist der untenstehenden Tabelle zu entnehmen.

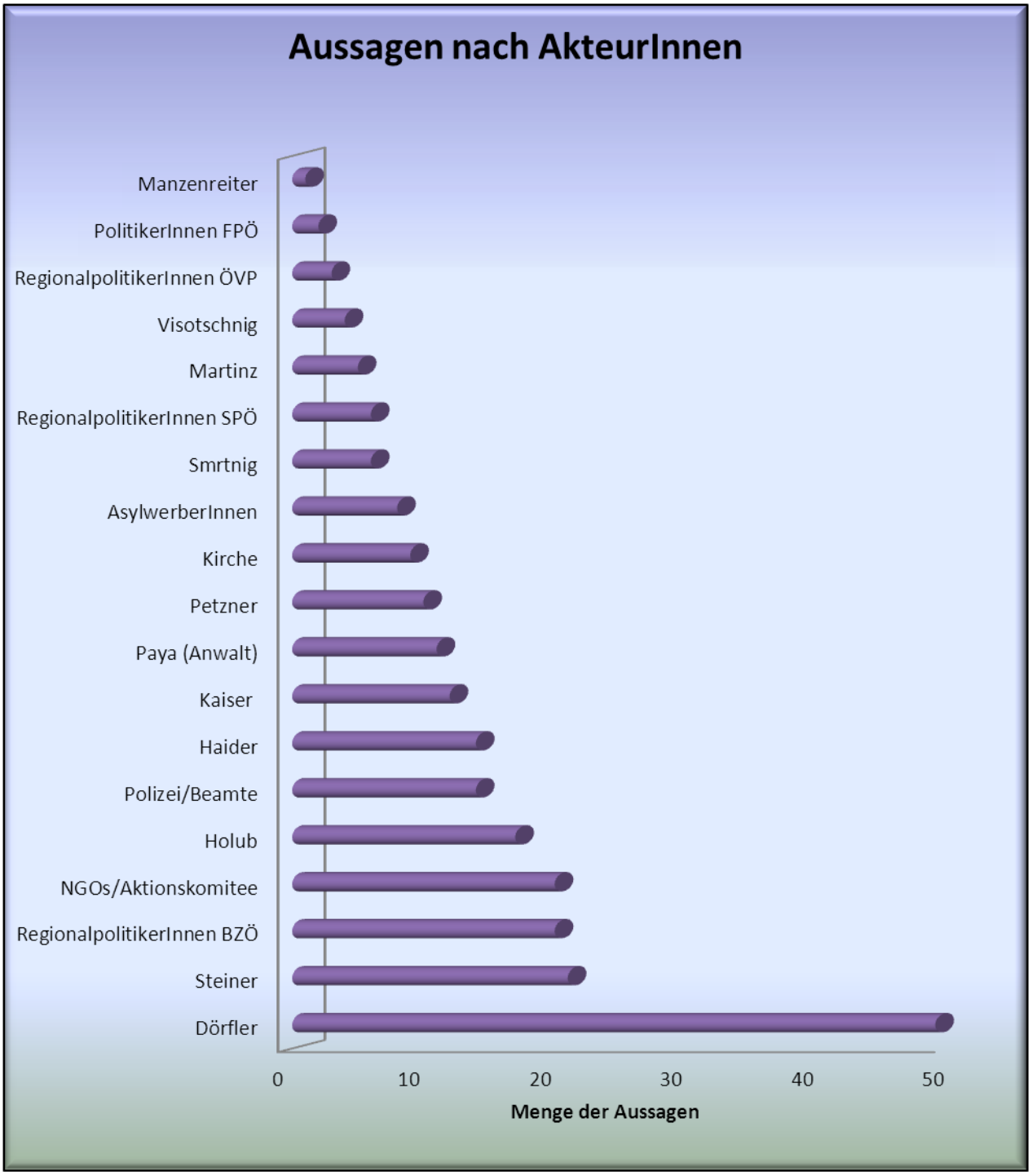
Wer	Wir	Andere
Dörfler (LH, BZÖ)	- wehren uns gegen jene, die die Gastpflicht verletzen - halten uns an Gesetze - sind Vorbild/Vorreiterrolle - schützen uns gegen Missbrauch der Gastfreundschaft - streng - sind schützenswert - lösen Probleme - sind besser als Bundesregierung - wehren uns gegen Bevormundung - gastfreundlich zu denen, die es verdienen	- kriminell - gewalttätig - halten sich nicht an Gesetze - Drogendealer/drogenabhängig - wollen es besser/zu viel - straffällig - teuer - krank - nützen Hilfe ausbezahlt - halten sich nicht an Regeln
Land Kärnten/Steiner	- halten uns an Gesetze - human - schützen uns/unser Geld - sind schützenswert	- teuer - gewaltbereit - kriminelle - straffällig - sind anders
RegionalpolitikerInnen BZÖ	- müssen geschützt werden - wehren uns gegen jene, die Gastfreundschaft missbrauchen - sind nicht rechts - Vorbild/Vorreiterrolle - lösen Probleme - sind etwas Besonderes - wehren und gegen Bevormundung	- illegal - kriminell - straffällig - Strafe - arm - ausgegrenzt - kosten Geld - Problem - nicht erwünscht - Sicherheitsrisiko

		- illegal
NGOs/Aktionskomitee	- achten Menschenrechte	- traumatisiert - leben in schlechten Verhältnissen/unter schlechten Bedingungen - Opfer von politischer Verfolgung - arm - leben in Ungewissheit - integriert - lernwillig - werden kriminalisiert
Holub (G)	- achten auf Menschenrechte - hilfsbereit	- brauchen Hilfe - traumatisiert - krank - werden instrumentalisiert - nur wenige kriminell
Polizei/Beamte	- brauchen Sicherheit - machen gute Arbeit	- haben Probleme - Gewaltbereit - wollen es besser haben - Drogendealer - gewalttätig - kriminell
Haider (BZÖ)	- hilfsbereit - müssen geschützt werden - haben Recht auf Sicherheit - gesetzestreu - gehen hart gegen jene vor, die sich nicht anpassen - löffeln nicht Suppe der Regierung aus	- gefährden sozialen Frieden - gewalttätig - missbrauchen Hilfe - können sich nicht benehmen - kriminell - Straftäter - Gefahr - Drogenhändler - passen sich nicht an - zu viele
Kaiser (SPÖ)	- achten Menschenrechte - sind zu schützende - gehen hart gegen jene vor, die uns ausnützen	- teuer - kriminell - brauchen Hilfe - Drogendealer - straffällig - zu viele
Anwalt Paya		- können sich nicht aussuchen, wo sie leben
Petzner (BZÖ)	- Recht uns zu schützen - müssen geschützt werden	- kriminell - gewaltbereit

Kirche (evangelisch und katholisch)	- hilfsbereit - achten Menschenrechte - sind empathisch - unterstützen	- hilfsbedürftig - integriert - haben Begabungen - traumatisiert
AsylwerberInnen		- bemühen uns um gutes Leben - arm - rechtlos - leben in schlechten Verhältnissen - genügsam
Smrtnig (EL)	- human - gastfreundlich	- Wirtschaftsfaktor - nicht die Pest - keine Schwerverbrecher
RegionalpolitikerInnen SPÖ	- wollen uns weiterentwickeln - achten Menschenrechte - hilfsbereit	- Zumutung - Sicherheitsrisiko - belastend/teuer - eine Last - passen nicht ins Konzept
Martinz (ÖVP)		- kriminell
Visotschnig (SPÖ)	- human - gastfreundlich	- nicht die Pest - keine Schwerverbrecher - Wirtschaftsfaktor
RegionalpolitikerInnen ÖVP	- tun mehr als nötig - müssen geschützt werden - sind bedroht	
FPÖ PolitikerInnen	- werden schlecht behandelt	- Schmarotzer - kriminell - wollen zu viel
Manzenreiter (SPÖ)	- sind belastet	- verursachen Kosten

Tabelle 6: Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ durch politische AkteurInnen.

Welche dieser beschriebenen Positionen in den hegemonialen Diskurs Einzug halten, ist sehr unterschiedlich, wie die untenstehende Darstellung der Anzahl der Aussagen im analysierten Diskurs verdeutlicht. Die mit Abstand häufigsten Aussagen werden von Landeshauptmann Gerhard Dörfler getätigt, gefolgt von weiteren BZÖ-PolitikerInnen und dem Landesflüchtlingsbeauftragter Gernot Steiner. Das Aktionskomitee für Menschlichkeit und Toleranz beeinflusste den Diskurs mit weniger als einem Viertel der analysierten Aussagen.



Grafik 2: Analysierte Aussagen nach AkteurInnen und Anzahl der Aussagen.

In der folgenden Grafik wird die Einflussnahme auf den Diskurs noch einmal verdeutlicht, indem die einzelnen AkteurInnen zu Gruppen zusammengefasst oder in bereits bestehenden Organisationen wie Parteien oder Kirchen angeführt werden.

Grafik 3: Zusammenfassung der Häufigkeit der Aussagen im Diskurs nach Gruppen und Parteien.

Das folgende Kapitel befasst sich nach dieser quantitativen Darstellung der SprecherInnenpositionen eingehender mit einer Analyse jener AkteurInnen, die im quantitativen Vergleich nur sehr wenig Raum im Diskurs einnehmen.

12.4. SprecherInnenpositionen – Wer spricht hier über wen?

Die Analyse des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška zeigt deutlich, dass dieser Diskurs über AsylwerberInnen, nicht aber mit AsylwerberInnen geführt wird. AsylwerberInnen als AkteurInnen kommen in der öffentlichen Darstellung in den analysierten Medien kaum vor. Aussagen von AsylwerberInnen machen nur etwa drei Prozent aller analysierten Aussagen aus. Die Aussagen von AsylwerberInnen kommen fast ausschließlich in Hintergrundreportagen zu den Lebensumständen von AsylwerberInnen vor. Damit haben AsylwerberInnen in den meisten Fällen eine „ZeugInnenfunktion“: Sie werden herangezogen um die Vorwürfe seitens der NGOs gegenüber dem Land Kärnten zu „verifizieren“.

„Hier habe ich zum ersten Mal erfahren, was es bedeutet zu hungern und zu frieren“ (eine erfolgreiche Asylwerberin, Kleine Zeitung, 12.01.2010). So beschreibt eine namenlose Frau ihren Alltag im Asylquartier. Wenn AsylwerberInnen SprecherInnenpositionen haben, werden sie in den meisten Fällen nicht namentlich genannt. „Ein Asylwerber“ oder wie hier nach dem Erhalt des Asylstatus „eine erfolgreiche Asylwerberin“ sind gängige Bezeichnungen.

Das Sprechen über Asylpolitik oder die Einordnung ihrer Lebensumstände in einen größeren Zusammenhang wird AsylwerberInnen kaum zugestanden. In einem Interview mit dem Sprecher der TschetschenInnen in Kärnten und dessen Sohn nach einem Trafiküberfall durch zwei junge Tschetschenen stellt Ersterer fest: „Wir sagen den Jugendlichen täglich, dass sie sich nicht auf der Straße herumtreiben […] sollen.“(Alash Arsaev, Kleine Zeitung, 27.09.2009). Die zitierte Aussage zur politischen Einordnung der Situation liefert allerdings ein Mitarbeiter einer NGO: „Die tschetschenischen Erwachsenen können nicht alles verhindern – genauso wenig wie die österreichischen“ (Siegfried Stupnig, Kleine Zeitung, 27.09.2009).

In den meisten Fällen aber kommen AsylwerberInnen gar nicht zu Wort. Sie werden als Objekte marginalisiert. Besonders absurd ist diese kaum vorhandene SprecherInnenposition angesichts der Ereignisse im Bereich der Asylpolitik in Kärnten/Koroška. Zu Weihnachten 2008 organisierten sich hier Asylwerber selbst um gegen ihre Lebenssituation zu protestieren. Durch diese Aktion machten sich die auf der Saualm lebenden Asylwerber selbst zu Akteuren. Diese Selbstermächtigung wurde allerdings kaum als solche betrachtet, sondern vielmehr NGOs und den Grünen vorgeworfen, dies veranlasst zu haben.

Die kaum vorhandenen SprecherInnenpositionen von AsylwerberInnen können viele Gründe haben. Einerseits gibt es – abseits der Organisation der Tschetschenischen Community – kaum bestehende Netzwerke und Strukturen von AsylwerberInnen. Diese werden darüber hinaus durch die restriktive Asylquartier-Politik verstärkt: In Kärnten/Koroška herrscht Besuchsverbot in Asylquartieren. Durch die Unterbringung der meisten AsylwerberInnen im ruralen Gebiet werden diese zusätzlich voneinander und von der in Kärnten/Koroška lebenden Bevölkerung segregiert. Das erschwert Vernetzung, Kontaktaufnahme und Informationsweitergabe.

Weitere Gründe für die marginalisierte SprecherInnenposition der AsylwerberInnen könnten sprachliche Barrieren oder das auf „klassische“ Kanäle wie OTS und PressesprecherInnen fokussierte Vorgehen der JournalistInnen sein.

Ein männliches Politikfeld

Bei der Analyse der AkteurInnen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška fällt schnell eines auf: Es gibt kaum Zitate von Frauen. Das liegt daran, dass beinahe alle AkteurInnen im asylpolitischen Diskurs Männer sind.

Bundespolitische Aussagen zu asylpolitischen Statements kamen von Maria Fekter (ÖVP), Alev Korun (G) und Melitta Trunk (SPÖ). Die meisten Sprecherinnen in Kärnten/Koroška waren aus dem Bereich der NGOs und sprachen für das Aktionskomitee für Menschlichkeit und Toleranz, wie zum Beispiel Angelika Hödl oder Schwester Andreas. Im Bereich der parteipolitischen Aussagen über Asylpolitik in Kärnten/Koroška fanden sich nur Aussagen von zwei Frauen: eine von Barbara Lesjak von den Grünen und drei von Beate Prettner von der SPÖ. Unter den von mir auf Grund der Aussagenhäufigkeit als „HauptakteurInnen“ qualifizierten Personen befindet sich keine einzige Frau. Der Aussagenanteil von Frauen am analysierten Material beträgt rund vier Prozent.

Über die Gründe für den geringen Frauenanteil am asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška kann im Rahmen dieser Arbeit keine Aussage getroffen werden. Eine Hypothese dazu könnte sein, dass sich in Kärnten/Koroška insgesamt nur wenige Frauen in spitzenpolitischen Positionen befinden und daher ihr Anteil am politischen Diskurs generell gering ist. Ob der asylpolitische Diskurs davon Abweichungen aufweist, wäre zu analysieren.

12.5. Worüber wird diskutiert? Zentrale Diskursinhalte

Rechte oder Mitleid?

Die analysierten Materialen über den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška zeigen, dass vor allem geprägt durch NGOs und die Grünen ein Gegendiskurs geführt wird. Abseits der hegemonialen Diskursstränge, die sich mehrheitlich mit dem Sicherheits- und Kriminalitätstopos befassen, werden im Gegendiskurs immer wieder Rechte von AsylwerberInnen eingefordert. Diese Rechte werden in den meisten Fällen nicht näher definiert, sondern als Menschenrechte beschrieben. Damit verbunden ist häufig ein Appell an die Solidarität der KärntnerInnen mit als „arm und hilfsbedürftig“ konstruierten Menschen. Diese Konstruktion von AsylwerberInnen zeigt eine klare Verschränkung des „Rechte- und Menschenrechtstopos“ mit dem „Hilfsbereitschafts- und Opfertopos“ auf. Zum Beispiel beschreibt Holub die Saualm-Flüchtlinge so: „Unter den

Männern sind Hepatitis-Kranke, einer mit einer schweren Gelenkentzündung und schwerst Traumatisierte. Sie alle brauchen eine intensive Betreuung, die sie auf der Saualm offenbar nicht bekommen“ (Kleine Zeitung, 24.12.2008). Hier beschreibt er zum einen AsylwerberInnen als hilfsbedürftig und fordert zum anderen deren Recht auf medizinische Betreuung ein.

Die Landesregierung und Landeshauptmann Dörfler reagierten auf diese und ähnliche Aussagen meist mit einem Verweis auf die Sicherheit der Bevölkerung: „Das BZÖ Kärnten steht weiter auf der Seite der KärntnerInnen und Kärntner“ (OTS, 28.04.2009), oder indem die Vorwürfe ad absurdum geführt wurden: „Wenn sie Hasi-Alm heißen würde, wäre alles nicht so aufregend“ (Dörfler, Kleine Zeitung, 07.04.2009).

Im Herbst 2010 ändert sich der Umgang des Landes Kärnten und des BZÖs bzw. mittlerweile der FPK mit dem „Hilfsbereitschafts- und Opfertopos“. Im Zusammenhang mit dem Schicksal einer von Abschiebung bedrohten Familie erklärte Dörfler: „Für mich zählt zuerst die Menschlichkeit. Und Kinder sind besonders schützenswert. […] eine Innenministerin, die mit Eiseskälte die Zwillingsmädchen in Wien abgeschoben hat. Das kommt für mich nicht in Frage.“ (vgl. Kleine Zeitung, 08.11.2010). Dörfler setzte sich in Folge für das Bleiberecht der Familie Badrakh ein.

Die Gründe für diese Veränderungen können in dieser Arbeit nicht analysiert werden. Eine Hypothese dahingehend wäre, dass die Betonung des „Hilfsbereitschafts- und Opfertopos“ durch NGOs, Grüne, Kirchen und Teile der SPÖ zu einer Verschiebung der Position Dörflers geführt hat.. Eine weitere Hypothese wäre, dass die bundesweit geführten Diskurse über das Bleiberecht von Familien und Kindern zu einem veränderten Positionieren der Kärntner Landesregierung in Bezug auf das Bleiberecht in Einzelfällen führte. Wahrscheinlich scheint hier eine Kombination aus beiden Hypothesen.

Opfer oder Kriminelle?

Wie oben beschrieben gibt es AkteurInnen, deren Positionen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška klar abgesteckt scheinen. NGOs, die Grünen und die Kirche fordern Rechte für AsylwerberInnen ein und zeichnen diese dabei oft als Opfer, denen es zu helfen gilt. Demgegenüber stehen die Kärntner Landesregierung und das BZÖ bzw. die FPK, die AsylwerberInnen hauptsächlich als Sicherheitsrisiko beschreiben und sie als Kriminelle konstruieren.

Die SPÖ steht im asylpolitischen Diskurs für eine Zwischenposition. Landesparteichef Kaiser erklärt in seiner Kritik an der Einrichtung der Saualm: „Menschenrechte sind nicht teilbar“ (Kaiser,

OTS, 10.10.2008). Klubobmann Herwig Seiser bezeichnet AsylwerberInnen hingegen als Problem. Die Asylverfahren müssten schneller abgewickelt werden, das „würde das Problem der Asylwerber bei der Wurzel packen“ (Seiser, Kleine Zeitung, 06.10.2008). Bezüglich der Verteilung von AsylwerberInnen auf die einzelnen Orte in Kärnten beschwert sich Villachs SPÖ-Bürgermeister Manzenreiter darüber, dass diese „zu hohe Kosten“ verursachen würden (Manzenreiter, Kleine Zeitung, 24.09.2009). Damit bewegt sich die SPÖ zwischen den beiden klaren Diskurspositionen hin und her. Einerseits solidarisiert sich die SPÖ mit AsylwerberInnen und den agierenden NGOs und fordert mit ihnen gemeinsam Menschenrechte ein. Andererseits positioniert sie sich gegen kriminelle AsylwerberInnen und fordert zu Härte gegen diese auf: „Ja, zur sofortigen Abschiebung krimineller Flüchtlingswerber auch nach Erhalt der Staatsbürgerschaft. Nein zu einer politischen Hetze auf Hilfe suchende Menschen“ (Peter Kaiser, SPÖ, OTS, 22.02.2010)

Der Versuch, eine Position einzunehmen, die zwischen den starken vorhandenen Diskurspositionen liegt, scheint schwer zu fallen. Doch ab dem Herbst 2010 scheint sich die Positionierung der SPÖ zuzuspitzen und zu einer breit getragenen Meinung zu verändern. Auch die Landesregierung und die FPK unterscheiden nun zwischen „hilfsbedürftigen Opfern“ und „kriminellen“ AsylwerberInnen. Der oben schon beschriebene Einsatz für die Familie aus der Mongolei zeigt diese Zuspitzung deutlich auf. So fordert Uwe Scheuch, den alleinerziehenden Vater der Familie alleine abzuschieben, sollte dieser kriminell sein: „Besser die gut Deutsch sprechenden und integrierten Kinder bleiben bei einer Gastfamilie, sollte der Vater in der Mongolei womöglich inhaftiert werden“ (Uwe Scheuch (FPK), Kleine Zeitung, 09.11.2010).

Damit werden klare, konträre Bilder von AsylwerberInnen verstärkt Teil des Mainstream-Diskurses. Es gibt „gute“ AsylwerberInnen, die bestens integriert sind, Familien mit kleinen Kindern, die seit Jahren in Österreich leben und gut Deutsch sprechen, die traumatisiert und Opfer der Gewaltregime sind, aus denen sie geflohen sind. Und es gibt „schlechte“ AsylwerberInnen, die kriminell sind, mit Drogen dealen, der Gesellschaft zur Last fallen und diese bedrohen und missbrauchen.

Für Erstere scheinen sich die politischen AkteurInnen in Kärnten/Koroška einig zu sein, ein Bleiberecht einzufordern. Für Letztere gibt es wieder gegensätzliche Positionen: Grüne und NGOs, die auf die Menschenrechte pochen, auf der einen Seite, die Landesregierung, FPK und SPÖ, die schnellstmögliche Abschiebungen durchführen wollen.

Die ÖVP wurde in dieser Analyse kaum erwähnt, da es nur sehr wenige Aussagen von ÖVP-PolitikerInnen im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška gab, was eine stichhaltige Analyse erschwert. In den wenigen Wortmeldungen waren keine vom hegemonialen Diskurs abweichenden Positionierungen zu finden. Martinz bezeichnet die Asylwerber auf der Saualm als „vermeintlich

schwer kriminell“ und erklärt, dass die „Sicherheit […] gewährleistet werden [muss]“ und „verurteilte Asylwerber […] abgeschoben werden [sollen]“ (Martinz, Kleine Zeitung, 03.01.2009).

12.6. Ein rassistischer Diskurs?

Im folgenden Teil soll noch einmal die Frage aufgeworfen werden, wie der aslypolitische Diskurs in Kärnten/Koroška eingeordnet werden kann. Mit starken Begriffen wie Rassismus wird in asylpolitischen Diskussionen oft argumentiert. Daher wird dieses Thema hier genauer beleuchtet.

Siegfried Jäger beschreibt, dass Aussagen im Rahmen von Migration, Einwanderung, Flucht und Asyl als rassistisch zu bezeichnen sind, wenn die folgenden drei Faktoren zusammen auftreten:

1. Wenn Menschen, die von unserer deutschen Normalität abweichen, anders aussehen und/oder von anderer Kultur sind als "wir" als "Rassen" konstruiert werden.

2. Wenn zudem eine negative (oder positive) Bewertung dieser Menschen erfolgt, und wenn dies

3. aus der Position der Macht heraus erfolgt, wodurch solche Haltungen erst ihre negativen Folgen für solche Menschen erhielten, da ihnen erst durch Taten oder ungeahndete Diskriminierungen greifbare Nachteile erwüchsen. Wobei Diskurse als solche bereits Macht ausüben. Insofern „erübrigt sich für eine diskursanalytische Fassung des Rassismusbegriffs […] der Machtfaktor als gesondertes Element“ (Jäger 2000).

Das Auftreten eines Diskurses mit negativen (unter bestimmten Bedingungen: auch positiven) Bewertungen von Einwanderern und Flüchtlingen, die auf Grund tatsächlicher oder unterstellter biologischer oder kultureller Eigenschaften/Verhaltensweisen als "Rasse" konstruiert sind“ kann demnach als rassistisch bezeichnet werden (Jäger 2000). Dabei stellt Jäger fest, dass der Diskurs als solches bereits eine Gefahr für die Betroffenen darstellt und sie schädigt. „Es sind also nicht erst Taten und Tätlichkeiten, die den Einwanderern und Flüchtlingen schaden, sondern bereits die Rede, die sich gegen sie richtet. Sie hat Taten zur Folge“ (Jäger 2000).

Was heißt das nun für den asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška? Festzuhalten ist, dass es Aussagen gibt, die AsylwerberInnen nicht nur als „anders“ konstruieren, sondern dies auch bewerten. Wenn Jörg Haider erklärt, dass es wichtig sei, den „Islamisten klar zu machen, dass sie sich im Land zu integrieren und an unsere europäische Kultur anzupassen hätten (Jörg Haider, OTS, 15.01.2008)“ konstruiert er „die Islamisten“ als ein „Anderes“, dass nicht Teil der europäischen Kultur ist, ohne diese zu definieren. Die Forderung nach der Anpassung impliziert die

Vorstellung, dass diese „europäische Kultur“ als „besser“ zu bewerten ist, was eine Abwertung der „anderen“ Kultur impliziert.

Ein anderes Beispiel für eine rassistische Aussage ist jene eines Anwalt während des Verfahrens über die Verantwortung im Todesfalls in Folge eines Brandes in einem Asylquartier: „Man müsse den Fall „rein sachlich“ betrachten, mit dem Antrag soll festgestellt werden“, ob - unabhängig von den gegebenen Voraussetzungen - die Asylanten in der Lage sind, auf Einrichtungen (Fluchtwege, Brandschutz, Anm.) zu reagieren oder ob sie aufgrund des Kulturkreises, aus dem sie kommen, nicht in der Lage dazu sind, und einfach springen (Ernst Maiditsch, Anwalt des Betreibers des Asylquartiers, Kleine Zeitung, 05.03.2010)“. Damit konstruiert Maiditsch AsylwerberInnen als einem „anderen Kulturkreis“ zugehörig und scheinbar „unterentwickelt“ – denn die AsylwerberInnen würden „keine Feuerwehr kennen (ebd.)“.
Ein weiteres Beispiel ist der häufig hergestellte Zusammenhang von AsylwerberInnen und Drogen. Im Zusammenhang mit einem festgenommenen Dealer erklärt Dörfler: „Sie überschwemmen den heimischen Markt mit Drogen, gefährden damit unsere Kinder und ruinieren Existenzen“ (Gerhard Dörfler (FPK), OTS, 14.07.2010). Womit Dörfler AsylwerberInnen mit dem Kollektivsymbol des „Überschwemmens“ allgemein zu einer Bedrohung für den Markt, die Kinder und die Existenz von Menschen stilisiert – eine dreifach negative Bewertung von AsylwerberInnen.

Teun A. van Dijk beschreibt den medialen Diskurs über MigrantInnen zusammenfassend wie folgt: „Strategien, Strukturen und Verfahren der Nachrichtenbeschaffung, die Themenauswahl, der Blickwinkel, die Wiedergabe von Meinungen, Stil und Rhetorik richten sich alle darauf, 'uns' positiv und 'sie' negativ darzustellen. Minderheiten haben zudem einen relativ schwierigen Zugang zur Presse; sie werden als weniger glaubwürdig angesehen; ihre Sache gilt nur dann als berichtenswert, wenn sie Probleme verursachen, in Kriminalität oder Gewalt verstrickt sind oder wenn sie als Bedrohung der weißen Vorherrschaft dargestellt werden können (Teun A. van Dijk 1993, S. 125f.)“

Das trifft auch auf den Diskurs in Kärnten/Koroška zu. Positive Berichterstattung über AsylwerberInnen kommt kaum vor, AsylwerberInnen haben kaum SprecherInnenpositionen und werden in den meisten Fällen als Bedrohung konstruiert. Diese Konstruktion als Bedrohung, als Sicherheitsrisiko, gewalttätig und straffällig zeigt sich als durchgehende Konstante im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška. AsylwerberInnen werden in diesem hegemonialen Diskurs nicht mehr als Individuen wahrgenommen, die unterschiedliche Lebensgeschichten und Motivationen haben, sondern als Kollektiv, das von der Kärntner „Normalität“ abweicht. Im Falle der Diskussion um eine mögliche Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen zeigte sich diese Verknüpfung deutlich. In diesem Diskurs erschien es den meisten AkteurInnen scheinbar nicht

mehr nötig zu erklären, warum ein Asylquartier in Kärnten eine Bedrohung für die jeweilige Gemeinde darstellt. Es würde nicht in „unser Konzept als Tourismus- und Wirtschaftsregion“ (Jakob Strauß, Bürgermeister Sittersdorf (SPÖ), Kleine Zeitung, 28.06.2009) passen, ist dabei noch eine der deutlichsten Erklärungen. Versteht man „Konzept“ als einen Code für „Kultur“ wird deutlich, dass AsylwerberInnen als Kollektiv einer anderen „Kultur“ zugeordnet wird. Diese wird auf Grund der vorhergehenden Diskussionen eindeutig mit „Gewalttätigkeit“, „Straffälligkeit“ und einem „Sicherheitsrisiko“ verbunden. Damit ist klar, dass AsylwerberInnen „einen Kurort […] zerstören“ würden (Dörfler, Kleine Zeitung, 28.06.2009). Genauso genügt in diesem Diskurs der Verweis auf Traiskirchen: „Ein Traiskirchen II darf es hier nicht geben!“ (Strauß, Kleine Zeitung, 28.06.2009) Hiermit wird verdeutlicht, warum ein Erstaufnahmezentrum unerwünscht ist. Im Gegendiskurs wird versucht die Stereotype anzusprechen: „Es ist ja nicht die Pest die kommt, oder?“ (Smrtnik, Kleine Zeitung, 27.06.2009) Dies findet aber keinen Eingang in den hegemonialen Diskurs.

Die Diskussion um die Errichtung und den Fortbestand der Saualm brachte zwei Bezeichnungen hervor, die von da an untrennbar miteinander verbunden wurden und so fixer Bestandteil der Konstruktion von AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška wurden. Der Begriff „straffällig“ wurde zu einem zusammenfassenden Verb für einen Großteil der bereits im Diskurs vorhandenen negativen Zuschreibungen für AsylwerberInnen: gewalttätig, kriminell, in Verbindung mit Drogen stehend, gefährlich und die Gesellschaft missbrauchend. „Straffällig“ hat als Begriff keine juristische Bedeutung, lässt sich aber direkt in Zusammenhang mit „Strafe“ und „Strafrecht“ bringen. Damit verfestigte sich ein Begriff im hegemonialen Diskurs, der AsylwerberInnen grundsätzlich als „negativ“ bewertete. Dadurch, dass der Begriff eigens für den Asyldiskurs „erfunden“ wurde, entsteht auch keine Möglichkeit, dass KärntnerInnen damit in Zusammenhang gebracht werden könnten. Straffällig sind nur AsylwerberInnen, KärntnerInnen niemals. Der zweite Begriff, der in diesem Zusammenhang entstanden ist, ist der Begriff der „Saualm“ selbst. Die Saualm wurde zum Codewort und kann als „symbolische Verdichtung der Asyl-Missbrauchs-Debatte“ (Pieper 2008, 56) gesehen werden. Im hegemonialen Diskurs wurde die Saualm zum Beweis für die „Straffälligkeit“ und die überzogenen Ansprüche der AsylwerberInnen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite wurde die kollektive Kärntner Identität beflügelt: Kärnten geht seinen eigenen Weg, findet eigene Lösungen und nimmt eine Vorbildfunktion im Umgang mit AsylwerberInnen ein.

Im Gegendiskurs wurde die Saualm zu einem Symbol für die Asylpolitik des Landes Kärnten: ausgrenzend und die Menschenrechte nicht respektierend. Das Bild des heruntergekommenen Gebäudes in der Einsamkeit prägte den Diskurs. Gerade dieses Bild dient auch der öffentlichen

Stigmatisierung, die mit dem bewusst degradierten Wohnraum von AsylwerberInnen einhergeht. Die Herabsetzung der Lebensstandards ist eine symbolische Abwertung von AsylwerberInnen, zu welcher auch gehört, dass der Umgebungsraum eines Lagers an symbolischem Kapital des „guten Rufes“ verliert (Piper, 2008, S.316f). Eine „eindeutige“ Sprache in Bezug auf die Saualm wählte Jörg Haider, indem er diese einerseits als eine „Sonderanstalt“, aber nur eine „Zwischenlösung“ bezeichnete. Das „endgültige Ziel“ sei seiner Meinung nach die Abschiebung (Haider, OTS, 06.20.2008). Mit diesen Begriffen erklärte Haider AsylwerberInnen zu Personen, die auf Grund ihrer „Andersheit“ eine „Sonderbetreuung“ brauchen würden. Dies in Verbindung mit dem Begriff des „endgültigen Ziels“ oder, wie es auch zitiert wurde, „Endziels“ (Kleine Zeitung, 07.10.2008), lässt bewusste Analogien zur Zeit des Nationalsozialismus vermuten. Die Begriffe der „Sonderanstalt“ oder „Sonderbetreuungseinrichtung“ wurden im weiteren Diskurs häufig gebraucht. Sie qualifizieren Asylwerber kollektiv zu etwas „Sonderbarem“, das betreut und separiert werden müsse.

Zentral ist im rassistisch geprägten Diskurs, dass AsylwerberInnen mit anderen Maßstäben bewertet werden als KärntnerInnen. So auch in der Diskussion um das Bleiberecht von Familien, die im Herbst 2010 stattfand. In der scharfen Trennung zwischen „guten“ und „bösen“ AsylwerberInnen, können nur AsylwerberInnen als integriert (und damit „gut“) gelten, die sich möglichst assimiliert haben. Denn nur wer die eigene Lage akzeptiert, sich unterwirft und keine Rechte einfordert, gilt als „integriert“. Die AsylwerberInnen „werden selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht, denn sie hätten ja nicht zu migrieren brauchen“ (Wulz 2010, 198). AsylwerberInnen haben sich an ihre untergeordnete Stellung anzupassen, ihre Markierung als Menschen ohne Rechte, als LagerbewohnerInnen, als arme und abhängige Menschen zu akzeptieren - erst dann kann in dieser Mehrheitsgesellschaft Integration funktionieren (Piper, 2008, S. 318f).

Diese Beispiele machen deutlich, dass im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška AkteurInnen in mehreren Fällen mit Begriffen, Implikationen und Konnotationen agieren, die als rassistisch zu bezeichnen sind. AsylwerberInnen werden als negatives „Anderes“ im Kontrast zu einem positiven Kärntner Kollektiv konstruiert. Teil dieser Konstruktion ist, dass sie mit anderen Maßstäben bewertet werden als die Kärntner Mehrheitsbevölkerung. Das trifft nicht auf alle Aussagen und auch nicht auf alle AkteurInnen im gesamten Diskurs zu. Innerhalb des hegemonialen asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška können mehrere eindeutig rassistisch konnotierte

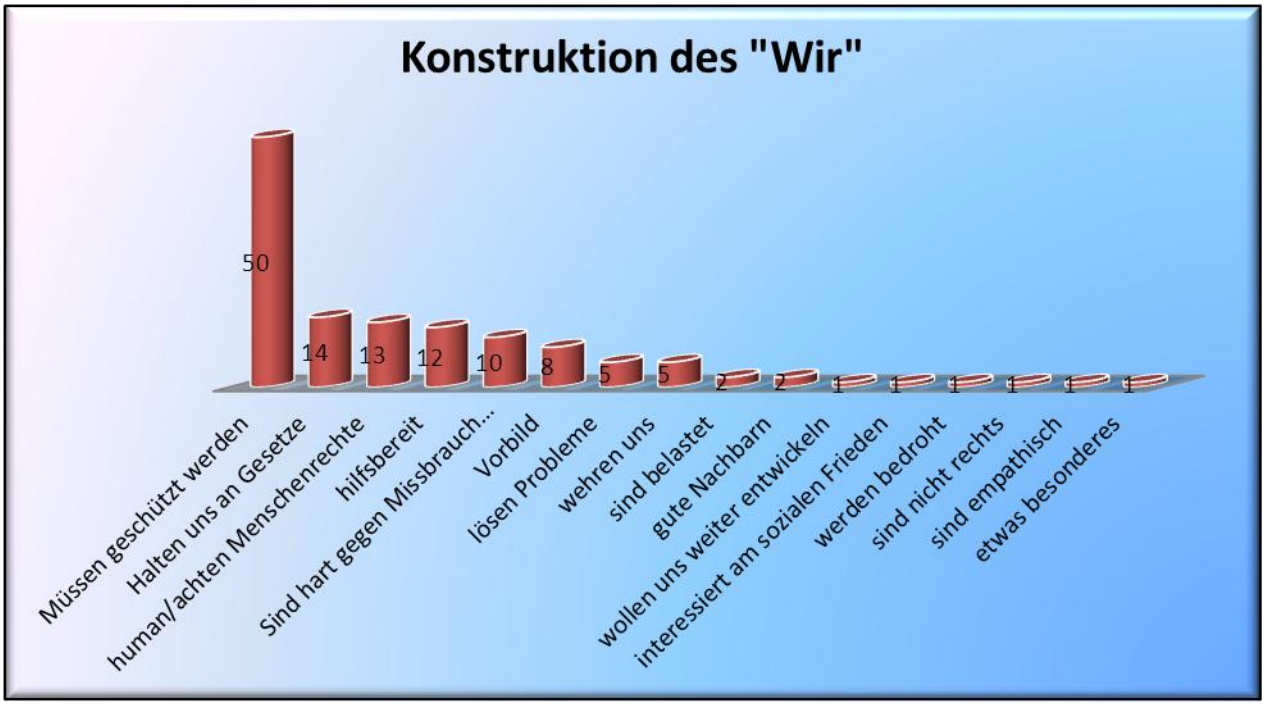
Aussagen sowie die häufige Verwendung von in einem rassistischen Kontext stehenden Begriffen nachgewiesen werden.

12.7. Das „Eigene“ und das „Fremde“

Das Kapitel der Ergebnisse der Analyse des asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška befasst sich im letzten Teil mit Argumenten zur Fragestellung dieser Arbeit: Wie werden das „Eigene“ und das „Fremde“ konstruiert?

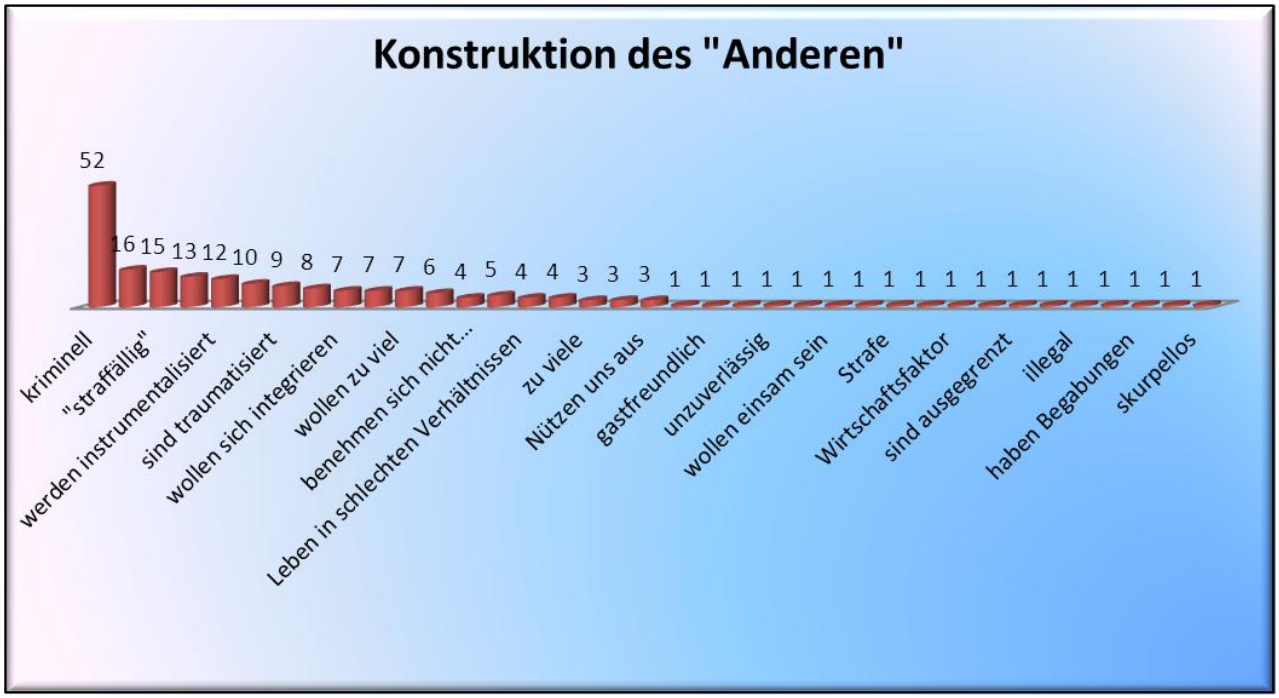
Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“

Um einen Überblick über die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ zu vermitteln, werden einer weiteren Beschreibung zwei Grafiken vorangestellt, die sowohl inhaltlich als auch quantitativ über die Beschreibung von „Wir“ und den „Anderen“ im asylpolitischen Diskurs kompakt informieren.



Grafik 4: Die Konstruktion des „Eigenen“ im asylpolitischen Diskurs.

Das „Eigene“ wurde im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška sehr positiv gezeichnet. Die KärntnerInnen sind demnach hilfsbereit und tun mehr, als nötig um „arme“ Menschen zu unterstützen.



Grafik 5: Die Konstruktion des „Anderen“ im asylpolitischen Diskurs.

Demgegenüber stehen die „Fremden“, die AsylwerberInnen, die diese Hilfsbereitschaft missbrauchen, indem sie die KärntnerInnen ausnützen. Das tun sie, indem sie die Hilfsbereitschaft nicht zu würdigen wissen und sich deshalb nicht genügsam anpassen oder indem sie kriminell und gewalttätig sind und so die KärntnerInnen bedrohen.

Die KärntnerInnen sind in dieser Konstruktion eine Gruppe, die sich dreifach zur Wehr setzen muss. Erstens gegen die AsylwerberInnen, von denen auf Grund ihrer Kriminalität und ihres Gewaltpotentials sowie ihrer Nicht-Assimilation eine Bedrohung ausgeht. Zweitens gegen die Bevormundungen seitens der Bundesregierung, die nicht auf die Bedürfnisse der KärntnerInnen eingeht. Drittens gegen die Kritik, die von KärntnerInnen, aber auch von „außenstehenden“ Personen und Gruppierungen geäußert wird.

Dieses Spannungsfeld ist Ergebnis von Identitätspolitik und bietet dieser gleichzeitig weitere Möglichkeiten. Gerade in der Wechselwirkung mit weiteren identitätspolitischen Feldern in Kärnten/Koroška (Tradition, Erinnerungspolitik) bestehen hiermit vielfältige Möglichkeiten für populistische Politik.

In der Asylpolitik in Kärnten/Koroška zeigt sich, dass Identitätspolitik ein breites Feld ist. Es gibt nicht nur ein „Wir“ und ein „Anderes“. Vielmehr werden das „Eigene“ und das „Fremde“ je nach Diskursposition unterschiedlich definiert und konstruiert. Im hegemonialen asylpolitischen Diskurs gilt: „Wir“ KärntnerInnen nehmen eine Vorbildfunktion in der Asylpolitik ein. „Wir“ KärntnerInnen schützen uns selbst. Und „wir“ KärntnerInnen helfen denen, die es auch verdient haben. Demgegenüber gibt es AsylwerberInnen, die erst beweisen müssen, dass sie diese Hilfe verdient haben. Denn hauptsächlich gelten „die Anderen“ als kriminell, gewalttätig und die Gunst der KärntnerInnen missbrauchend. Demnach sind sie eine Bedrohung und belasten obendrein die Gesellschaft. Darüber hinaus gibt es aber auch ein „Wir“ der Kärntner Zivilgesellschaft, das sich selbst als „hilfsbereit“, als BewahrerInnen der Menschenrechte sieht. AsylwerberInnen werden demgegenüber zu „hilfsbedürftigen“ Objekten, die die Zivilgesellschaft und deren Verbündete als FürsprecherInnen benötigen. Diese Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ zeigt sich vor allem innerhalb des Gegendiskurses. Im hegemonialen Diskurs findet sich beinahe ausschließlich erstere Konstruktion.

„Wir KärntnerInnen“ und „die AsylwerberInnen“ erscheinen sowohl im hegemonialen als auch im Gegendiskurs als kontradiktorische Gegensätze. Die AsylwerberInnen sind die Negation der KärntnerInnen, wobei diese Negation unterschiedliche Qualitäten aufweist. Lassen sich im hegemonialen Diskurs Gegenüberstellungen von „Bedrohung“ – „schützenswert; „gewaltbereit“ – „Opfer von Gewalt“; „hilfsbereit“ – „Hilfe missbrauchend“ finden, so stellt sich das Bild im Gegendiskurs anders dar. Hier findet sich der Gegensatz von „hilfsbereit“ – „hilfsbedürftig“; „für Menschenrechte kämpfend“ – „Opfer von nicht eingehaltenen Menschenrechten“. Der Unterschied zwischen den beiden Diskursteilen liegt zum einen in der Bewertung der AsylwerberInnen. Werden AsylwerberInnen im hegemonialen Diskurs vorwiegend negativ bewertet, werden sie im Gegendiskurs (bis auf sehr wenige Ausnahmen) nicht bewertet.

Eine weitere Unterscheidung lässt sich auch in der Einschätzung von AsylwerberInnen in den beiden Teildiskursen feststellen. Im hegemonialen Diskurs werden AsylwerberInnen als aktiv handelnd dargestellt - sie missbrauchen, bedrohen, stehlen, etc. Im Gegendiskurs sind AsylwerberInnen hauptsächlich passiv dargestellt.

In jedem Fall wird die Konstruktion des „Fremden“ zum Teil der eigenen Identitätskonstruktion. Der politische Umgang mit AsylwerberInnen wird in beiden Fällen gebraucht, um ein Selbstbild zu prägen. Das Selbstbild ist jenes der KärntnerInnen im traditionellen Sinn oder jenes des „anderen“ Kärnten, wie es eine online-Kampagne der Grünen 2010 ausdrückte (vgl. Facebook vom 23.2.2011). Der asylpolitische Diskurs ermöglicht eine mehrfache Identitätskonstruktion: jene in Abgrenzung von den AsylwerberInnen, jene in Abgrenzung von den „anderen KärntnerInnen“,

welche den Gegendiskurs führen, und jene von der Bundesregierung und allen weiteren äußeren KritikerInnen.

13. Resümee

Am Anfang dieser Arbeit stand die Frage nach identitätspolitischen Prozessen in der Kärntner Asylpolitik. Im Zentrum der Analyse befand sich die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ im asylpolitischen Diskurs. Um diese Frage zu erschließen, wurde zum einen eine Literaturrecherche zur Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“, dem Zusammenhang von Vorstellungen kultureller Identität und der Exklusion „Fremder“ sowie der Mobilisierung von identitätspolitischen Diskursen durch politische AkteurInnen unter der besonderen Beachtung von rechtspopulistischen Identitätspolitiken durchgeführt. Zum anderen wurde eine Diskursanalyse der medialen Berichterstattung in der Kleinen Zeitung sowie in den Presseaussendungen über den APA-OTS (Austrian Press Agency Originaltextservice) durchgeführt. Dabei wurde nach den Methoden der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger vorgegangen (vgl. Jäger 2004).

Um ein Resümee über die Ergebnisse dieser Analyse zu ziehen, möchte ich mich im Folgenden an den dieser Arbeit vorangestellten Thesen orientieren.
Die Konstruktion von einem „Wir“ und einem „Anderen“ steht im Mittelpunkt des Kärntner asylpolitischen Diskurs. Wie Zygmunt Baumann beschreibt, gibt es in postmodernen Gesellschaften ein „überwältigendes Gefühl der Unsicherheit“, das Angst auslösen und bei Menschen eine Sehnsucht nach der scheinbar fehlenden Klarheit hervorruft (Baumann 2000, 39f). MigrantInnen können in dieser Unsicherheit als Projektionsflächen genutzt werden, Raum für Phantasien über „Fremde“ bieten und Vorstellungen über ein vielfältig interpretierbares Feindbild ermöglichen. Diese eigenen sich für unterschiedlichste Grenzziehungsprozesse, die - auch auf Grund ihrer Fähigkeit Widersprüche in sich zu integrieren - Identitätskonstruktionen ermöglichen und diese auch für politische Strategien nutzbar machen (vgl. Bielefeld 1992, 104f). Eine solche Strategie ist jene der vormachtorientierten Politisierung der „eigenen“ Kultur gegen die Kultur der „Anderen“. Aus dieser Strategie heraus entstehen „fundamentalistische Identitätspolitiken“, die „*kulturelle Differenz*“ zum Zwecke der Machtlegitimation missbrauchen. „*Kulturelle Differenz*“ eignet sich als Instrument zur Mobilisierung durch Ausschließung und stellt eine „Versuchung“ für ihren „Missbrauch zum Zwecke der Legitimation sozialer und politischer Machtinteressen dar“ (vgl. Meyer 2002, 10ff). Die Logik der Politisierung von „kultureller Differenz“ ermöglicht zum einen eine starke politische Mobilisierung und verschiebt zum anderen Probleme, die politisch nicht lösbar scheinen, – wie zum Beispiel ökonomische oder soziale Probleme – auf den „Verfall kultureller Identität“ (vgl. Meyer 2002, 36). Rechtspopulistische AkteurInnen verknüpfen diese Vorstellung von „kultureller Differenz“ mit dem Konzept des „Volkes“, welches als homogene Einheit dargestellt wird. Dabei wird die Frage nach Identität auf ideologische Weise auf das

scheinbare Problem der Auflösung traditioneller Bindungen reduziert (Geden 2006, 21). Die Vorstellung von der „Natürlichkeit“ einer Nation und eines homogenen, darin lebenden „Volkes“ kann „Gefahr“ laufen durch MigrantInnen oder weitere, als „Andere“ definierte Personen in Frage gestellt zu werden. (vgl. Baumann 2000).

Die Vorstellung von einem homogenen „Wir“, das in einem kontradiktorischen Gegensatz zu einem als negativ besetzten „Anderen“ gezeichnet wird, spiegelt sich auch im asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška wieder. Die Kärntner Bevölkerung wird dabei als einer „Bedrohung“ ausgesetzte Gruppe konstruiert, die geschützt werden muss. Die „Gefahr“ stellt dabei die Gruppe der AsylwerberInnen dar, die als Sicherheitsrisiko mit den Attributen kriminell, gewalttätig und „straffällig“ beschrieben wird. Die AsylwerberInnen werden dabei im vorwiegend von der Kärntner Landesregierung, dem BZÖ und der FPK geführten hegemonialen Diskurs (vgl. Jäger 2004) als Menschen, die die als positiv konnotierte Hilfsbereitschaft der KärntnerInnen missbrauchen und dabei die KärntnerInnen finanziell belasten würden, konstruiert.

Im Gegendiskurs hingegen, der vorwiegend von NGOs, der Kirche und den Grünen gestaltet wird, wird der Gegensatz zwischen der Kärntner „Wir“ - Gruppe, die für die Rechte der AsylwerberInnen kämpft und dabei diese als „Opfer“ darstellt, denen es zu helfen gilt, konstruiert..

Diese beiden weitgehend klar abgegrenzten Diskurspositionen verändern sich im Diskursverlauf teilweise. Ende 2010 entsteht hauptsächlich innerhalb der bis dorthin nicht klar zuordenbaren Positionierung der SPÖ eine neue Grenzziehung, der sich auch die FPK anschließt. Nun wird zwischen „guten“, hilfsbedürftigen und integrierten AsylwerberInnen sowie „schlechten“, kriminellen und der Gesellschaft zur Last fallenden AsylwerberInnen unterschieden. Für Erstere wird – auch in Abgrenzung zur Bundesregierung – für ein Bleiberecht gekämpft, während Letztere so schnell wie möglich abgeschoben werden sollten.

Eine Gruppe von AsylwerberInnen wird im asylpolitischen Diskurs, vor allem im Jahr 2008 sowie vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen 2009, besonders häufig erwähnt und mit spezifischen Eigenschaften in Zusammenhang gebracht. TschetschenInnen werden nicht „nur“ als kriminell, sondern, unter anderem in Folge einer Diskussion rund um eine „Schlägerei“ zu Silvester 2008, als gewalttätig konstruiert. TschetschenInnen wurden darauf folgend mit realen Konsequenzen dieser Diskussion konfrontiert. Mehrmals wurden tschetschenische Familien von der Kärntner Landesregierung dazu gezwungen in Busse zu steigen, die sie über die Kärntner Landesgrenze in das Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen „abschieben“ sollten. Das Innenministerium verhinderte dies und brachte die Familien wieder zurück in Asylquartiere in Kärnten/Koroška. Im Diskurs wurde mit der Forderung nach einer Verschärfung des Asylrechts gegenüber „gewalttätigen Tschetschenen“ (Jörg Haider, OTS, 15.01.2008) ein Bild gezeichnet, nach dem TschetschenInnen in Zusammenhang mit Gewalttaten gebracht werden.

Im Vorfeld der Landtags- und Gemeinderatswahl 2009 wurde die Diskussion über Asylpolitik besonders öffentlichkeitswirksam geführt. Dies zeigt der quantitative Anstieg von Presseaussendungen und Zeitungsartikeln in der Kleinen Zeitung im Jänner und Februar 2009 deutlich. Identitätspolitik bietet Potential für emotionale Mobilisierung (vgl. Meyer 2002). Asylpolitik ermöglicht es, an vielfältige Diskurse und Emotionen anzuknüpfen und dabei das eigene politische Profil zu schärfen (Gruber 2010, 64f). Indem kontradiktorische Gegensätze zwischen AsylwerberInnen und KärntnerInnen gezeichnet wurden, scheinen wahlkampfstrategische Überlegungen dazu geführt zu haben, Asylpolitik zum Thema auf der politischen Agenda zu machen. Diese Schlussfolgerung lässt sich vor allem auf die häufigen Wortmeldungen von AkteurInnen des BZÖ zurückführen, auf die andere AkteurInnen wie die Grünen, aber auch die SPÖ reagierten. Die ÖVP positionierte sich hingegen kaum im asylpolitischen Diskurs während des Wahlkampfes.

Ein weiterer möglicher Grund für die politische Mobilisierung im Wahlkampf durch Asylpolitikpolitik als Identitätspolitik ist, dass Migrationspolitiken durch ihre Referenz auf simplifizierende Vorstellungen von „Völkern“ oder „Kulturen“ komplexere gesellschaftliche und soziale Problemstellungen überdecken können. Simplifizierende oder rassistische Erklärungsmodelle lenken die Unzufriedenheit über soziale Benachteiligungen auf „die Anderen“ und stärken gleichzeitig die kollektive Identität (vgl. Ottomeyer 2000).

Das Mobilisierungspotential von Asylpolitik als Identitätspolitik erschließt sich auch aus einem weiteren Grund. AsylwerberInnen haben im Diskurs kaum SprecherInnenpositionen. Sie gehören häufig gesellschaftlich marginalisierten Gruppen an. Der mediale Diskurs wird nicht von AsylwerberInnen, sondern von politischen AkteurInnen über AsylwerberInnen geführt. Dadurch haben AsylwerberInnen nur bedingten Einfluss auf ihre Konstruktion als „das Andere“, während politische AkteurInnen kaum mit Gegenreaktionen rechnen müssen, die sie in Rechtfertigungsdruck bringen könnten. Dies ermöglicht Phantasien über „die Anderen“, die sich - auf Grund ihrer Unkonkretheit - dazu eignen, Feindbilder zu konstruieren (vgl. Bielefeld 1992, 104f). Dies spiegelt sich auch in der Analyse des asylpolitischen Diskurses in Kärnten/Koroška wider. AsylwerberInnen kommen in nur drei Prozent aller analysierten Texte zu Wort. Dabei haben sie hauptsächlich in Hintergrundreportagen eine Art „ZeugInnenfunktion“, mit der die Vorwürfe von NGOs gegenüber dem Land Kärnten „belegt“ werden. Dabei werden sie häufig ohne Namen – als „eine Asylwerberin“ (vgl. Kleine Zeitung, 12.01.2010) zitiert und können kaum politische Aussagen treffen. Politische Schlussfolgerungen aus der Lebenssituation von AsylwerberInnen ziehen des Weiteren ExpertInnen aus NGOs. Dies erscheint im Hinblick auf Beispiele der Selbstorganisation von AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška absurd. Im Dezember 2008 organisierten sich Asylwerber, die auf der Saualm untergebracht waren und protestierten vor der

Kärntner Landesregierung. Die Nicht-Wahrnehmung von AsylwerberInnen als SprecherInnen für sich selbst kann mehrere Gründe haben. AsylwerberInnen verfügen kaum über Netzwerke und Strukturen und können diese durch die restriktive und segregierende Asylpolitik in Kärnten/Koroška kaum aufbauen. AsylwerberInnen sind zumeist in Quartieren im ruralen Gebiet untergebracht und können Fahrten zu Treffen kaum finanzieren. Darüber hinaus gilt in den Asylquartieren ein Besuchsverbot für nicht dort lebende Personen. Weitere Anhaltspunkte sind die aus finanziellen Möglichkeiten kaum vorhandene Infrastruktur, wie Internetzugang oder Zeitungen, sowie die oft geringen Sprachkenntnisse, deren Erlangen durch nur selten angebotene und oft nur schwer zugängliche Sprachkurse erschwert wird (vgl. Wulz 2010).

Zusammenfassend ist aus der Analyse des medialen asylpolitischen Diskurses der Schuss zu ziehen, dass in Kärnten/Koroška von unterschiedlichen AkteurInnen Asylpolitik als Identitätspolitik betrieben wird. Dabei werden das „Eigene“ und das „Fremde“ auf verschiedene Wiese konstruiert. Die Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ verläuft dabei nicht entlang einer geraden Bruchlinie, denn, wie auch Stuart Hall schreibt, die Trennlinien in einer Gesellschaft sind nicht starr, sondern werden je nach Ort, Zeit, Beziehung und Fragestellung immer wieder neu gezogen und sind abhängig von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen (Hall 1994, 33). 2008 werden AsylwerberInnen im Zusammenhang mit der Gruppe der tschetschenischen AsylwerberInnen als „gewalttätig“ beschrieben und KärntnerInnen als vor diesen zu „schützen“. 2010 werden AsylwerberInnen in „gute“, „integrierte“ AsylwerberInnen und jene, die „kriminell“ wären und die KärntnerInnen „missbrauchen“, geteilt. Die Bruchlinie verläuft dabei nicht ausschließlich zwischen KärntnerInnen und AsylwerberInnen. Im hegemonialen Diskurs werden KärntnerInnen als in ihrer „Hilfsbereitschaft ausgenutzt“ gezeichnet, während sie im Gegendiskurs als zu wenig „hilfsbereit“ und die „Menschenrechte nicht achtend“ beschrieben werden. AsylwerberInnen werden im Diskurs um die Saualm als „straffällig“ und „kriminell“ konstruiert, im Diskurs um das Bleiberecht einer Familie als „traumatisierte Opfer“. Damit wird deutlich, dass Asylpolitik sich für unterschiedlichste Grenzziehungsprozesse eignet, da AsylwerberInnen Projektionsfläche für verschiedene Phantasien über „Fremde“ und in Abgrenzung davon auch dem „Eigenen“ bietet. Sie ermöglicht einen breiten Interpretationsspielraum, die Möglichkeit Aussagen zu verändern und anzupassen sowie Widersprüche in sich zu integrieren (vgl. Bielefeld 1992). Asylpolitik eignet sich dazu, weil sie polarisiert, sie ermöglicht an verschiedene Emotionen und Diskurse anzuknüpfen und dabei durch eine klare ideologische Verortung das eigene politische Profil zu schärfen (vgl. Gruber 2010).
Die politischen AkteurInnen in Kärnten/Koroška nutzen das Mobilisierungspotential von Asylpolitik als Identitätspolitik zumindest teilweise, wie der Anstieg von medialen Aussagen über

asylpolitische Themen im Wahlkampf verdeutlicht.

Welche Auswirkungen auf den Alltag und die zwischenmenschlichen Verhaltensweisen von Menschen die politische Profilierung durch Asylpolitik als Identitätspolitik hat, muss in dieser Arbeit unbeantwortet bleiben. Dass die Konstruktion von kontradiktorischen Gegensätzen, einem positiv besetzten, mit politischer Macht ausgestattetem „Eigenen“ gegenüber einem negativ besetzten und in ihren Grundbedürfnissen abhängigen „Fremden“ Einfluss auf die Lebensrealität von Individuen hat, ist aber anzunehmen. Welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, ist in erster Linie eine politische Frage. So lange Identitätspolitik für die Legitimation der eigenen politischen Vormachtstellung genutzt wird (vgl. Meyer 2002) und damit ein ungleicher Gegensatz zwischen „Wir“ und den „Anderen“ konstruiert wird, scheint eine Gesellschaft, die auf dem respektvollen Umgang gleichwertiger Individuen miteinander basiert, kaum realistisch.

14. Literatur

AK Markus Omofuma (2009): Ohne Aufenthaltstitel. Eigenverlag. Wien.

Balibar, Entienne (1989): Gibt es einen neuen Rassismus? Das Argument 175. Jg.31. S. 369-380.

Balibar, Entienne/ Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin.

Balibar, Entienne (1990): Gibt es einen Neorassismus? In Balibar, Entienne/ Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin. S. 23-39.

Bauböck, Rainer (1996): „Macht Rasse und Sprache verschieden" Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute. IHS. Reihe Politikwissenschaft No.31. Wien.

Bauer, Lucia/ Schmidinger, Thomas (2005): Rassismus im Betrieb. PGA7. Wien.

Baumann, Zygmunt (2000): Vereint in Verschiedenheit. In: Berghold, Josef/ menasse, Elisabeth/ Ottomeyer, Klaus (Hg). (2000): Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen. Drava. S. 35-46.

Benz, Wolfgang (1996): „Feindbild und Vorurteil". München, Deutscher Taschenbuch Verlag.

Betz, Hans-Georg (2004): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: ÖZP, 31 Jg. (2002) H.3, 251- 264.

Bielefeld, Ulrich (1991): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Junis. Hamburg.

Bratic, Ljubomir (2003): Diskurs und Ideologie des Rassismus im österreichischen Staat. In: Kurswechsel 2/2003.Wien

Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht. Suhrkamp. Berlin.

Bourdieu, Pierre (1990): Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien.

Dilman, Moradoglu (1993): Rassismus aus der Sicht der Einwanderer. Eine Befragung unter den in Wien lebenden EinwanderInnen aus der Türkei über ihre Auseinandersetzung mit Rassismus. Wien (unveröffentlichte Diplomarbeit).

Dimmel, Nikolaus (2006): „Politik der inneren Sicherheit". In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Talos (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. Wien. S. 637-651.

Van Dijk, T.A. (1991): Racism and the Press. London.

Fanon, Franz (1994 (1956)): Kritik des kulturellen Rassismus. In: Detlev Claussen: Was heißt Rassismus? Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt.

Fassmann, Heinz (Hg.), (2007) : 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Drava, Wien.

Foucault, Michel (1981): Die Archäologie des Wissens. Suhrkamp. Frankfurt/ Main.

Foucault, Michel (2007): Die Ordnung des Diskurses. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Friesl, Christian/ Hamachers-Zuba, Ursula/ Polak, Regina (Hg.) (2009): Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990-2008. Czernin. Wien.

Fröhlich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich- Patriotismus. In: ÖZP, 33 Jg. (2004) H.3, 281-295.

Gärtner, Reinhold (2009): Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus im Vormarsch. K&S. Wien.

Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizer Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Giddens, Anthony (1991): Modernity and Self-identity. Polity Press. London.

Götzelmann, Andrea (2010): Wer macht Asylpolitik? AkteurInnen und ihre Strategien in der österreichischen Asylgesetzgebung. LIT

Gruber, Oliver (2010): Politisierte Zuflucht: Asyl im Brennpunkt politischer Öffentlichkeitsarbeit. In: Rosenberger, Sieglinde (Hg.) (2010): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus. Facultas. Wien. S. 62-82.

Guillaumin, Colette (1991): Rassismus. Das Wort und die Vorstellung. In: Bielefeld, Ulrich (1991): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburger Edition. Hamburg. S. 159-173.

Heinisch, Reinhard (2004): Die FPÖ- Ein Phänomen im internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus. In: ÖZP, 33 Jg. (2004) H.3, 247-261.

Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Argument Verlag. Hamburg.

Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. Vortrag gehalten am 17.5. in Hamburg. In: Räthzel, Nora (2000): Theorien über Rassismus. Argument. Hamburg. S. 7-16.

Hund, Wolf D. (2007): Rassismus. Transcript. Bielefeld.

Jäger, Siegfried (1993): Rassismus und Rechtsextremismus – Gefahr für die Demokratie. In: Entstehung von Fremdenfeindlichkeit: Die Verantwortung von Politik und Medien. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. und 23. März 1993 in Potsdam. Bonn.

Jäger, Siegfried (2000): Das Fremde und die Medien. In: Medien Impulse. März 2000.

Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Unrast. Münster.

Jelinek, Elfriede (2007): Neid. www.elfriedejelinek.com am 28.10.2011.

Keupp, Heiner u.a. (2008): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten der

Spätmoderne. Hamburg. Rowohlt.

Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden.

Koroschitz, Werner/ Rettl, Lisa (2006): Ein korrekter Nazi. Oskar Kraus, NS-Oberbürgermeister von Villach. Kärntner Erinnerungsk(r)ämpfe. Drava

Koselleck, Reinhart (1975): Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe. In: Harald Weinrich (Hg.), Positionen der Negativität. München. S. 65-104,

Lackner, Peter/ Lerchster, Ruth Erika (2009): Asylanten auf der Saualm. In: Gruppendynamik 40, Seite 335-356

Lynn, Nick/ Lea, Susan (2003): 'A Phantom Menace and the New Apartheid': the Social Construction of Asylum-Seekers in the United Kingdom,. In: Discourse & Society. London 425-452.

Ottomeyer, Klaus (2000): Fremdenfeindlichkeit als Selbstwertdroge. In: Berghold, Josef/ Menasse, Elisabeth/ Ottomeyer, Klaus (Hg). (2000): Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen. Drava. Klagenfurt. S. 17-34.

Ottomeyer, Klaus (2009): Jürg Haider- Mythenbildung und Erbschaft. Drava. Klagenfurt

Perchinig, Bernhard (2009): Von der Fremdarbeit zur Integration? (Arbeits)migration- und Integrationspolitik in der Zweiten Republik. In ÖGL, 53.Jg.2009, H.3.228-246

Maughan, Bethany (2010): Tony Balir´s asylum policies: The narratives and conceptualisations at the heart of New Labours restrictionism. Refugee Studies Centre. Working Paper Series no. 69.

Memmi, Albert (1992): Rassismus. Europäische Verlagsanstalt. Hamburg.

Meyer, Thomas (1997): Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. Berlin. Aufbau.

Miles, Robert (1998): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: Nora Räthzel (Hg.in) (1998): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument. S. 17-33

Müller, Jost (1990): Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: Redaktion Diskus (Hg.) (1990) Die freundliche Zivilgesellschaft. Edition ID Archiv. Berlin. S. 25-44

Pieper, Tobias (2008): Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik. Westfählisches Dampfboot.

Renan, Ernest (1996): Was ist eine Nation? Rede am 11. März 1882 an der Sorbonne. Europäische Verlagsanstalt. Hamburg.

Rosenberger, Sieglinde (Hg.) (2010): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus. Facultas. Wien.

Singer, Mona (1997): Fremd. Bestimmung: zur kulturellen Verortung von Identität. Thübingen.

Skenderovic, Damir/ Dámato, Gianni (2008): Mit dem Fremden Politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Chronos. Zürich.

Stupnig, Siegfried (2009): Säuberungsaktionen in Tschetschenien – und Österreich? In: Lind, Maria; Stupnig Siegfried (Hg.) (2009) Aspis Jahresbericht 2008, www.aspis.at

Schiedl, Heribert (2007): Der rechte Rand. Extremistische Gesinnung in unserer Gesellschaft. Steinbauer. Wien.

Taguieff, Pierre-André (1991): Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus. In: Bielefeld, Uli (1991); Das Eigene und das Fremde. S. 221-268.

Terkessidis, Mark (1998): Psychologie des Rassismus. Opladen.

Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Trascript. Bielefeld.

Vogl, Mathias (2007): Die jüngere Entwicklung im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts. In: Fassmann**, Heinz** (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Drava Verlag,

Wien. S. 19-41

Wallerstein, Immanuel (1998): Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus. In: Balibar, Entienne/ Wallerstein, Immanuel (1998): Rasse, klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Argument Verlag. Hamburg. S. 39-48

Wodak, Ruth/ de Cillia, Rudolf/ Reisigl, Martin/ Liebhart, Karin (2009): The discoursive construction of national identity. Second Edition. Edinburgh University Press. Edinburgh.

Wulz, Janine (2010): An den Rand gedrängt und doch präsent: AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška. In: Rosenberger, Sieglinde (Hg.) (2010): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus. Facultas. Wien. S. 185-202

Ziege, Eva-Maria (2009): Antisemitismus und Gesellschaftstheorie. Suhrkamp.

Zeitungsartikel

Das No-go Idyll. Süddetsche Zeitung Magazin 15/2009

Saualm: Kärnten besteht auf überteuertes Asylheim. Der Standard. 18.11.2011

15. Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikel in der Kleinen Zeitung und Presseaussendungen über TschetschenInnen.

Tabelle 2: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikel in der Kleinen Zeitung und Presseaussendungen über die Saualm.

Tabelle 3: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikel in der Kleinen Zeitung und Presseaussendungen über ein Erstaufnahmezentrum in Kärnten/Koroška.

Tabelle 4: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikel in der Kleinen Zeitung über den Brand in einem Asylquartier.

Tabelle 5: Konstruktion von „Wir“ und den „Anderen“ in Artikel in der Kleinen Zeitung und in Presseaussendungen die keinem spezifischen Thema zugeordnet wurden.

Tabelle 6: Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ durch politische AkteurInnen.

Grafik 1: Verlauf des asylpolitischen Diskurs in Kärnten/Koroška nach Häufigkeit der Artikel/Presseaussendungen.

Grafik 2: Analysierte Aussagen nach AkteurInnen und Anzahl der Aussagen.

Grafik 3: Zusammenfassung der Häufigkeit der Aussagen im Diskurs nach Gruppen und Parteien.

Grafik 4: Die Konstruktion des „Eigenen“ im asylpolitischen Diskurs.

Grafik 5: Die Konstruktion des „Anderen“ im asylpolitischen Diskurs.

16. Anhang

1. Die Konstruktion des „Wir“ (siehe Kapitel 12.1).

Hier werden die Bezeichnungen für das „Wir“ nach Häufigkeit ihres Vorkommens in den analysierten Texten dargestellt.

Wir	Häufigkeit
Müssen geschützt werden	50
Halten uns an Gesetze	14
human/achten Menschenrechte	13
Hilfsbereit	12
Sind hart gegen jene die unsere Gastfreundschaft missbrauchen	10
Vorbild/ Vorreiterrolle	8
Haben funktionierende Maßnahmen/ lösen Probleme	5
Wehren uns	5
Sind belastet	2
Gute Nachbarn	2
Wollen uns weiter entwickeln	1
Interessiert am sozialen Frieden	1
Werden bedroht	1
Sind nicht rechts	1
Empathisch	1
Sind etwas Besonderes	1

2. Tabelle zur Konstruktion des „Anderen“ (siehe Kapitel 12.1.)

Hier werden die Bezeichnungen für das „Andere“ nach Häufigkeit ihres Vorkommens in den analysierten Texten dargestellt.

Andere	Häufigkeit
kriminell	52
gewalttätig	16
straffällig	15
Sicherheitsrisiko/Bedrohung	13
Werden instrumentalisiert/ kriminalisiert	12
Verursachen hohe Kosten/teuer	10
Haben Angst/ traumatisiert	9
Missbrauchen Hilfe	8
Wollen sich integrieren	7
arm/Opfer	7
Wollen zu viel	7
Gefährden sozialen Frieden	6
Benehmen sich nicht richtig/ integrieren sich nicht	4
hilfsbedürftig	5
Leben in schlechten Verhältnissen	4
Haben Probleme/ sind krank	4
Zu viele	3
Drogenabhängig/Drogendealer	3
Nützen uns aus	3
arbeitsfreudig	1
Gastfreundliche	1
Wünschen sich gutes Leben	1
unzuverlässig	1

Genügsam	1
Wollen einsam sein	1
Haben Rechte	1
Strafe	1
Passen nicht ins Konzept	1
Wirtschaftsfaktor	1
Leben in schwierigen Umständen	1
ausgegrenzt	1
schwach	1
illegal	1
rücksichtslos	1
Haben Begabungen	1
respektlos	1
skrupellos	1

3. Verwendetes Material

Die verwendeten Artikel der Kleinen Zeitung sowie die Presseaussendungen wurden teilweise einzelnen Themen zugeordnet. Im Folgenden findet sich eine vollständige Auflistung des verwendeten Materials.

Themenkomplex: Einzelne, besonders diskutierte Gruppen von AsylwerberInnen

1. Artikel in der Kleinen Zeitung

Titel	Erscheinungsdatum	Medium
Anti-Tschetschenen-Resolution verabschiedet	16.01.08	Kleine Zeitung
„Ein Leben zählt da nicht viel“	29.01.09	Kleine Zeitung
Asyl: Straftäter schneller abschieben	28.04.08	Kleine Zeitung
Polit-Duell Haider gegen Fekter	20.07.08	Kleine Zeitung
Asyl-Praxis vor Gericht	23.07.08	Kleine Zeitung
„Wolfgang Rössler...“ (??)	24.07.08	Kleine Zeitung
Einquartiert in Wolfsberg, bis auf Weiteres	27.07.08	Kleine Zeitung
Odyssee einer Familie findet kein Ende	25.05.09	Kleine Zeitung
Tschetschenien-Expertin: „Sie sind arbeitsame Flüchtlinge“	05.08.09	Kleine Zeitung online
Höchstgericht für Tschetschenen	09.08.09	Kleine Zeitung
Zwei 16-jährige überfielen Trafik in Villach	23.09.09	Kleine Zeitung online
Dörfler will Trafikräuber in Saualm-Heim verlegen	23.09.09	Kleine Zeitung online
Aufregung ums Asyl	24.09.09	Kleine Zeitung online
Dörfler fordert „härtere Linie“ gegen Asylwerber	25.09.09	Kleine Zeitung online
„Treibt euch nicht auf der Straße herum“	27.09.09	Kleine Zeitung online

2. APA OTS Presseaussendungen

Titel	Erscheinungsdatum	Veranlasst durch
LH Jörg Haider: Gewalttätige tschetschenische Asylwerber werden aus Kärnten abgeschoben	07.01.08	Haider, BZÖ Kärnten
BZÖ-Petzner zu Tschetschenen-Abschiebung: Die Täter werden bemitleidet und niemand kümmert sich um die Opfer!	10.01.08	Petzner, BZÖ
LH Jörg Haider fordert Länderkompetenz bei Abschiebung gewalttätiger Asylwerber	14.01.08	Haider, BZÖ
LH Haider zu Asyl: Sicherheit der Bevölkerung muss gewährleistet sein	15.01.08	Haider, Landesregierung
Tschetschenen-Abschiebung: Landeshauptmann Jörg Haider wendet sich per Brief direkt an die Villacher Bevölkerung	18.01.08	Haider, LH Büro
LH Haider: Kein Asyl für gewaltbereite und kriminelle Ausländer	17.07.08	Haider, Landesregierung
BZÖ-Petzner: Abschiebung von kriminellen Asylwerbern aus Kärnten ist rechtens und wird keinesfalls zurück genommen!	19.07.08	Petzner, BZÖ
LH Dörfler fordert U-Haft für prügelnde Tschetschenen-Bande	04.06.10	Dörfler, Landesregierune
LH Dörfler fordert BM Fekter härteres Durchgreifen bei Asylwerbern	09.07.10	Dörfler

Themenkomplex: Saualm

1. Artikel in der Kleinen Zeitung

Titel	Erscheinungsdatum	Medium
„Sonderanstalt“ für Asylsuchende auf der Saualm eingerichtet	05.10.08	Kleine Zeitung
Haider verteidigt Asyl-„Sonderanstalt“	07.10.08	Kleine Zeitung
Betreuer empört über Kärntner Asyl	07.10.08	Kleine Zeitung
„Höchstens zwei Monate, sonst bring´ich mich um!“	08.10.08	Kleine Zeitung
Kärntner Katholische Aktion verurteilt „Sonderanstalt“	19.11.08	Kleine Zeitung
Sonderanstalt: Protest der Bewohner	23.12.08	Kleine Zeitung
Saualm-Asylwerber: Weihnachten in krumpendorf	24.12.08	Kleine Zeitung
Saualm-Debakel: Gipfel wurde vorerst abgesagt	31.12.08	Kleine Zeitung
Weiter Politstreit um Asylwerber von der Kärntner Saualm	03.01.09	Kleine Zeitung
Vorgeschichte (zu Artikel vom 3.1.09)Vowürfe	03.01.09	Kleine Zeitung
Saualm: Asyl-Streit ufert aus	03.01.09	Kleine Zeitung
„Kriminelle würden im Gefängnis sitzen“	03.01.09	Kleine Zeitung
Superintendent ermutigt Helfer	06.01.09	Kleine Zeitung
Schwarzer Frontalangriff auf Dörfler	10.01.09	Kleine Zeitung
Schwarzer Frontalangriff auf Dörfler	10.01.09	Kleine Zeitung
Wahlkampfauftakt: Schicksalswahl schweißt BZÖ zusammen	11.01.09	Kleine Zeitung
Mehrheit gegen Saualm	21.01.09	Kleine Zeitung
Holub: Die vielen bösen Briefe machen mich traurig	30.01.09	Kleine Zeitung
Anzeige gegen Asyl-Beamten	12.02.09	Kleine Zeitung
Sechs Ex-Insassen der	12.02.09	Kleine Zeitung

„Sonderanstalt“ Saualm unbescholten		
Anzeige gegen Asyl-Beamten	13.02.09	Kleine Zeitung
Asyl-Referent rudert zurück	10.02.09	Kleine Zeitung
Dörfler beharrt auf „Sonderanstalt“ auf der Saualm	23.02.09	Kleine Zeitung
Nur fünf Prozent sind für Saualm	24.02.09	Kleine Zeitung
Mindestsicherung: Weitere Gespräche laut Dörfler Anfang Mai	07.04.09	Kleine Zeitung
Pachtvertrag für Saualm verlängert	17.04.09	Kleine Zeitung
Saualm ist Fall für den Staatsanwalt	05.05.09	Kleine Zeitung online
Saualm- „Sonderanstalt“ beschäftigt Kärntner Justiz	05.05.09	Kleine Zeitung online
Zeichen des Miteinanders	29.05.09	Kleine Zeitung online
„Sonderanstalt“ für Asylsuchende auf Kärntner Saulm hat neue Leitung	17.06.09	Kleine Zeitung online
Teurer Populismus	20.07.09	Kleine Zeitung
Gras über Saualmheim	20.07.09	Kleine Zeitung
Asyl- Fall: Justiz prüft jetzt Bonität des Landes	18.12.09	Kleine Zeitung online
Konkursantrag wurde abgewiesen	11.01.10	Kleine Zeitung online
Saualm,- Affäre: Land musste jetzt zahlen	12.01.10	Kleine Zeitung
Neue Vorwürfe gegen Saualm Heim	08.02.10	Kleine Zeitung online
Kärnten zahlt täglich 1000 Euro für die Saualm	09.02.10	Kleine Zeitung online
Ein Film über den Fall Saualm und die Hintergründe	13.04.10	Kleine Zeitung online
Brennpunkt Sonderanstalt	17.04.10	Kleine Zeitung online
Teure Saualm im Visier des Rechnungshofs	07.05.10	Kleine Zeitung online
Land steht zu Saualm-Heim	08.05.10	Kleine Zeitung

2. APA OTS Presseaussendungen

Titel	Erscheinungsdatum	Veranlasst durch
LH Haider: Kriminelle Asylanten sollen in Sonderanstalten untergebracht werden	28.07.08	Haider, BZÖ
LH Haider: Sonderanstalt für straffällig gewordene Asylanten eingerichtet	06.10.08	Haider, BZÖ
Wer Feindbilder schürt sät Hass und Gewalt	06.10.08	Trunk, SPÖ NR-Abgeordnete
Keine „Sonderanstalten“- SP Forderung nach Beschleunigung der Asylverfahren	06.10.08	Seiser, SPÖ Klubobmann Kärnten
BZÖ-Petzner: SPÖ-Front gegen Sonderanstalt für straffällig gewordene Asylanten bröckelt!	07.10.08	Petzner, BZÖ Mathiaschitz SPÖ
Seiser: Guantanamo Bay auf der Saualm	07.10.08	Seiser, SPÖ
KLARSTELLUNG des geschäftsführenden Landesparteiobmanns des BZÖ Kärnten Stefan Petzner	09.10.08	Petzner, BZÖ
Asyl: Katholische Aktion kritisiert „Sonderanstalt“ auf Saualm	09.10.08	Wernig (Präsidentitn KA)
BZÖ-Petzner: UNO stellt Sonderanstalt für kriminelle Asylwerber Persilschein aus!	10.10.08	Petzner, BZÖ
Kaiser: Menschenrechte sind nicht teilbar	10.10.08	Kaiser, SPÖ
Klarstellung: Kein UNHCR-Persilschein für Asylquartier Saualm	10.10.08	Schönbauer, UNHCR Sprecher
Korun kündigt Besuch der Asylwerber-Unterkunft Saualm an	13.11.08	Korun, Grüne Nationalrätin
Vilimsky: Umstände in „Sonderanstalt“ Saualm sind klärungsbedürftig	14.11.08	Vilimsky, FPÖ Nationalrat
LH Dörfler verweigert Grün-Abgeordneter Korun Zutritt zum Flüchtlingsquartier Saualm	14.11.08	Korun, Grüne Nationalrätin
FPÖ Kärnten fordert sofortige Erledigung der Causa um die mutmaßlich straffälligen Asylwerber auf der Saualm	23.12.08	Steiner, Landesgeschäftsführer FPÖ Kärnten

Korun: Ministerin Fekter muss Saualm-Chaos beseitigen	23.12.08	Korun, Grüne
LH Dörfler: Holub und Martinz haben kein Interesse an Lösungen	30.12.08	Dörfler, BZÖ
Prasch: Kein Krumpendorfer Präzendenzfall bei der Unterbringung von Asylanten in touristischen Gewerbebetrieben	30.12.08	Prasch (BZÖ Bürgermeisterkandidat)
Martinz: Dörfler und Holub verursachen Asylanten-Chaos in Kärnten	30.12.08	Martinz, ÖVP
BZÖ-Petzner: Bandenkriege unter Asylwerbern und Asyländern im roten Wien bestätigen Sonderweg Kärntens	14.01.08	Petzner
BZÖ-Petzner zu Zogaj: Harte Töne von Tauschitz völlig unglaubwürdig	15.01.09	Petzner, BZÖ
SPÖ Seiser: Dörfler ist unfähig Situation auf der Saualm zu lösen	20.01.09	Seiser, SPÖ
LH Dörfler: Holub soll Asyl-Schmierentheater endlich beenden	20.01.09	Dörfler, BZÖ
BZÖ-LPO Scheuch: Zahl krimineller Asylwerber bestätigt Sonderweg Kärntens	21.01.09	Scheuch
BZÖ-LPO Scheuch: Grüner Parlamentsklub hat aus Steuergeldern Unterbringung von flüchtigen Asylwerbern im Hotel bezahlt	13.02.09	Dörfler
Brosz an BZÖ: Die Grünen danken für die Unterstützung ihrer Menschenrechtsarbeit	13.02.09	Brosz
Grüne zu Saualm-Schließung: Asylpolitischer Amoklauf vorerst beendet	18.02.09	Glawischnig, Korun
LH Dörfler: Sonderbetreuungsheim Saualpe bleibt geöffnet	18.02.09	Dörfler, BZÖ
LH Dörfler: Saualm Heim bleibt bestehen!	18.02.09	Dörfler, Büro Landeshauptmann
BZÖ- Lindner: Fekter soll für Schutz und Ordnung der Österreicher sorgen	26.02.09	Lindner, BZÖ NR
LH Gerhard Dörfler: Projekt „Saualm“ wird weitergeführt	17.04.09	Dörfler
BZÖ Kärntnen Pressediesnt: KTZ wieder einmal völlig falsch recherchiert	28.04.09	BZÖ

LH Dörfler: Erfolg für Kärntner Asylpolitik	27.05.09	Dörfler
Vorbildliche Führung der Sonderbetreungseinrichtung auf der Saualm	18.01.10	Dörfler, Landesregierung
LH Dörfler: Asyltheater muss eindlich beendet werden	27.01.10	Dörfler, FPK
LH Dörfler: Sonderbetreuungseinrichtung auf der Saualm erhöht die Sicherheit der Kärntner Bevölkerung	09.02.10	Dörfler, Landesregierung
Sonderbetreuungseinrichtung Saualm entspricht der EU-Richtlinie	17.02.10	Dörfler
LH Dörfler zu straffälligen Asylwerbern: Notwendigkeit der Sonderbetreuung erneut bestätigt	06.04.10	Dörfler, Landesregierung
SPÖ Kaiser: FPK-ÖVP-Sparstückwerk verschlechtert die Situation Kärntens	07.05.10	Kaiser
Kärnten: Kostengünstige Organisation des Flüchtlingswesen	07.05.10	Dörfler

Themenkomplex Erstaufnahmezentrum

1. Artikel Kleine Zeitung

Titel	Erscheinungsdatum	Medium
Asyl-Zentrum lässt Wogen hochgehen	21.03.09	Kleine Zeitung
Kärnten bei Flüchtlingsquote Schlusslicht- mit Abstand	12.03.09	Kleine Zeitung
Breite Basis für ein positives Miteinander	25.03.09	Kleine Zeitung
Dörfler will „Asylheim“ kaufen, ehe es Fekter tut	16.04.09	Kleine Zeitung
Aufregung wegen Asylwerberheim	17.04.09	Kleine Zeitung
„Haben Interesse am Asylheim“	27.06.09	Kleine Zeitung
Starke Abwehrfront füt Asylheim	28.06.09	Kleine Zeitung
Asylheim: Land könnte verzögern	30.06.09	Kleine Zeitung
Gesetz soll Asylheim verhindern	01.07.09	Kleine Zeitung
Asylantenheim: Neuhaus macht Rückzieher	03.07.09	Kleine Zeitung
„Unser Interesse bleibt“	04.07.09	Kleine Zeitung
Eisenkappel aus dem Rennen	09.07.09	Kleine Zeitung
Gerüchte um Erstaufnahmezentrum in Kärnten dementiert	04.08.09	Kleine Zeitung online
„Kampfansage gegen Wolfsberg“	04.01.10	Kleine Zeitung online
Umstrittene Idee für die Kaserne	05.01.10	Kleine Zeitung online
Auch Ja-Stimmen für Asylzentrum	08.01.10	Kleine Zeitung online

2. APA OTS Presseaussendungen

Titel	Erscheinungsdatum	Veranlasst durch
BZÖ-Petzner, Strutz: Fekter bestätigt zweites Traiskirchen im Süden Österreichs	03.12.08	Petzner, Strutz, BZÖ
LH Dörfler: Mehr Polizei ist Teilerfolg- Nein zu Erstaufnahmezentrum in Kärnten	30.01.09	Dörfler
Asylzentrum in Kärnten: BZÖ sagt klar Nein	12.02.09	Dörfler
BZÖ-Petzner: Warnungen bestätigt- Wir werden erbitterten Widerstand gegen Asyl-Erstaufnahmezentrum in Kärnten leisten!	20.03.09	Petzner

Themenkomplex „Brandanschlag“

1. Artikel Kleine Zeitung

Titel	Erscheinungsdatum	Medium
Toter in Asylheim	23.01.09	Kleine Zeitung
Legten Hooligans Feuer in Asylheim?	08.12.09	Kleine Zeitung online
Steiner muss vor Gericht	20.01.10	Kleine Zeitung
Asylheim- Brand: 14 Opfer klagen an	09.02.10	Kleine Zeitung
Ministerium übt Kritik an Brandermittler	11.02.10	Kleine Zeitung
Die Anklage	27.02.10	Kleine Zeitung
Asylheimbrand: Keiner will schuld gewesen sein	04.03.10	Kleine Zeitung
Brandschutz in Asylheim nie überprüft	05.03.10	Kleine Zeitung
Asylheimbrand: Verteidiger will Fluchtverhalten prüfen	05.03.10	Kleine Zeitung online
Asylheimbrand: Gernot Steiner freigesprochen	05.05.10	Kleine Zeitung online
Rechtsanwalt: Freispruch ist ein Skandal	07.05.10	Kleine Zeitung online

Es wurden keine Presseaussendungen zum Themenkomplex „Brandanschlag“ vesandt.

Keinem besonderen Themenkomplex zugeordnete Artikel in der Kleinen Zeitung

Titel	Erscheinungsdatum	Medium
„Sesselmeer“ für neues Asyl-Recht	09.10.08	Kleine Zeitung
Abgeschoben: Keine Gnade für traumatisierten Asylwerber	01.11.08	Kleine Zeitung
Ich lehne Radikalisierung in jeder Form ab“	07.11.08	Kleine Zeitung
BZÖ fürchtet, dass Kaserne zu Asylheim wird	03.11.08	Kleine Zeitung
Arigona, Parks und Porto im Kärntner Wahlkampf	27.01.09	Kleine Zeitung
50 Polizisten mehr für Kärnten	29.01.09	Kleine Zeitung
Wirbel um Asylheim-Plan	20.03.09	Kleine Zeitung
Asyl: Fekter und Pühringer fordern Strafzahlungen für Kärnten	18.06.09	Kleine Zeitung online
Gerüchte über ein Asylheim machen in Ferlach die Runde	30.07.09	Kleine Zeitung
Schlechte Chancen für arbeitswillige Asylwerber	30.08.09	Kleine Zeitung
Afrikaner beim Heroin-Dealen verhafte	10.09.09	Kleine Zeitung
Sie managt jede Krise	30.09.09	Kleine Zeitung online
Bedrohung durch zwei Asylwerber	07.10.09	Kleine Zeitung
Razzia in Asylantenheim: Vier Dealer verhaftet	08.10.09	Kleine Zeitung
Asyl-Resolution verschoben	08.10.09	Kleine Zeitung online
Kinderporno: Zwei Jahre Haft für Asylwerber	06.11.09	Kleine Zeitung
Asylwerber entgingen knapp einer Katastrophe	03.11.09	Kleine Zeitung
Desolates Heim für dutzende Asylwerber	08.11.09	Kleine Zeitung online
Brand in Asylheim: Ursache ist weiterhin unklar	12.11.09	Kleine Zeitung online
Brandursache in Asylheim weiterhin ungeklärt	13.11.09	Kleine Zeitung
Keine Gnade für jungen Asylwerber	20.11.09	Kleine Zeitung

BZÖ und Scheuch für Überwachung der Grenze im Landessüden	07.01.10	Kleine Zeitung online
„Idiotisches Warten“ - bis zur Depression	12.01.10	Kleine Zeitung
Essen, Kleidung, Taschengeld	12.01.10	Kleine Zeitung
Stadt Villach protestiert gegen zu hohe Asylwerber- Qoute	15.01.10	Kleine Zeitung online
Länder gewährten 1000 Mal humanitären Aufenthalt	17.01.10	Kleine Zeitung online
Beauftragter für Flüchtlinge unter Beschuss	27.01.10	Kleine Zeitung
Sie nannten ihn „Gospod Steiner“	27.01.10	Kleine Zeitung online
Asyl- Regelung für Kärnten ohne Gültigkeit	06.02.10	Kleine Zeitung online
„Fekter hat zu akzeptieren“	27.02.10	Kleine Zeitung
Weniger Rechte für Asylwerber	09.03.10	Kleine Zeitung
Verschärfte Bestimmungen für Asylwerber	09.03.10	Kleine Zeitung online
Fälschermafia macht Asylanten zu U-Booten	11.03.10	Kleine Zeitung online
UNO-Gremium kritisiert neues Asylgesetz	18.03.10	Kleine Zeitung online
Gesetz für Grundversorgung verschärft	19.03.10	Kleine Zeitung
Der Mythos von der Zuwanderung	23.03.10	Kleine Zeitung
Kärntner Flüchtling in Deutschland als Mordverdächtiger verhaftet	02.06.10	Kleine Zeitung online
Beschränkung für Asylwerber	01.07.10	Kleine Zeitung
Schlepper pferchten Opfer in LKW	18.07.10	Kleine Zeitung online
Die Kirche will „Sprachrohr“ der Migranten sein	13.07.10	Kleine Zeitung online
Mazedonier über Nacht abgeschoben	24.09.10	Kleine Zeitung online
Kräuter und Kaiser begrüßen Entscheidung im Fall Komani	18.10.10	Kleine Zeitung online
Das Kommen und Gehen in Zahlen ausgedrückt	19.10.10	Kleine Zeitung online
Wie böse ist das Fremde	25.10.10	Kleine Zeitung

Kein Asyl für bedrohte Familie	05.11.10	Kleine Zeitung online
Einhellige Unterstützung für mongolische Familie	06.11.10	Kleine Zeitung online
Dörfler will Bleiberecht für mongolische Familie	07.11.10	Kleine Zeitung online
Gerhard Dörfler: „Setze Bleiberecht durch“	08.11.10	Kleine Zeitung online
80 Asylanten droht Abschub	08.11.10	Kleine Zeitung online
Scheuch will Vater allein abschieben	09.11.10	Kleine Zeitung online
Spießrutenlauf durch die Bürokratie	14.11.10	Kleine Zeitung
Sie kämpft für Integration durch Sprache	15.11.10	Kleine Zeitung
Kinder geschmuggelt: 14 Tschetschenen angezeigt	18.11.10	Kleine Zeitung
Tschetschenen in Österreich: Immer mehr ändern den Namen	07.12.10	Kleine Zeitung
Von offizieller Seite kümmert sich in Österreich niemand um Asylwerber	12.12.10	Kleine Zeitung
Affront gegen Preisträger	13.12.10	Kleine Zeitung
Debatte um Abschiebung von tschetschenischer Familie	22.12.10	Kleine Zeitung online

Keinem besonderen Themenkomplex zugeordnete Presseaussendungen

Titel	Erscheinungsdatum	Veranlasst durch
LH Jörg Haider: Kärnten wird trotz Schengen-Erweiterung keine zusätzlichen Asylwerber aufnehmen!	02.01.08	Haider, BZÖ Kärnten
LH Dörfler: Kärnten steht zur vereinbarten Asylquote	01.12.08	Dörfler, Landesregierung
LH Dörfler setzt in Wien strenge Kärntner Asyllinie durch	22.01.09	Dörfler
SPÖ Seiser: Dörfler versucht ramponiertes Image aufzupolieren	26.01.09	Seiser
LH Dörfler: BM Fekter muss gegen importierte Asylkriminalität sofort handeln	26.01.09	Dörfler
Kärtner Superintendent lädt Flüchtlinge zum Empfang	26.05.09	Sauer
Kärntner Superintendent Sauer lud zu Empfang für Flüchtlinge und Menschen, die sie begleitet haben	29.05.09	Sauer
LH Dörfler: Vorbildliche Integrationspolitik in Kärnten	18.06.09	Dörfler
Trafik-Überfall: Täter werden in Sondereinrichtung auf Saualm verwiesen	23.09.09	Dörfler, Landesregierung
BZÖ-LPO Scheuch fordert schärfere Überwachung der Asylantenszene	07.10.09	Scheuch
SPÖ-Kaiser: Unerträgliche Maschinengewehr-Rhetorik des BZÖ	07.10.09	Kaiser
Scheuch: Grüne Asylpolitik völlig am Menschen vorbei	08.01.10	Scheuch, FPK
Dörfler: Kärnten erfüllt seine Asylquote Herr Rohr!	08.01.10	Dörfler, BZÖ
LH Dörfler fordert 300 zusätzliche Polizisten für Kärnten	09.01.10	Dörfler, BZÖ
SPÖ-Kaiser an die Adresse von Kurt Scheuch: „Nicht jeder Asylwerber oder Flüchtling ist ein Krimineller!“	22.02.10	Kaiser
LH Dörfler: Neues Grundversorgungsgesetz in Kärnten	08.03.10	Dörfler
LH Dörfler: Keine Benachteiligung Viallachs bei Asylzuteilung	14.04.10	Dörfler, Landesregierung

SPÖ Kaiser: Warum holt Dörfler Drogendealer nach Kärnten?	28.05.10	Kaiser
LH Dörfler: Unwissenheit Kaisers bei Asylwerbern	28.05.10	Kaiser
LH Dörfler: Für Drogen dealende Schwarzafrikaner ist in Kärnten kein Platz	14.07.10	Dörfler
SPÖ Kärnten fordert Bleiberecht für schicksalsgebeutelte Familie aus Mongolei	05.11.10	Kaiser, Prettner

Danksagung

Ich möchte die Gelegenheit nutzen mich bei jenen Menschen zu bedanken, die es mir ermöglicht haben diese Diplomarbeit fertig zu stellen.rein
Allen voran bedanke ich mich bei meiner Familie, die mich immer unterstützt und gefördert hat und die es mir ermöglicht hat zu studieren, meinen Interessen zu folgen, mich zu engagieren und mich weiterzuentwickeln.
Meinen lieben Freundinnen und Freunden, und ganz besonders Kathrin, danke ich für ihre Ermutigungen, ihr Verständnis und für ihre Unterstützung, die Höhen und Tiefen des Studiums und des Lebens zu Meistern.
Einige davon haben diese Arbeit mit ihrer Kritik, ihrem Feedback und so manchem Tipp bereichert. Vor allem bei Flora und Alexandra möchte ich mich hierfür aus ganzem Herzen bedanken.
Darüber hinaus bedanke ich mich sehr herzlich bei Bruno Posod für seine Unterstützung.

Diese Arbeit wäre nicht entstanden, ohne die Anregungen und Diskussionen, die ich im Rahmen von Lehrveranstaltungen und Diskussionsveranstaltungen erfahren durfte. Durch den Film „Operation Spring“ begann meine politische Beschäftigung mit Asylpolitik. Über die intensivere und auch wissenschaftliche Auseinandersetzung entstanden Kontakte zu vielen Menschen, die sich täglich mit Asylpolitik beschäftigen. Sigi Stupnig vom Verein ASPIS, der Verein VOBIS und viele mehr ermutigten mich, weiter zu Asylpolitik zu arbeiten und mich stärker mit dem medialen Diskurs über AsylwerberInnen zu befassen.

Ganz besonders bedanke ich mich bei Prof.in Dr.in Sieglinde Rosenberger für ihre Anregungen, das Aufzeigen von neuen Wegen, ihr Feedback und ihre Geduld.

Curriculum vitae

Janine Wulz

Persönliche Informationen

- Geburtsdatum: 27.09.1985
- Geburtsort: Villach
- Wohnort: 1150 Wien
- Eltern: Andrea und Herbert Wulz

Ausbildung

1991- 1995	Volksschule Festung in Klagenfurt
1995- 1998	Gymnasium in Klagenfurt
1998- 2004	BAKIP Klagenfurt - Matura und Dipolmprüfung zur Kindergartenpädagogin
Seit 2004	Studium der Politikwissenschaften und der Erziehungswissenschaften an der Universität Wien
WS 2008/09	Studium an der Universität Warschau

Sprachkenntnisse

Deutsch und Englisch sehr gut in Wort und Schrift

Spanisch und Polnisch Grundkenntnisse

Ehrenamtliche Tätigkeiten

Vorsitzende des Jugendbeirates Klagenfurt 2001/2002

Mitarbeit bei der Grünalternativen Jugend Klagenfurt 2000 bis 2004

Organisation der Fair Trade Tage in Klagenfurt 2004

Organisation des Projektes „ERA- European Resistance Arcive“ für Österreich 2006 und 2007

Organisation/ Teilnahme Projekt „Umkämpfte Erinnerung. Von Klagenfurt (Celovec) bis Triest (Trst) - ein Reise(führer)“ gefördert durch die Stiftung EVZ (2007- 2009)

Wirtschaftsreferentin der Österreichischen HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (seit 2010)

Mitglied des Präsidiums der Landeskonferenz der Wiener Grünen (2010-2011)

Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft (seit 2011)

Arbeitserfahrungen

2002	Kassendienst - Reptilienzoo Happ, Klagenfurt
2003	Kinderbetreuung - Kinderzeltlager Hafnersee, Naturfreunde Kärnten
2004	Projekt- Koordination - Fair- Trade Verkostungstage Kärnten
	Kinderbetreuung - Im Parkhotel Pörtschach und im Hotel Dermuth am Wörtersee
2005	Kinderanimation - Kinderfeste und Partys Helga Flöckner KEG
	Empfangstätigkeit - Die Grünen Wien
	Shopbetreuung „Grünzeux“ - Die Grünen Wien
2005- 2008	Bundesweite Koordination – Plattform Grünalternativer Jugendorganisationen
2009 - 2010	Lehrtätigkeit: Deutsch als Fremdsprache - Deutschakademie
2010-	Betreuung von Studienfahrten - Verein Gedenkdienst

Publikationen

AK Markus Omofuma Stein (2009): Ohne Aufenthaltstitel. Eigenverlag. Wien

An den Rand gedrängt und doch präsent. AsylwerberInnen in Kärnten/Koroška. In: Rosenberger, Sieglinde (Hg.) (2010): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus. Facultas. Wien. S. 185-202

Stadtrundgang Triest. In: Assoziation A. Fransecky/ Rudorff/ Scheider/ Stracke (Hg.) (2010): Umkämpfte Erinnerungen. Kärnten. Slowenien. Triest. Assoziation A. Berlin. Hamburg. S. 209-214

Der Gedenkort Persmanhof. In: Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens (2011): Friede, Freude, Deutscher Eintopf. Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest. Mandelbaum. Wien. S. 315-334